

Jahres finanz bericht 2016

**Die Zeiten ändern sich.
Die Banken auch.**

INHALTSVERZEICHNIS

Unternehmen

Investor Relations	4
Corporate Governance Bericht	6

Konzernabschluss

Konzernlagebericht	17
Konzernbilanz	28
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	29
Entwicklung des Konzerneigenkapitals	30
Konzern-Cashflow-Statement	31
Konzern-Cashflow-Statement Anpassung	32
Konzernanhang	33
Bestätigungsvermerk	113
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	121
Bericht des Aufsichtsrates	122

Jahresabschluss

Lagebericht	128
Bilanz	139
Gewinn- und Verlustrechnung	143
Anhang zum Jahresabschluss	144
Bestätigungsvermerk	165
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	172
Entwicklung des Anlagevermögens	173

INVESTOR RELATIONS

Aktie

Die Aktien der Wiener Privatbank SE notieren seit 9. Jänner 2007 im Standard Market Auction der Wiener Börse. Das Erstlisting erfolgte bereits 1992 als Kapital & Wert Vermögensverwaltung AG. Das Grundkapital der Wiener Privatbank belief sich zum 31. Dezember 2016 unverändert auf EUR 9,71 Mio. und war in 4.276.078 Stück Aktien geteilt. Daraus ergab sich zum Bilanzstichtag ein anteiliger Betrag am Grundkapital von EUR 2,27 je Aktie.

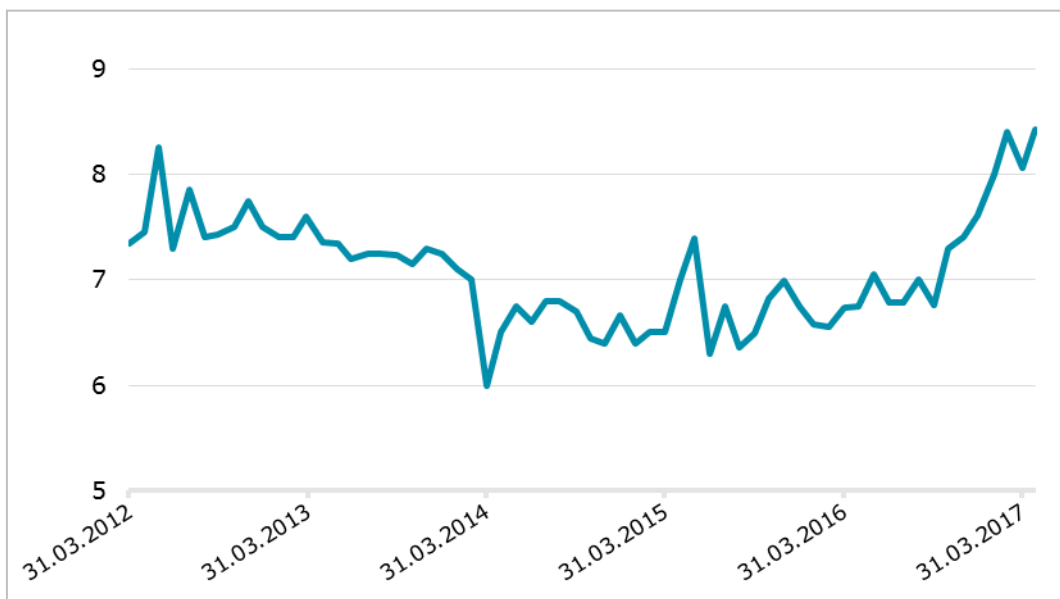
Kursentwicklung

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde im Jahr 2016 stark von politischen Überraschungen, deren Bedeutung weit über das Jahr 2016 hinausreichen, geprägt. Neben dem Brexit im Juni wirkten sich auch der unerwartete Wahlausgang in den USA im November und das Scheitern der italienischen Verfassungsreform im Dezember auf die Ergebnisse aus. Trotz Turbulenzen innerhalb des Jahres konnten die meisten Börsen das Jahr jedoch mit einem deutlichen Plus abschließen, der österreichische Leitindex ATX verzeichnete ein Plus von 9,2 %.

Die Wiener Privatbank-Aktie startete mit einem Kurs von EUR 6,710 in das Jahr 2016. Der Jahres-Schlusskurs kam bei EUR 7,615 zu liegen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts notierte die Wiener Privatbank-Aktie bei EUR 8,431 (26. April 2017).

Kursentwicklung der Wiener Privatbank-Aktie (ISIN AT0000741301)

Angaben in EUR



Ergebnis und Dividende je Aktie

In der 32. ordentlichen Hauptversammlung der Wiener Privatbank am 7. Juni 2016 wurde gemäß Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2015 eine Dividende von EUR 0,50 je Stückaktie beschlossen. Im Geschäftsjahr 2016 erzielte die Wiener Privatbank ein IFRS-Ergebnis je Aktie (unverwässert) von EUR 1,50 (2015: EUR 0,81). Auf Basis des 2016 erzielten Jahresüberschusses in Höhe von EUR 7,93 Mio. und des Bilanzgewinns in Höhe von EUR 4,00 Mio. (gemäß UGB-Jahresabschluss), wird der Vorstand der Hauptversammlung am 07. Juni 2017 eine Dividende von EUR 0,80 je Aktie für das Geschäftsjahr 2016 vorschlagen.

Aktionärsstruktur

Nach Kenntnis des Vorstandes hielten die Kernaktionäre per 31. Dezember 2016 folgende Anteile: Die K5 Beteiligungs GmbH 18,77 %, die Kerbler Holding GmbH 17,92 %, die J.K. Beteiligungs GmbH 10,79 %, die Kowar KG 10,42 %, Günter Kerbler 7,85 %, MMag. Dr. Helmut Hardt 6,36 % sowie die Toem GmbH (Eduard Berger) 5,00 %. Diese Rechtsträger gehen iSv § 92 Z 7 BörseG gemeinsam mit der SONNE Privatstiftung sowie Herrn Mag. Johann Kowar vor. Die Kernaktionäre verfügten per 31. Dezember 2016 über eine Beteiligung von 78,68 % am Grundkapital der Wiener Privatbank. Herbert Schoderböck ist mittelbar über die Gesellschaft Alpha Global Ltd. an der Wiener Privatbank beteiligt und verfügte über einen Anteil von 9,94 % am Grundkapital. Der Rest der Aktien befand sich zum 31. Dezember 2016 in Streubesitz.

Der Vorstand der Wiener Privatbank hat am 30. März 2016, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, beschlossen, Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von EUR 5.100.000,00 per 01.04.2016 zu begeben (die "Wandelschuldverschreibungen").

Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen, mit denen eine Wandlungspflicht in neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Wiener Privatbank zum Wandlungspreis von EUR 7,00 je neuer Aktie verbunden ist, endete am 31.03.2017. Eine Wandelschuldverschreibung im Nominale von EUR 50.000,00 bedingte die Wandlung in 7.142 neue Aktien; soweit sich für mehrere Schuldverschreibungen bei der Durchführung der Pflichtwandlung Bruchteile von Aktien ergaben, wurden alle sich aus der Wandlung dieser Schuldverschreibungen ergebenden Bruchteile von Aktien addiert und die sich infolge der Addition der Bruchteile etwa ergebenden ganzen Aktien an den betreffenden Anleihegläubiger geliefert (zuzüglich Barausgleich für Spitzenbeträge).

Finanzkalender

07.06.2017	Ordentliche Hauptversammlung
13.09.2017	Ergebnisse 1. Halbjahr 2017
26.04.2018	Ergebnisse Geschäftsjahr 2017

Investor Relations Kontakt

Mag. (FH) Elisabeth Bogenreither
Parkring 12, 1010 Wien
T +43 1 534 31-520, F -710
elisabeth.bogenreither@wienerprivatbank.com

**KONSOLIDIERTER CORPORATE GOVERNANCE BERICHT DER WIENER
PRIVATBANK SE**

gemäß § 243c UGB

1. Bekenntnis zum Corporate Governance Kodex

Der Österreichische Corporate Governance Kodex bietet österreichischen Aktiengesellschaften einen Ordnungsrahmen für die verantwortungsvolle Leitung und Überwachung des Unternehmens. Dieser enthält international übliche Standards für gute Unternehmensführung, aber auch die in diesem Zusammenhang wesentlichen Regelungen des österreichischen Aktienrechts. Der Kodex verfolgt das Ziel einer verantwortlichen, auf nachhaltige und langfristige Wertschaffung ausgerichteten Leitung und Kontrolle von Unternehmen. Mit dem Kodex soll ein hohes Maß an Transparenz für alle Stakeholder des Unternehmens bewirkt werden. Die jeweils aktuelle Fassung des ÖCGK ist auf der Website des Arbeitskreises für Corporate Governance unter www.corporate-governance.at abrufbar. In den Corporate Governance Bericht 2016 sind die Änderungen des Corporate Governance Kodex (Fassung Jänner 2015) bereits eingeflossen.

Die Wiener Privatbank orientierte sich auch im Geschäftsjahr 2016 am österreichischen Corporate Governance Kodex und befolgte die wesentlichen Richtlinien des Kodex. Dennoch hat sich die Gesellschaft dem österreichischen Corporate Governance Kodex nicht unterworfen, weil die Aktien der Wiener Privatbank SE nicht im Prime Market der Wiener Börse notieren und die Wiener Privatbank die üblichen Standards für verantwortungsvolle Unternehmensführung auch ohne formelles Bekenntnis zu einem bestimmten Kodex einhält und ein hohes Maß an Transparenz gegenüber ihren Aktionären gewährleistet. Bei der Erstellung des vorliegenden Corporate Governance Berichtes orientiert sich die Wiener Privatbank SE am Anhang 2a des Corporate Governance Kodex sowie an der AFRAC-Stellungnahme 22 der Austrian Financial Reporting and Auditing Committee.

Da dem Konsolidierungskreis der Wiener Privatbank SE kein börsennotiertes Tochterunternehmen angehört, können sich die notwendigen Angaben auf die in § 243b (2) UGB angeführten Angaben – das sind die Angaben zur Zusammensetzung und der Arbeitsweise des Vorstandes und allfälliger Aufsichtsräte in diesen Gesellschaften sowie Angaben zu den Maßnahmen zur Förderung des unterrepräsentierten Geschlechts im Vorstand, Aufsichtsrat und leitenden Stellungen und zur Vergütungspolitik – beschränken. Die Unternehmen, die dem Konsolidierungskreis der Wiener Privatbank SE angehören, sind im Geschäftsbericht 2016 angeführt.

2. Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Organe und Organbezüge

a. Mitglieder des Vorstandes:

MMag. Dr. Helmut Hardt (geb. 01.07.1960)

Mitglied des Vorstandes (Marktfolge)

Erstbestellung: 26. September 2006

Ende der laufenden Funktionsperiode: 19. Dezember 2018 (Beschluss per 20. Dezember 2013)

Verantwortungsbereiche:

- Immobilienprodukte, Immobiliendienstleistungen und -projekte
- Rechnungswesen, Meldewesen & Steuern
- Personal / Office Management
- Back Office
- Controlling & Projektmanagement
- Beteiligungsmanagement
- Risikomanagement & Kreditabwicklung
- IT
- Legal

MMag. Dr. Helmut Hardt:

Fixbezüge (inklusive Sachbezug) 2016: EUR 335.373,43

Variable Bezüge 2016 (Bonus 2013, 2014, 2015): EUR 54.800,00

Eduard Berger (geb. 19.04.1968)

Mitglied des Vorstandes (Markt)

Erstbestellung: 1. August 2011

Ende der Funktionsperiode: 26. April 2013

Wiederbestellung: 20. Dezember 2013

Ende der laufenden Funktionsperiode: 19. Dezember 2018 (Beschluss per 20.12.2013)

Verantwortungsbereiche:

- Private Banking unterteilt in Abteilung: Österreich & International, Institutional Banking, CEE, CIS
- Asset Management/Matejka & Partner
- Treasury
- Capital Markets & Investment Banking
- Research
- Brokerage
- Sales & Vertrieb

Eduard Berger:

Fixbezüge (inklusive Sachbezug) 2016: EUR 323.684,85

Variable Bezüge 2016 (Bonus 2013, 2014, 2015): EUR 54.800,00

Dem Gesamtvorstand unterstellt: Revision, Sekretariat, Marketing/Investor Relations, Compliance

Aufsichtsratsmandate, Leitungs- und Überwachungsaufgaben der Vorstandsmitglieder:

	Aufsichtsratsmandate in in- und ausländischen Unternehmen	Leitungs- und Überwachungsaufgaben in wesentlichen Tochterunternehmen
MMag. Dr. Helmut Hardt	ViennaEstate Immobilien AG - <i>Vorsitzender des Aufsichtsrates</i>	
Eduard Berger		Matejka & Partner Asset Management GmbH - <i>Geschäftsführer</i> BODEN-INVEST-Beteiligungsgesellschaft m.b.H. - <i>Geschäftsführer</i>

b. Mitglieder des Aufsichtsrates:

Mitglieder des Aufsichtsrates und der Ausschüsse vom 01.01.2016 bis 31.12.2016

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2016 von 01.01.2016 bis zum 31.01.2016 aus fünf Mitgliedern.

Aufsichtsratsmitglieder inklusive Organfunktionen	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode	Ausschüsse
Dr. Gottwald Kranebitter Vorsitzender des Aufsichtsrats (geb. 07.11.1963)	19.12.2013	o. HV im Jahr 2018	Prüfungs- und Risikoausschuss: Vorsitzender BWG-Ausschuss/Ausschuss für dringliche Angelegenheiten: Vorsitzender Vergütungs- & Nominierungsausschuss: Vorsitzender
Mag. Johann Kowar Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden (geb. 24.03.1959)	Wiederbestellung: 19.12.2013	o. HV im Jahr 2018	Prüfungs- und Risikoausschuss: Mitglied BWG-Ausschuss/Ausschuss für dringliche Angelegenheiten: Mitglied Vergütungs- & Nominierungsausschuss: Mitglied
Günter Kerbler Mitglied des Aufsichtsrates (geb. 07.07.1955)	Wiederbestellung: 19.12.2013	o. HV im Jahr 2018	Prüfungs- und Risikoausschuss: Mitglied Vergütungs- & Nominierungsausschuss: Mitglied
Heinz Meidlinger Mitglied des Aufsichtsrates (geb. 06.09.1955)	19.12.2013	o. HV im Jahr 2018	Prüfungs- und Risikoausschuss: Stellvertreter des Vorsitzenden BWG-Ausschuss/Ausschuss für dringliche Angelegenheiten: Stellvertreter des Vorsitzenden Vergütungs- & Nominierungsausschuss: Stellvertreter des Vorsitzenden
Mag. Peter Lazar Mitglied des Aufsichtsrates (geb. 11.02.1968)	02.06.2015	o. HV im Jahr 2020	Prüfungs- und Risikoausschuss: Mitglied BWG-Ausschuss/Ausschuss für dringliche Angelegenheiten: Mitglied

Vergütung des Aufsichtsrates inklusive Ausschuss-Sitzungen (Sitzungsgelder) für das Geschäftsjahr 2016

Dr. Gottwald Kranebitter	<i>EUR 74.000,00</i>
Mag. Johann Kowar	<i>EUR 45.000,00</i>
Heinz Meidlinger	<i>EUR 38.000,00</i>
Günter Kerbler	<i>EUR 32.500,00</i>
Mag. Peter Lazar	<i>EUR 36.500,00</i>

Herr Günter Kerbler erhält als gewerberechtlicher Geschäftsführer der WPB Bauträger GmbH ein marktübliches Entgelt (Regel C-49).

c. Unabhängigkeit des Aufsichtsrates:

Entsprechend der Regel C-53 des Corporate Governance Kodex ist ein Aufsichtsratsmitglied als unabhängig anzusehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen materiellen Interessenskonflikt begründet und daher geeignet ist, das Verhalten des Mitglieds zu beeinflussen.

Der Aufsichtsrat hat sich bei der Festlegung der Kriterien für die Beurteilung der Unabhängigkeit eines Aufsichtsratsmitglieds an folgenden, im Anhang zum Corporate Governance Kodex empfohlenen, Leitlinien orientiert:

- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den vergangenen fünf Jahren nicht Mitglied des Vorstands oder leitender Angestellter der Gesellschaft oder eines Tochterunternehmens der Gesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll zu der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen der Gesellschaft kein Geschäftsverhältnis in einem für das Aufsichtsratsmitglied bedeutenden Umfang unterhalten oder im letzten Jahr unterhalten haben. Dies gilt auch für Geschäftsverhältnisse mit Unternehmen, an denen das Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat, jedoch nicht für die Wahrnehmung von Organfunktionen im Konzern. Die Genehmigung einzelner Geschäfte durch den Aufsichtsrat gemäß L-Regel 48 führt nicht automatisch zur Qualifikation als nicht unabhängig.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll in den letzten drei Jahren nicht Abschlussprüfer der Gesellschaft oder Beteiligter oder Angestellter der prüfenden Prüfungsgesellschaft gewesen sein.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht Vorstandsmitglied in einer anderen Gesellschaft sein, in der ein Vorstandsmitglied der Gesellschaft Aufsichtsratsmitglied ist.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll nicht länger als 15 Jahre dem Aufsichtsrat angehören. Dies gilt nicht für Aufsichtsratsmitglieder, die Anteilseigner mit einer unternehmerischen Beteiligung sind oder die Interessen eines solchen Anteilseigners vertreten.
- Das Aufsichtsratsmitglied soll kein enger Familienangehöriger (direkte Nachkommen, Ehegatten, Lebensgefährten, Eltern, Onkeln, Tanten, Geschwister, Nichten, Neffen) eines Vorstandsmitglieds oder von Personen sein, die sich in einer in den vorstehenden Punkten beschriebenen Position befinden.

Demnach ist Herr Dr. Gottwald Kranebitter als unabhängig zu qualifizieren. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates erfüllt darüber hinaus das Unabhängigkeitskriterium der C-Regel 54 (keine Vertretung eines Anteilseigners mit einer Beteiligung von mehr als 10 %).

Aufsichtsratsmitglied	Funktionsperiode	Unabhängig gem. C-Regel 53	Unabhängig gem. C-Regel 54 [#]
Dr. Gottwald Kranebitter	ab 19.12.2013	ja	ja
Heinz Meidlinger	ab 19.12.2013	nein	ja
Mag. Peter Lazar	ab 02.06.2015	nein	ja
Mag. Johann Kowar	ab 19.12.2013	nein	nein
Mag. Günter Kerbler	ab 19.12.2013	nein	nein

#) keine Vertretung eines Anteilseigners mit einer Beteiligung von mehr als 10 %

Grundsätze der Vergütungspolitik:

Die Grundsätze der Vergütung des Vorstandes und der Mitarbeiter sind in der Vergütungspolitik der Wiener Privatbank SE festgelegt. Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss prüft diese und ist für ihre Umsetzung verantwortlich. Die Vergütung des Vorstandes, leitender Mitarbeiter und des weiteren „Risikopersonals“ (= jene Mitarbeiter deren Tätigkeit das Gesamtrisikoprofil wesentlich beeinflussen) hat im Einklang mit diesen Grundsätzen zu stehen. Auf der Ebene der Mitarbeiter berücksichtigt die Vergütungsverordnung den Proportionalitätsgedanken insofern, als nur für einen bestimmten Mitarbeiterkreis die strengen Anforderungen gelten.

Die Proportionalitätsprüfung innerhalb der Wiener Privatbank SE hat auch ergeben, dass für alle Mitarbeiter - außer den Vorständen – eine Neutralisierung von bestimmten Grundsätzen möglich ist.

Da es mit dem Risikoprofil, dem Risikoappetit sowie der Strategie Bank vereinbar ist, kann auch eine Neutralisierung des Grundsatzes Z 11 (unbarer Anteil) erfolgen, zumal Aktien der Wiener Privatbank SE über den Markt nur sehr schwer erworben werden können bzw. dies sofort zu erheblichen Kursausschlägen führen würde. Aufgrund dessen wurde auch kein Aktienoptionsprogramm im Unternehmen aufgelegt.

d. Vergütung des Vorstandes:

Das Vergütungssystem der Wiener Privatbank SE sieht einen fixen sowie einen variablen Gehaltsbestandteil für den Vorstand vor. Für die Zuerkennung einer Bonifikation sind einerseits qualitative sowie quantitative Kriterien ausschlaggebend. Je nach Erreichen der gesetzten Ziele kann der variable Anteil des Gehalts bis zu 100 % des Fixbezuges betragen.

Die Bonifikation des Vorstandsmitgliedes „Markt“ setzt sich zu 75 % aus einer quantitativen (Ergebnis-betreffende Ziele) und zu 25 % aus einer qualitativen Komponente zusammen. Bei der Bonifikation des Vorstandsmitgliedes „Marktfolge“ erfolgt eine Gewichtung von jeweils 50 %. Damit einer entsprechenden Nachhaltigkeit Rechnung getragen wird, wird bei den Zielvereinbarungen der qualitativen und quantitativen Parameter ein 3-jähriger Vergleichszeitraum angesetzt. Gemäß Z 12 der Anlage zu § 39b BWG werden die Bonifikationen der Vorstände zu mindestens 40 % auf fünf Jahre zurückgestellt. Im Sinne der Ex-Post-Risikoadjustierung werden erworbene zurückgestellte Bonifikationen jährlich einer Überprüfung unterzogen und erst nach Beschlussfassung ausbezahlt.

Die Informationen zur Vergütungspolitik wurden gemäß § 65a BWG auf der Unternehmenswebsite der Wiener Privatbank SE unter <https://www.wienerprivatbank.com/ueber-uns/informationen-gemaess-65a-bwg/> veröffentlicht.

e. D & O Versicherung (Stichtag 31.12.2016):

Der gesamte Deckungsumfang der D&O-Versicherung (Directors and Officers) beträgt EUR 15.000.000. Weiters besteht eine Strafrechtsschutz-Versicherung (STRS) mit einem gesamten Deckungsumfang von EUR 1.000.000.

3. Angaben zur Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat**a. Ad Vorstand:**

Die Vorstände führen die Geschäfte der Gesellschaft gemäß dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. In der Geschäftsordnung sind die Geschäftsverteilung und die Zusammenarbeit des Vorstandes geregelt. Siehe dazu oben unter 2.a. die Verantwortungsbereiche des Vorstandes. Des Weiteren enthält sie die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes sowie einen Katalog der Maßnahmen, die eine Zustimmung durch den Aufsichtsrat erfordern. Die Vorstände halten im Regelfall wöchentliche Sitzungen zur gegenseitigen Information sowie zur Abstimmung und Entscheidungsfindung ab.

b. Ad Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat nimmt die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr und zeichnet für die strategische Leitung der Gesellschaft verantwortlich. Er berät und überwacht den Vorstand bei der Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat lässt sich vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Wiener Privatbank-Gruppe unterrichten.

c. Ad Ausschüsse des Aufsichtsrates:

Der Aufsichtsrat hielt im Geschäftsjahr 2016 zehn Sitzungen ab. Neben dem Plenum des Aufsichtsrates sind folgende Ausschüsse eingerichtet:

ad Prüfungs- und Risikoausschuss:

Der Prüfungs- und Risikoausschuss der Wiener Privatbank SE setzt sich aus denselben Mitgliedern wie der Aufsichtsrat der Wiener Privatbank SE zusammen. Die Aufgaben dieses Ausschusses sind in zwei Bereiche aufgeteilt: Werden Themen der Rechnungslegung bzw. des Internen Kontrollsystems (IKS) behandelt, wird der Prüfungs- und Risikoausschuss funktionell als Prüfungsausschuss tätig. Stehen Themen der Risikobereitschaft bzw. –strategie zur Diskussion und Beschlussfassung an, wird der Prüfungs- und Risikoausschuss funktionell als Risikoausschuss tätig. Dazu im Einzelnen:

Der Prüfungs- und Risikoausschuss ist gemäß § 63a Abs. 4 BWG als „Prüfungsausschuss“ für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses sowie die Erteilung von Empfehlungen oder Vorschlägen zur Gewährleistung seiner Zuverlässigkeit, für die Überwachung der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems sowie des Risikomanagementsystems der Gesellschaft verantwortlich. Die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung (unter Einbeziehung von Erkenntnissen und Schlussfolgerungen in Berichten, die von der Abschlussprüferaufsichtsbehörde nach § 4 Abs. 2 Z 12 APAG veröffentlicht werden), die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die Wiener Privatbank SE erbrachten zusätzlichen Leistungen gehören ebenso zu seinen Tätigkeiten. Ferner hat der Prüfungsausschuss über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat zu berichten und darzulegen, wie die Abschlussprüfung zur Zuverlässigkeit der

Finanzberichterstattung beigetragen hat und welche Rolle der Prüfungsausschuss dabei eingenommen hat.

Weiters obliegt ihm die Prüfung und Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes, des Corporate Governance Berichtes, des Vorschlags für die Gewinnverteilung für das jeweilige Geschäftsjahr und die Prüfung des Konzernabschlusses und des -lageberichtes sowie die Erstattung des Berichtes über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat. Dazu zählt auch die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers) unter Bedachtnahme auf die Angemessenheit des Honorars sowie die Empfehlung für die Bestellung des Abschlussprüfers.

Der Prüfungsausschuss ist ebenso verantwortlich für die Genehmigung von Nichtprüfungsleistungen (gemäß der Verordnung (EU) Nr. 537/2014) durch den Abschlussprüfer unter Bedachtnahme auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen.

Die Interne Revision hat ordnungsgemäß über die Prüfungsgebiete und die wesentlichen Prüfungsfeststellungen quartalsweise dem Prüfungsausschuss Bericht erstattet.

Ebenfalls ist der Prüfungs- und Risikoausschuss gemäß § 39dBWG als „Risikoausschuss“ verantwortlich für die Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie der Wiener Privatbank SE, die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken (Risikosorgfaltspflichten), der Eigenmittelausstattung und der Liquidität. Weiters obliegt ihm die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der von der Wiener Privatbank SE angebotenen Dienstleistungen und Produkte das Geschäftsmodell und die Risikostrategie der Wiener Privatbank SE angemessen berücksichtigt, wobei der Risikoausschuss gegebenenfalls einen Plan mit Abhilfemaßnahmen vorlegen wird. Des Weiteren überprüft der Risikoausschuss, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit und der Zeitpunkt von realisierten Gewinnen berücksichtigt werden.

Der Leiter der Risikomanagementabteilung hat an allen Sitzungen des Risikoausschusses im Geschäftsjahr 2016 teilgenommen und über Risikoarten und die Risikolage der Wiener Privatbank SE berichtet. Er hat dabei auf mögliche riskante Entwicklungen hingewiesen, welche sich auf die Wiener Privatbank SE möglicherweise negativ ausgewirkt hätten.

Der Prüfungs- und Risikoausschuss hat unter Anwesenheit des Bankprüfers der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 zweimal getagt.

ad BWG Ausschuss und Ausschuss für dringliche Angelegenheiten:

Der BWG Ausschuss und Ausschuss für dringliche Angelegenheiten hielt im Geschäftsjahr 2016 neun Sitzungen ab und hatte insbesondere über Organgeschäfte (§ 28 Abs. 1, 3 und 4 BWG), Großkredite (§ 28b BWG) sowie über Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu entscheiden. Dem BWG Ausschuss und Ausschuss für dringliche Angelegenheiten obliegt ferner die Genehmigung von etwaigen weiteren Geschäften, für welche das Gesetz oder die Satzung eine Zustimmung des Aufsichtsrates vorsieht, sofern nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses normiert ist. Des Weiteren ist er für den Abschluss von Verträgen mit Mitgliedern des Aufsichtsrates zuständig, durch die sich diese außerhalb ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat gegenüber der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen zu einer Leistung gegen ein nicht bloß geringfügiges Entgelt verpflichten. Dies

gilt auch für Verträge mit Unternehmen, an denen ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat.

ad Vergütungs- und Nominierungsausschuss:

Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss ist einerseits für Vergütungsthemen und andererseits für Nominierungsthemen zuständig.

Der Vergütungsausschuss ist gemäß § 39c Abs. 2 BWG für die Vorbereitung von Beschlüssen zum Thema Vergütung, einschließlich solcher, die sich auf Risiko und Risikomanagement auswirken, verantwortlich. Er ist ebenso für die Überwachung der Vergütungspolitik, der Vergütungspraktiken und der vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, insbesondere unter Berücksichtigung von Risiken, der Eigenmittelausstattung, der Liquidität und der langfristigen wirtschaftlichen Interessen (Aktionäre, Investoren, Mitarbeiter sowie die Volkswirtschaft) zuständig. Ebenso ist dieser mit der Beschlussfassung über die Bonifikation der Vorstände und der leitenden Angestellten betraut.

Unter die Aufgaben des Nominierungsausschusses gem. § 29 BWG fallen insbesondere die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und der Aufsichtsratsmitglieder. Weiters obliegen ihm der Abschluss der Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder sowie deren Geschäftsverteilung. Er ist ebenso für die Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung frei werdender Stellen im Vorstand zuständig. Dafür hat der Vorstand auch dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Der Nominierungsausschuss hat im Rahmen seiner Aufgaben die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung der Organe im Hinblick auf Bewerbungen zu berücksichtigen, eine Aufgabenbeschreibung mit Bewerberprofil zu erstellen und den mit der Aufgabe verbundenen Zeitaufwand anzugeben. Auch ist er für die Festlegung und Entwicklung zur Erreichung einer Zielquote für das unterrepräsentierte Geschlecht in der Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat verantwortlich.

Der Nominierungsausschuss ist ferner für die Befreiung der Vorstandsmitglieder vom Wettbewerbsverbot gemäß § 79 AktG zuständig. Er hat weiters darauf zu achten, dass die Entscheidungsfindung in den Organen nicht durch eine einzelne Person oder kleine Gruppen dominiert wird. Er hat im Bedarfsfall neue Beurteilungen in Geschäftsleitung und Aufsichtsrat anzuzeigen und eine Bewertung der Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates durchzuführen und dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge zu unterbreiten.

Der Nominierungsausschuss hat ferner eine regelmäßige Re-Evaluierung der Organe durchzuführen. Weiters überprüft er den Kurs der Geschäftsleitung bei der Auswahl des höheren Managements und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an den Vorstand. Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2016 dreimal getagt.

d. Ad Directors' Dealings:

Directors' Dealings, Käufe und Verkäufe von Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates sowie in enger Beziehung zu ihnen stehende Personen werden gemäß der Marktmissbrauchsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 596/2014) gemeldet. Die Wiener Privatbank SE ist ebenso verpflichtet, die Marktmissbrauchsverordnung einzuhalten und Eigengeschäfte von Führungskräften (gemäß der Marktmissbrauchsverordnung) zu veröffentlichen (erfolgt über euro adhoc / APA-OTS Originaltext-Service GmbH).

4. Maßnahmen zur Förderung von Frauen

Die Wiener Privatbank SE befolgt den Gleichbehandlungsgrundsatz sowohl im Rekrutierungsprozess als auch in allen Bereichen des Beschäftigungsverhältnisses.

Diesem Grundsatz und der Förderung der Frauen wird dadurch Rechnung getragen, dass in der Wiener Privatbank SE in der zweiten Führungsebene überdurchschnittlich viele Frauen vertreten sind, dies ua vor dem Hintergrund, dass nach allgemeiner Lebenserfahrung höhere Positionen in Unternehmen oftmals aus eigenen Reihen besetzt werden.

Von den 20 in 2a. angeführten Verantwortungsbereichen sind 7 Frauen Leiterinnen von Verantwortungsbereichen.

5. Angaben zu konsolidierten Unternehmen:

Die Grundsätze der Vergütungspolitik sowie die Maßnahmen zur Förderung von Frauen gelten auch für die Unternehmen, die im Vollkonsolidierungskreis der Wiener Privatbank SE einbezogenen sind. In den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften bestehen keine Aufsichtsräte.

6. Angaben über die externe Evaluierung

Aufgrund des reinen Empfehlungscharakters der R-Regel 62 wurde bislang keine externe Evaluierung durchgeführt.

Wien, am 27. April 2017

**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

**KONZERNABSCHLUSS
UND KONZERNLAGEBERICHT
WIENER PRIVATBANK SE**

zum 31. Dezember 2016

KONZERNLAGEBERICHT

für das Geschäftsjahr 2016

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Das weltwirtschaftliche Umfeld war im Jahr 2016 von einem stagnierenden Welthandel, geringen Investitionen sowie niedrigen Zinsen geprägt. Das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern war weiterhin rückläufig, in den Industriestaaten setzte sich die moderate Erholung fort. Insgesamt wuchs die Weltwirtschaft nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2016 um 2,3 %, nach 3,1 % im Vorjahr. In der Eurozone reduzierte sich das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes auf 1,7 % (2015: 1,9 %). Während die europäische Zentralbank ihre expansive Geldpolitik fortführte, hob die US-amerikanische Notenbank den Leitzins wieder an.

In Österreich fiel die Wirtschaftserholung im Jahr 2016 mit einem BIP-Wachstum von 1,5 % (2015: 0,9 %) deutlich positiv aus. Treiber der etwas stärkeren Erholung war primär die Entlastung der Einkommen durch die Steuerreform 2015/16, die den privaten Konsum antrieb. Die Lage am Arbeitsmarkt war weiterhin angespannt, blieb jedoch stabil, sodass die Arbeitslosenquote mit 9,1 % (2015: 9,2 %) annähernd gleich blieb. Die Inflationsrate blieb 2016 mit 0,94 % (2015: 0,9 %) ebenso auf gleichem Niveau.

Quellen: IWF, OeNB, AMS, eurostat, statista

MARKTUMFELD UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Kapitalmarkt

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde im Jahr 2016 stark von politischen Überraschungen, deren Bedeutung weit über das Jahr 2016 hinausreichen, geprägt. Neben dem Brexit im Juni wirkten sich auch der unerwartete Wahlausgang in den USA im November und das Scheitern der italienischen Verfassungsreform im Dezember auf die Ergebnisse aus. Trotz Turbulenzen innerhalb des Jahres konnten die meisten Börsen das Jahr jedoch mit einem deutlichen Plus abschließen. Der deutsche Leitindex DAX verzeichnete einen Kurszuwachs von 6,87 %, der österreichische Leitindex ATX ein Plus von 9,2 %. Auch die US-amerikanischen Indizes schlossen deutlich positiv. Der Eurostoxx 50 konnte mit 0,08 % hingegen kaum zulegen.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des erhöhten Geldvermögens (10/2016: EUR 610 Mrd.) setzten österreichische Privatanleger im Jahr 2016 verstärkt auf Investmentfonds, vor allem Rentenfonds. So stieg das Fondsvolumen der österreichischen Investmentfondsbranche im Berichtsjahr auf EUR 173 Mrd. (12/2016: EUR 168 Mrd.). Weiters erfreuten sich Unternehmensanleihen großer Beliebtheit, wodurch die Wiener Börse mit 45 Corporate Bonds bei einem Gesamtvolumen von erstmals EUR 7,28 Mrd. das Berichtsjahr mit einem Rekord bei Anzahl und Gesamtvolumen abschließen konnte. Im Vergleich dazu verzeichnete das europäische IPO-Geschäft jedoch 2016 starke Einbußen: nur 174 Börsenneulinge (-36 %) sammelten halb so viel Geld ein (31,7 Mrd. Dollar, -49 %), da der Markt nach dem Brexit-Votum abrupt abbremsste.

Das Kerngeschäftsfeld Kapitalmarkt entwickelte sich im Geschäftsjahr 2016 zufriedenstellend. Hauptverantwortlich dafür waren die gestiegene Nachfrage nach Aktien- und Fondsinvestments sowie weitere Mittelzuflüsse im Bereich Vermögensverwaltung. Die von der Wiener Privatbank-Gruppe gemanagten Investmentfonds entwickelten sich 2016 besser als ihre Benchmarks. Die Wiener Privatbank konnte 2016 die Wiener Stadthäuser Anleihe 2016-2026 mit einem Volumen von EUR 5,5 Mio. erfolgreich am Markt platzieren. Auch das Brokerage-Geschäft entwickelte sich positiv, und das unabhängige Aktien-Research war bei kapitalmarktaffinen Kunden stark nachgefragt. Ende 2016 beliefen sich die Assets under Management der Wiener Privatbank auf rund EUR 1,8 Mrd. Die Kundenzahl blieb bei rund 12.000 stabil.

Quellen: Bloomberg, EY, VÖIG, Wiener Börse

Immobilien

Die Immobilientransaktionen erreichten im Geschäftsjahr 2016 mit einem Immobilien-Investitionsvolumen von rund EUR 26,9 Mrd. ein Rekordhoch. Die Nachfrage am Wiener Wohnimmobilienmarkt war getrieben von demografischen Megatrends wie dem Bevölkerungswachstum sowie dem historisch niedrigen Zinsniveau. Laut Berechnungen von Statistik Austria war die Preisdynamik im Jahr 2016 deutlich höher als in den Jahren davor. Die Preise für gebrauchte Eigentumswohnungen stiegen in der Berichtsperiode um 9,4 %, jene für neue Eigentumswohnungen um 3,8 %. Im Vergleich dazu erhöhten sich die Mietpreise leicht um 2,20 %. Am Wiener Zinshausmarkt zeigten sich im Jahr 2016 sowohl beim Transaktionsvolumen als auch bei den Preisen deutliche Aufwärtstrends. Die Wiener Privatbank konnte sowohl beim Verkauf bei den Parkapartments am Belvedere in Kooperation mit SIGNA als auch beim Vertrieb der Vorsorgewohnung+ aufgrund der hohen Nachfrage deutliche Erfolge verbuchen.

Erneut positiv entwickelte sich die Immobilien-Dienstleistungssparte. So erzielte die Wiener Privatbank Immobilienmakler GmbH im Geschäftsjahr 2016 einen Umsatzerlös von EUR 1,8 Mio. und konnte somit dieses Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr (2015: EUR 0,94 Mio.) verdoppeln. Die Wiener Privatbank Immobilienverwaltung GmbH konnte die betreute Nutzfläche auf über 390.000 m² erhöhen. Die ViennaEstate Immobilien AG war auch 2016 wichtiger Ertragsbringer in der Wiener Privatbank-Gruppe sowie Know-how-Träger im Immobilien-Bereich. Die Assets under Management blieben mit rund EUR 450 Mio. stabil. Durch den Verkauf von gemanagten Immobilien konnte ein neuer Rekordumsatz von mehr als EUR 135 Mio. begleitet werden. Sowohl die Einnahmen aus dem Management von Liegenschaften wie auch die Erträge aus Immobilienverkäufen erreichten wieder einen Höchststand, der sich in einem Periodenergebnis von rund EUR 3,3 Mio. der ViennaEstate Immobilien AG widerspiegelte.

Quellen: RE/MAX, Statistik Austria, Immobilienpreisspiegel der WKO

Übernahme der Valartis Bank (Austria) AG

Nach Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen erfolgte am 1. April 2016 plangemäß das Closing der Übernahme wesentlicher Geschäftstätigkeiten des Bankbetriebs der Valartis Bank (Austria) AG (inklusive der Beteiligung an der Kapitalanlagegesellschaft) durch die Wiener Privatbank SE. Durch die Übernahme konnte die Wiener Privatbank ihre Position am Private Banking-Markt deutlich stärken, die Geschäftsbasis internationalisieren sowie das Dienstleistungs- und Produktportfolio erweitern. Im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluss der Transaktion emittierte die Wiener Privatbank eine Wandelanleihe mit einem Volumen von EUR 5,1 Mio. und einer Laufzeit von einem Jahr. Die Zeichnungsfrist für die nachrangige Pflichtwandelanleihe lief von 9. bis 30. März 2016.

Die Wiener Privatbank verkaufte die Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. an die Semper Constantia Privatbank Aktiengesellschaft weiter. Die Vertragsunterzeichnung fand am 1. April 2016 statt. Die Semper Constantia übernahm damit, wie bereits für alle anderen Wiener Privatbank-Fonds, auch für die Valartis-Fonds die KAG- und Depotbank-Funktion. Das Management ausgewählter Valartis-Fonds verblieb bei der Wiener Privatbank-Gruppe (Matejka & Partner). Die Wiener Privatbank behielt damit ihren strategischen Fokus auf Asset- und Fonds-Management bei.

GESCHÄFTSERGEBNIS, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Wiener Privatbank verzeichnete im Jahr 2016 eine weitgehend stabile Geschäftsentwicklung. In Folge der Übernahme wesentlicher Geschäftsbereiche der Valartis Bank (Austria) AG per 1. April 2016 ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt gegeben. Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bankbetriebes leistete die Verkäuferin einen Zuschuss an die Wiener Privatbank SE.

Die Wiener Privatbank konnte das Ergebnis vor Steuern im Geschäftsjahr 2016 deutlich von EUR 4,16 Mio. auf EUR 8,47 Mio. steigern. Diese Verbesserung ist auf die Erhöhung des sonstigen betrieblichen Ertrages, in dem der Zuschuss der Verkäuferin einmalig ausgewiesen wurde (EUR 11,66 Mio., nach EUR 4,87 Mio. 2015) sowie auf die Steigerung des Provisionsüberschusses (EUR 8,83 Mio., nach EUR 3,61 Mio. 2015 zurückzuführen. Demgegenüber stand ein Zinsfehlbetrag in Höhe von EUR -0,79 Mio., nach EUR -0,83 Mio. im Vorjahr, der primär aus der Refinanzierung des Immobilienportfolios beruht. Der Verwaltungsaufwand erhöhte sich aufgrund der Übernahme der Valartis Bank (Austria) AG deutlich auf EUR 18,74 Mio. (2015: EUR 11,18 Mio.). Auch das Periodenergebnis ohne Fremdanteile stieg deutlich von EUR 3,47 Mio. in 2015 auf EUR 7,52 Mio. im Jahr 2016. Dementsprechend belief sich das Ergebnis je Aktie (unverwässert) im Berichtsjahr auf EUR 1,76 (2016: EUR 0,81).

Die IFRS-Bilanzsumme der Wiener Privatbank erhöhte sich zum Stichtag 2016 deutlich auf EUR 505,49 Mio., nach EUR 187,07 Mio. zum Ultimo 2015. Durch den Zugang von Aktiv- und Passivpositionen iHv. EUR 302,83 Mio bzw. 303,57 Mio. per 1. April 2016 in Folge der Übernahme wesentlicher Geschäftsbereiche der Valartis Bank (Austria) AG ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt gegeben. Das Eigenkapital (exklusive Minderheiten) stieg auf EUR 39,38 Mio. (31. Dezember 2015: EUR 34,24 Mio.).

FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Die Kernkapitalquote der Wiener Privatbank betrug trotz der Ausweitung der Bilanzsumme von EUR 187,07 Mio. auf EUR 505,49 Mio. zum Ultimo 2016 im Vergleich zum Vorjahr auf rund 17,26 % (31. Dezember 2015: 20,05 %) und befindet sich weiterhin auf einem für die Bankenbranche überdurchschnittlich hohen Niveau. Die Gesamtkapitalquote blieb mit 17,26 % ebenso auf hohem Niveau (31. Dezember 2015: 20,39 %).

Die Ertragskennzahlen der Wiener Privatbank entwickelten sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt: Die Cost-Income-Ratio (CIR) verringerte sich auf 82,45 %, nach 92,30 % im Jahr 2015. Der Return on Equity (ROE) erhöhte sich auf 20,29 % (2015: 11,08 %). Der Return on Assets (ROA) stieg ebenfalls leicht auf 2,16 %, nach 2,03 % im Jahr 2015.

RISIKOBERICHT

Im Zentrum der Risikopolitik der Wiener Privatbank steht der Grundsatz eines ausgewogenen Verhältnisses von Risiko und Rendite. Die Risikosituation im Geschäftsjahr 2016 war weiterhin von konjunkturellen Risiken sowie von der Integration des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG geprägt. In diesem Zusammenhang wurde wieder das höchste Augenmerk auf die systematische Verbesserung, Überwachung und Weiterentwicklung der Indikatoren und Verfahren zur Identifikation, Messung und Steuerung der Risiken gelegt. Der effektive Umgang mit Risiken sowie die frühzeitige Identifikation und Realisierung von Chancen wird durch eine eigene Risikomanagementabteilung kontrolliert.

Den wesentlichen Risiken tritt die Wiener Privatbank wie in der folgenden Tabelle beschrieben entgegen.

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Marktrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung von Bewertungsparametern wie Wertpapierkurse oder Zinssätze 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch Wertveränderungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende Beobachtung durch das Risikomanagement – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Liquiditätsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Mangelnde Möglichkeiten zur Beschaffung von Finanzmitteln zur Begleichung von Verpflichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Eingeschränkte Investitionsmöglichkeiten – Belastung der Liquiditätsposition durch Abflüsse liquider Mittel 	<ul style="list-style-type: none"> – Liquiditätsüberwachung durch Treasury – Klar festgelegte Limits – Festlegung Counterbalance Capacity – Durchführung von Stress-Tests – Vorhaltung eines Liquiditätspuffers
Kreditrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Ausfall von Kreditnehmern bzw. Gegenparteien 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Direktabschreibungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Umfassende Bonitätsprüfung der Kreditnehmer – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Beteiligungsrisiko (als Teil des Kreditrisikos) <ul style="list-style-type: none"> – Abwertung des Beteiligungsansatzes 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Direktabschreibungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Jährliche Budgeterstellung – Laufende Managementgespräche zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Bonitätsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Verschlechterung der Bonität bzw. Zahlungsfähigkeit von Kunden 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Marktwertveränderung 	<ul style="list-style-type: none"> – Ständige Beobachtung im Rahmen eines strukturierten Reportings
Zinsänderungsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung der Marktzinsen 	<ul style="list-style-type: none"> – Veränderung des Werts von Finanzinstrumenten – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Geringe Fristentransformation – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Operationelles Risiko <ul style="list-style-type: none"> – Fehlerhafte interne Prozesse – Technologieversagen – Katastrophen bzw. externe Ereignisse 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende Entwicklung und Überarbeitung der Arbeitsrichtlinien – Führung einer Verlustdatenbank – Strategieworkshops und Schulungsmaßnahmen – Internes Kontrollsystem
Immobilienrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Konzentrationsrisiko im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Definition von Risikoleitlinien für Immobilienengagements – Klar festgelegte Limits – Umfassende Bewertung mittels Immobilienrating – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Die Wiener Privatbank war zum Bilanzstichtag keinen wesentlichen Währungsrisiken ausgesetzt. Die rechtlichen Risiken werden durch eine eigene Rechtsabteilung sowie durch Kooperation mit unabhängigen Rechtsanwälten überwacht und minimiert.

Der Vorstand hat Ende 2016, in Anbetracht der aktuellen Risikosituation, keine bestandsgefährdenden oder andere ernsthafte Risiken für die Wiener Privatbank SE identifiziert.

Risikomanagement und internes Kontrollsystem

Nach üblichen Bankenstandards werden Risiken über das Risikomanagement identifiziert, gemessen und gesteuert. In der Wiener Privatbank SE ist eine klare Trennung zwischen den Marktteilungen und der Risikobeurteilung/Risikokontrolle implementiert. Die Grundsätze und Methoden für das Management betriebswirtschaftlicher Risiken sind in Handbüchern und internen Richtlinien festgelegt. Das Risikomanagement der Wiener Privatbank SE ist dem Vorstand Marktfolge zugeordnet.

Das Kreditrisiko inklusive dem Beteiligungsrisiko ist das größte Risiko, mit dem die Wiener Privatbank SE konfrontiert ist. Die Marktfolgeabteilungen beurteilen alle Finanzierungs- und Beteiligungsanträge (Grundsatz der Doppelvotierung entsprechend den Mindeststandards für das Kreditgeschäft der FMA) und bestätigen auf Basis der im Einsatz befindlichen Modelle die jährlich neu zu erstellenden Bonitätsbeurteilungen. Darüber hinaus werden Engagements mit erhöhtem Risikoprofil identifiziert und gemeinsam mit der betreuenden Marktteilung Maßnahmen zur Risikoreduktion vereinbart. Neben dem Kreditrisiko wird zwischen Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken unterschieden. Die Messung des Marktrisikos erfolgt in Form des Value at Risk. Um die ungünstigen Effekte extremer Marktbewegungen zu simulieren, werden Stress-Tests durchgeführt. Die zentrale Steuerungsgröße im Zusammenhang mit dem Risikomanagement ist das ökonomische Eigenkapital. Eine Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Gesamtrisikoposition in einer ökonomischen Betrachtung dar. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität auch in adversen Szenarien wird ein Liquiditätspuffer vorgehalten, welcher regelmäßig angepasst und über Stress-Tests validiert wird. Das Immobilienrisiko sowie das Konzentrationsrisiko manifestieren sich hauptsächlich in den genannten Hauptrisikokategorien. Es bestehen klare Leitlinien und Limitierungen zur Begrenzung und Steuerung dieser Risiken.

Auch im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein internes Kontrollsystem im Einsatz. Die Kontrollen werden durch entsprechende organisatorische Maßnahmen, die in die Unternehmensprozesse integriert sind, gewährleistet. Die für die Rechnungslegung und das Controlling zuständige Einheit ist unabhängig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Markteinheit der Bank. Die Bank verfügt über Funktionstrennungen bei der Buchungseingabe und der anschließenden Buchungsfreigabe in das zentrale IT-System. Personen aus den Marktbereichen können keine Buchungsfreigaben tätigen. Somit zählen das Vier-Augen-Prinzip, Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich und Zahlungsrichtlinien zu den präventiven Kontrollen. Arbeitsrichtlinien enthalten Regelungen, die einen korrekten Arbeitsablauf garantieren und sicherstellen, dass betriebliche Vorgänge, die regelmäßig anfallen, einheitlich abgewickelt werden. Stellenbeschreibungen enthalten genaue Beschreibungen des Aufgabenbereiches des jeweiligen Mitarbeiters sowie die personelle Zuordnung. Regelmäßig erfolgen Prüfungen der Konten und deren Bewertungen.

Die internen Kontrollsysteme und das Risikomanagement werden von der dem Vorstand unterstellten Abteilung Interne Revision überprüft.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Hinsichtlich dieses Punkts wird auf den Anhang verwiesen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Bank sind Forschung und Entwicklung nicht in einer eigenen F&E-Abteilung angesiedelt. Es werden daher auch keine eigenen Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet oder ausgewiesen.

AKTIEN DER GESELLSCHAFT UND STELLUNG DER AKTIONÄRE

Das Grundkapital der Wiener Privatbank betrug zum 31. Dezember 2016 unverändert EUR 9.706.697,06 (2015: EUR 9.706.697,06) und war in 4.276.078 Stückaktien eingeteilt. Der auf die einzelne Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals belief sich damit ebenso unverändert auf EUR 2,27.

Sämtliche Aktien sind in einer veränderbaren Sammelurkunde verbrieft, die bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4, 1010 Wien, als Wertpapiersammelbank hinterlegt ist. Eine Einzelverbriefung der Aktien ist satzungsgemäß ausgeschlossen. Alle zum Bilanzstichtag ausgegebenen Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Wiener Börse zugelassen. Die ISIN der Aktien lautet AT0000741301. Im Geschäftsjahr 2016 waren gemäß IAS 33.30 durchschnittlich 4.276.078 Aktien im Umlauf. Jede Aktie gewährt das Recht zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts, wobei jede Aktie eine Stimme gewährt. Kein Aktionär verfügt daher über besondere Kontrollrechte. Stimmrechtsbeschränkungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Aktionären sind dem Vorstand nicht bekannt.

Nach Kenntnis des Vorstandes hielten die Kernaktionäre per 31. Dezember 2016 folgende Anteile: Die K5 Beteiligungs GmbH 18,77 %, die Kerbler Holding GmbH 17,92 %, die J.K. Beteiligungs GmbH 10,79 %, die Kowar KG 10,42 %, Günter Kerbler 7,85 %, MMag. Dr. Helmut Hardt 6,36 % sowie die Toem GmbH (Eduard Berger) 5,00 %. Diese Rechtsträger gehen iSv § 92 Z 7 BörseG gemeinsam mit der SONNE Privatstiftung sowie Herrn Mag. Johann Kowar vor. Die Kernaktionäre verfügten per 31. Dezember 2016 über eine Beteiligung von 78,68 % am Grundkapital der Wiener Privatbank. Herbert Schoderböck ist mittelbar über die Gesellschaft Alpha Global Ltd. an der Wiener Privatbank beteiligt und verfügte über einen Anteil von 9,94 % am Grundkapital. Der Rest der Aktien befand sich zum 31. Dezember 2016 in Streubesitz.

In der außerordentlichen Hauptversammlung am 29. Dezember 2015 wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 30. November 2020 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 4.853.348,53 durch Ausgabe von bis zu 2.138.039 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100 % des anteiligen Betrages des Grundkapitals in einer oder in mehreren Tranchen gegen Bareinlage zu erhöhen. Weiters wurde der Vorstand gemäß § 174 Abs. 2 AktG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf den Erwerb von Aktien der Gesellschaft verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, auszugeben. Zudem erfolgte die Ermächtigung des Vorstands zur bedingten Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu Nominale EUR 2.837.500,00 durch Ausgabe von bis zu 1.250.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden Stammaktien zur Ausgabe an Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen.

Der Vorstand der Wiener Privatbank hat am 30. März 2016, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, beschlossen, Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von EUR 5.100.000,00 per 01.04.2016 zu begeben (die "Wandelschuldverschreibungen").

Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen, mit denen eine Wandlungspflicht in neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Wiener Privatbank zum Wandlungspreis von EUR 7,00 je neuer Aktie verbunden ist, endete am 31.03.2017. Eine Wandelschuldverschreibung im Nominale von EUR 50.000,00 bedingte die Wandlung in 7.142 neue Aktien; soweit sich für mehrere Schuldverschreibungen bei der Durchführung der Pflichtwandlung Bruchteile von Aktien ergaben, wurden alle sich aus der Wandlung dieser Schuldverschreibungen ergebenden Bruchteile von Aktien

addiert und die sich infolge der Addition der Bruchteile etwa ergebenden ganzen Aktien an den betreffenden Anleihegläubiger geliefert (zuzüglich Barausgleich für Spitzenbeträge).

In diesem Zusammenhang wird auf die Ereignisse nach dem Bilanzstichtag in diesem Dokument hingewiesen.

VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Hauptversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder zwei Stellvertreter. Sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebende Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats betreffen § 9 Pkt. 4 der Satzung, wonach für die Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats vor Abschluss der Funktionsperiode eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen auf der Hauptversammlung erforderlich ist.

Die Gesellschaft hat weder mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats noch mit Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots Entschädigungsvereinbarungen abgeschlossen. Für beide Mitglieder des Vorstands besteht eine bei börsennotierten Gesellschaften branchenübliche Change-of-Control-Klausel.

Der Aufsichtsrat der Wiener Privatbank SE bestand im Geschäftsjahr 2016 aus Dr. Gottwald Kranebitter (Vorsitzender), Mag. Johann Kowar (Vorsitzender-Stellvertreter), Günter Kerbler, Mag. Peter Lazar und Heinz Meidlinger. Die Mitglieder des Vorstandes waren im Geschäftsjahr 2016 Eduard Berger (Market) und MMag. Dr. Helmut Hardt (Immobilien, Operations).

MITARBEITER

Die Bindung von erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unternehmerisch denken und über hohe Fachexpertise verfügen, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den langfristigen Erfolg. Die Wiener Privatbank legte daher auch im Geschäftsjahr 2016 Wert darauf, die fachliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter laufend auszubauen. In der Berichtsperiode wurden rund EUR 16.845 in Weiterbildungsmaßnahmen investiert. Im Zusammenhang mit der Intergration der Mitarbeiter der ehemaligen Valartis Bank (Austria) AG wurden rund EUR 100.000 für Mitarbeitermaßnahmen zur raschen Integration in die Wiener Privatbank SE investiert. Die Unternehmenskultur fördert die Übernahme von Verantwortung und sorgt für eine leistungsfreundliche und gerechte Arbeitsumgebung. Auf Basis einer flachen Hierarchie bietet die Wiener Privatbank ihren Mitarbeitern individuelle Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein erfolgs- und leistungsabhängiges Bonusmodell. Bei der Auswahl neuen Personals setzte die Wiener Privatbank auch 2016 auf einen mehrstufigen Selektionsprozess, der sicherstellt, dass die hohen Qualitätsanforderungen in allen Abteilungen erfüllt werden. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich im Jahresvergleich durch die Übernahme der Valartis Bank (Austria) AG deutlich: Im Zeitraum Jänner bis Dezember 2016 wurden durchschnittlich 123 Mitarbeiter (2015: 76) beschäftigt.

AUSBLICK 2017

Vor dem Hintergrund von Brexit, Wahlen in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden sowie einer Neuordnung der Banken in Italien - und auch hier möglicherweise kommenden Neuwahlen - erwartet die Wiener Privatbank für das weitere Geschäftsjahr 2017 eine spannende wirtschaftliche Dynamik. An den europäischen Aktienmärkten gehen die Kapitalmarkt-Experten der Wiener Privatbank in einem volatilen Umfeld von interessanten Investitionschancen im Verlauf des Jahres aus. Am Wiener Markt für Immobilien-Investments rechnet die Wiener Privatbank mit einer unverändert stabilen Nachfrage in den kommenden Monaten.

Die Wiener Privatbank setzt im Geschäftsjahr 2017 weiterhin auf ihre Expertise in den Kerngeschäftsfeldern Kapitalmarkt und Immobilien sowie auf den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit. Die Integration wesentlicher Geschäftstätigkeiten des Bankbetriebs der Valartis Bank (Austria) AG bietet gute Voraussetzungen, um die Position der Wiener Privatbank am Private Banking-Markt deutlich zu stärken und weiter auszubauen. Im Geschäftsfeld Immobilien Produkte & Dienstleistungen rechnet die Wiener Privatbank mit einer weiterhin guten Nachfrage. In der Immobiliendienstleistungssparte sollen das Maklergeschäft und die Hausverwaltung weiter ausgebaut werden.

Angesichts des leicht verbesserten Marktumfeldes und der gestärkten Positionierung geht der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 von einer zufriedenstellenden Unternehmensentwicklung aus. Positive Effekte aus der Übernahme des Valartis Bank (Austria) Bankbetriebes werden jedoch erst in den Folgejahren erwartet.

EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Die Pflichtwandlung mit Wirkung zum 1. April 2017 (der "Wandlungstag") wurde entsprechend durchgeführt. Das Grundkapital ist um EUR 1.653.874,09 auf EUR 11.360.544,15 durch Ausgabe von 728.567 neuen Stückaktien erhöht worden. Die Zahl der ausgegebenen Stückaktien erhöhte sich dadurch von 4.276.078 auf 5.004.645 stimmberechtigte Stückaktien. Somit kam es zur nachstehend angeführten Verwässerung der Aktionäre TOEM, K5 Privatstiftung, Dr. Hardt sowie der gemeinsam vorgehenden Rechtsträger:

Aktionär	Aktienanzahl per 31.03.2017	Stimmrechtsanteil in Prozent per 31.03.2017	Aktienanzahl per 01.04.2017	Stimmrechtsante il in Prozent per 01.04.2017
TOEM	213.804	5,00 %	213.804	4,27 %
K5 Privatstiftung	1.569.123	36,70 %	1.569.123	31,35 %
Dr. Hardt	247.880	5,80 %	247.880	4,95 %
Gemeinsam vorgehende Rechtsträger	3.364.260	78,68 %	3.628.545	72,50 %

Wien, am 18. April 2017

**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

KONZERNBILANZ
KONZERN-GESAMTERGEBNISRECHNUNG
ENTWICKLUNG DES KONZERNEIGENKAPITALS
KONZERN-CASH-FLOW-STATEMENT
KONZERN-CASH-FLOW-STATEMENT ANPASSUNG

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2016

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016 (IFRS)

	Anhang	31. Dezember 2016 in EUR	31. Dezember 2015 in EUR
AKTIVA			
Barreserve	1)	90.990.673,85	13.901.160,47
Forderungen an Kreditinstitute	2)	128.858.832,79	8.646.029,63
Forderungen an Kunden	3)	44.348.345,53	35.603.825,18
Finanzanlagen	4)	122.757.205,54	19.406.832,84
Anteile an assoziierten Unternehmen	5)	14.611.126,79	16.576.644,61
Zum Handel bestimmte Immobilien	6)	84.931.849,83	76.664.687,80
Immaterielle Vermögenswerte	7)	714.729,40	595.379,54
Sachanlagen	8)	1.502.174,29	180.072,65
Steueransprüche	9)	1.761.714,78	1.659.075,24
hievon Steuererstattungsansprüche		209.150,82	460.909,47
hievon latente Steueransprüche		1.552.563,96	1.198.165,77
Sonstige Aktiva	10)	15.012.904,32	13.836.318,54
Summe Aktiva		505.489.557,12	187.070.026,50
PASSIVA			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11)	54.261.752,37	52.388.754,48
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12)	372.590.164,96	75.274.402,32
Steuerverpflichtungen	13)	2.326.995,86	928.567,07
hievon tatsächliche Steuerverpflichtungen		2.326.995,86	928.567,07
hievon latente Steuerverpflichtungen		0,00	0,00
Verbriefte Verbindlichkeiten	14)	24.855.480,00	13.741.024,66
Rückstellungen	15)	3.927.029,91	317.428,83
Sonstige Passiva	16)	7.485.487,97	9.559.470,33
Eigenkapital der Eigentümer des Mutterunternehmens		39.378.034,98	34.240.936,37
Nicht beherrschende Anteile		664.611,07	619.442,44
Eigenkapital	17)	40.042.646,05	34.860.378,81
Summe Passiva		505.489.557,12	187.070.026,50

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016 (IFRS)

Anhang	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
	in EUR	in EUR
Zinsen und ähnliche Erträge	3.204.367,68	2.156.679,93
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 3.994.830,26	- 2.987.391,05
Zinsüberschuss	20) - 790.462,58	- 830.711,12
Provisionserträge	10.549.377,72	4.890.832,41
Provisionsaufwendungen	- 1.723.753,10	- 1.278.383,57
Provisionsüberschuss	21) 8.825.624,62	3.612.448,84
Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen	22) 1.088.441,50	1.674.229,38
Ergebnis aus Handelsgeschäften	23) 347.887,49	275.759,04
Ertrag aus Immobilienhandel	24) 27.634.498,63	20.039.930,36
Aufwand aus Immobilienhandel	25) - 25.183.651,26	- 16.938.636,68
Sonstiger betrieblicher Ertrag	26) 11.657.523,29	4.869.452,71
Sonstiger betrieblicher Aufwand	27) - 853.515,30	- 587.354,23
Verwaltungsaufwand	28) - 18.736.816,47	- 11.181.658,48
Risikovorsorge	29) - 235.125,37	170.458,62
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten	30) 4.716.084,81	3.059.374,94
Ergebnis vor Steuern	8.470.489,36	4.163.293,38
Ertragsteuern	31) - 1.002.263,73	- 389.762,30
Periodenergebnis	7.468.225,63	3.773.531,08
Nicht beherrschende Anteile am Periodenergebnis	51.088,72	- 296.852,64
Periodenergebnis ohne Fremdanteile	7.519.314,35	3.476.678,44
Ergebnis der im Eigenkapital erfassten Ertrags- und Aufwandsposten		
Gesamtergebnisrechnung	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Konzernperiodenergebnis	7.468.225,63	3.773.531,08
Posten, die zukünftig über die GuV gebucht werden können		
Bewertungsergebnis von zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten (AfS-Rücklage) (darauf entfallende Steuereffekte)	- 54.929,76 13.732,44	341.133,67 - 85.283,42
Posten, die zukünftig nicht über die GuV gebucht werden können		
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste (darauf entfallende Steuereffekte)	- 270.639,20 67.659,80	32.477,57 - 8.119,39
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	- 244.176,72	280.208,43
Gesamtergebnis	7.224.048,91	4.053.739,51
Zuordnung des Gesamtergebnisses		
Anteile im Besitz der Eigentümer der Wiener Privatbank	7.275.137,63	3.756.886,87
nicht beherrschende Anteile	- 51.088,72	296.852,64

Entwicklung des Konzerneigenkapitals 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016 (IFRS)

Angaben in EUR	Gezeichnetes Kapital	Kapital-rücklagen	Gewinn-rücklagen Konzern-gewinn	AfS Rücklage	IAS 19 versicherungsm. Gewinne und Verluste	Eigenkapital ohne Fremdanteile	Anteile im Fremdbesitz	Eigenkapital mit Fremdanteilen
Stand zum 1. Jänner 2015	9.706.697,06	14.862.125,43	9.644.518,64	-221.875,05	-94.673,57	33.896.792,51	561.134,80	34.457.927,31
Periodenergebnis 2015			3.476.678,44			3.476.678,44	296.852,64	3.773.531,08
Im sonstigen Ergebnis erfasste Erträge und Aufwendungen				255.850,25	32.477,57	288.327,82		288.327,82
Ausschüttung			-3.420.862,40			-3.420.862,40	-270.010,00	-3.690.872,40
Veränderungen Minderheitenanteil						0,00	31.465,00	31.465,00
Stand zum 31. Dezember 2015	9.706.697,06	14.862.125,43	9.700.334,68	33.975,20	-62.196,00	34.240.936,37	619.442,44	34.860.378,81
Periodenergebnis 2016			7.519.314,33			7.519.314,33	-51.088,72	7.468.225,61
Im sonstigen Ergebnis erfasste Erträge und Aufwendungen				-41.197,32	-202.979,40	-244.176,72		-244.176,72
Ausschüttung			-2.138.039,00			-2.138.039,00	-301.400,00	-2.439.439,00
Veränderungen Minderheitenanteil						0,00	397.657,35	397.657,35
Stand zum 31. Dezember 2016	9.706.697,06	14.862.125,43	15.081.610,01	-7.222,12	-265.175,40	39.378.034,98	664.611,07	40.042.646,05

**Konzern-Cash-Flow-Statement für das Geschäftsjahr
vom 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016**

	Anhang	2016 in TEUR	(angepasst) 2015 in TEUR
Periodenergebnis (vor Fremdanteilen)		7.468	3.774
Ergebnis aus negativem Unterschiedsbetrag	34)	-6.255	0
Ergebnis aus Endkonsolidierung	30)	-4.405	-644
Ergebnis aus der Veräußerung von Anteilen an assoziierten Unternehmen	30)	-260	-1.811
Abgangsgewinne(-)/Abgangsverluste(-) aus Finanzanlagen	30)	-46	-773
Abschreibungen(+)/Zuschreibungen(-) auf Finanzanlagen	30)	39	0
Abschreibungen(+)/Zuschreibungen(-) auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	28)	444	167
Veränderung der Risikovorsorge	29)	235	-292
Ergebnisanteil der assoziierten Unternehmen	22)	-1.088	-1.674
Nicht zahlungswirksame Veränderung der Pensionsrückstellungen	15)	32	66
Steueraufwand(+)/Steuerertrag(-)	31)	1.002	389
Nettozinsertrag(-)/Nettozinsaufwand(+)	20)	790	831
Sonstige Korrekturen		-263	958
Korrigiertes Periodenergebnis		-2.307	991
Zunahme/ Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	2)	-34.263	12.319
Zunahme/ Abnahme der Forderungen an Kunden	3)	1.067	-5.442
Zunahme/ Abnahme der zum Handel bestimmten Immobilien	6)	-29.257	-15.662
Zunahme/ Abnahme der sonstige Aktiva	10)	-19.592	1.419
Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	11)	31.927	12.666
Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	12)	5.448	-10.006
Zunahme/ Abnahme der verbrieften Verbindlichkeit	14)	5.861	5.972
Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	15)	-474	-367
Zunahme/ Abnahme der sonstigen Passiva	16)	5.381	-1.129
Erhaltene Dividenden		0	0
Erhaltene Zinsen	20)	3.204	2.157
Gezahlte Zinsen	20)	-3.841	-2.987
Steuerzugschrift		665	
Steuerzahlungen		0	-1.529
Cash-Flow aus der operativen Tätigkeit		-36.181	-1.598
Zufluss aus dem Erwerb Bankbetrieb Valartis	34)	75.388	0
Zufluss aus der Veräußerung von vollkonsolidierten Tochterunternehmen		4.556	692
Zufluss aus Veräußerung von assoziierten Unternehmen		384	2.232
Zufluss aus Ausschüttungen assoziierte Unternehmen		2.930	2.810
Abfluss aus dem Erwerb von Finanzanlagen		-125.948	-13.807
Zufluss aus der Veräußerung von Finanzanlagen		152.936	17.348
Abfluss aus dem Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	7) 8)	-1.707	-119
Zufluss aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten		74	1
Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten		108.614	9.157
Zufluss aus Emission Pflichtwandelanleihe	14)	5.100	0
Einzahlung nicht beherrschende Anteile		1.996	31
Gezahlte Dividenden und sonstige Ausschüttungen	17)	-2.439	-3.691
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		4.657	-3.660
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode		13.901	10.002
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		-36.181	-1.598
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit		108.614	9.157
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit		4.657	-3.660
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode		90.991	13.901

**Konzern-Cash-Flow-Statement für das Geschäftsjahr
vom 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016**

	(angepasst) 2015	(veröffentlicht) 2.015	Veränderung
	Anhang	in TEUR	in TEUR
Periodenergebnis (vor Fremdanteilen)	3.774	3.774	0
Ergebnis aus negativem Unterschiedsbetrag	0	0	0
Ergebnis aus Endkonsolidierung	-644	0	-644
Ergebnis aus der Veräußerung von Anteilen an assoziierten Unternehmen	-1.811	0	-1.811
Abgangsgewinne(-)/Abgangsverluste(-) aus Finanzanlagen	-773	0	-773
Abschreibungen(+)/Zuschreibungen(-) auf Finanzanlagen	0	0	0
Abschreibungen(+)/Zuschreibungen(-) auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte	167	0	167
Veränderung der Risikovorsorge	-292	0	-292
Ergebnisanteil der assoziierten Unternehmen	-1.674	0	-1.674
Nicht zahlungswirksame Veränderung der Pensionsrückstellungen	66	0	66
Steueraufwand(+)/Steuerertrag(-)	389	0	389
Nettoinsertrag(-)/Nettozinsaufwand(+)	831	0	831
Sonstige Korrekturen	958	0	958
Abschreibungen, Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen	0	-150	150
Veräußerungsgewinne und -verluste aus dem Abgang von immateriellen Vermögenswerten, Sachanlagevermögen und Finanzanlagen	0	-3.345	3.345
Andere zahlungsunwirksame Erträge/ Aufwendungen und sonstige Anpassungen	0	-1.017	1.017
Korrigiertes Periodenergebnis	991	-738	1.729
Zunahme/ Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	12.319	-1.405	13.724
Zunahme/ Abnahme der Forderungen an Kunden	-5.442	-5.439	-3
Zunahme/ Abnahme der zum Handel bestimmten Immobilien	-15.662	-10.809	-4.853
Zunahme/ Abnahme der sonstige Aktiva	1.419	2.983	-1.564
Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	12.666	0	12.666
Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-10.006	-10.006	0
Zunahme/ Abnahme der verbrieften Verbindlichkeit	5.972	5.972	0
Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	-367	0	-367
Zunahme/ Abnahme der sonstigen Passiva	-1.129	-1.128	-1
Erhaltene Zinsen	2.157	2.131	26
Gezahlte Zinsen	-2.987	0	-2.987
Steuerzahlungen	-1.529	-1.707	178
Cash-Flow aus der operativen Tätigkeit	-1.598	-20.146	18.548
Zufluss aus dem Erwerb Bankbetrieb Valartis	0	0	0
Zufluss aus der Veräußerung von vollkonsolidierten Tochterunternehmen	692	0	692
Zufluss aus Veräußerung von assoziierten Unternehmen	2.232	0	2.232
Zufluss aus Ausschüttungen assoziierte Unternehmen	2.810	0	2.810
Abfluss aus dem Erwerb von Finanzanlagen	-13.807	-8.015	-5.792
Zufluss aus der Veräußerung von Finanzanlagen	17.348	14.775	2.573
Abfluss aus dem Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-119	-119	0
Zufluss aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	1	1	0
Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten	9.157	6.642	2.515
Zufluss aus Emission Pflichtwandelanleihe	0	0	0
Einzahlung nicht beherrschende Anteile	31	0	31
Gezahlte Dividenden und sonstige Ausschüttungen	-3.691	-3.691	0
Gezahlte Zinsen	0	-2.987	2.987
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	7.867	-7.867
Änderung an sonstigen Geschäftseinheiten	0	2.472	-2.472
Erhaltene Dividenden	0	18	-18
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-3.660	3.679	-7.339
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	10.002	29.682	-19.680
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1.598	-20.146	18.548
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	9.157	6.642	2.515
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-3.660	3.679	-7.339
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	13.901	19.857	-5.956

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr 2016

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JÄNNER 2016 BIS 31. DEZEMBER 2016

I. Allgemeine Grundsätze

Die Wiener Privatbank SE ist eine börsennotierte Privatbank mit Sitz am Parkring 12, 1010 Wien, und betreibt als Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 des österreichischen Bankwesengesetzes Bankgeschäfte. Sie ist unter der Firmenbuchnummer FN 84890 p beim Handelsgericht Wien im Firmenbuch eingetragen. Der geographische Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in Österreich.

Die Angebots- und Dienstleistungspalette für private und institutionelle Kunden umfasst die Kerngeschäftsfelder Private Banking, Asset Management (Matejka & Partner), Brokerage, Research, Capital Markets, Immobilienprodukte, Immobiliendienstleistungen & -projekte.

In diesen Geschäftsfeldern bietet die Wiener Privatbank ihren Kunden unabhängige Beratung und maßgeschneiderte Lösungen.

Die Wiener Privatbank SE hat als Medium für die Offenlegung gemäß Art. 431 ff. CRR das Internet gewählt. Die Offenlegung ist auf der Website der Wiener Privatbank unter <https://www.wienerprivatbank.com/ueber-uns/investor-relations-adhoc/berichte/> dargestellt.

Der Konzernabschluss der Wiener Privatbank-Gruppe wurde nach den Vorschriften der am Abschlussstichtag gültigen International Financial Reporting Standards (IFRS) des International Accounting Standards Board (IASB) sowie den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt und erfüllt auch die Voraussetzungen des § 59a BWG und des § 245a UGB über Konzernabschlüsse nach international anerkannten Rechnungslegungsgrundsätzen.

Im vorliegenden Konzernabschluss wurden bei der Bilanzierung und Bewertung alle zum Zeitpunkt der Rechnungslegung am 31. Dezember 2016 verabschiedeten und zu diesem Zeitpunkt verpflichtend anzuwendenden IAS/IFRS berücksichtigt. Die Möglichkeit der vorzeitigen Anwendung von überarbeiteten Standards wurde nicht wahrgenommen. Die funktionelle Währung ist der Euro (EUR). Alle Betragsangaben werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in EUR dargestellt. Bei Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Die in Klammern angegebenen Zahlen betreffen das Vorjahr.

Nach Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen erfolgte am 1. April 2016 durch Closing, des am 18. Dezember 2015 unterschriebenen Kaufvertrages, die Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG. Die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten ist dadurch nur eingeschränkt gegeben.

Im Geschäftsjahr 2016 kam es aufgrund einer Verschmelzung, zweier Erstkonsolidierungen und fünf Endkonsolidierungen zu einer Änderung des Konsolidierungskreises.

Freigabe des Konzernabschlusses zur Veröffentlichung durch den Aufsichtsrat: 27. April 2017.

II. Konsolidierungsgrundsätze

Konsolidierungskreis

Muttergesellschaft ist die Wiener Privatbank SE, Wien. In den Konzernabschluss sind alle Unternehmen, die unter dem beherrschenden Einfluss der Muttergesellschaft stehen (Tochtergesellschaften), durch Vollkonsolidierung einbezogen. Es darf von einer Beherrschung ausgegangen werden, wenn die Beteiligungshöhe der WPB SE gegenüber der Tochtergesellschaft über 50% liegt, wobei es gem. IFRS 10, auch bei weniger als 50% Beteiligungshöhe zu einer Vollkonsolidierung kommen kann. Hierbei sind die Einflussmöglichkeiten der Mutter auf die Tochtergesellschaft maßgeblich. Sollte die Wiener Privatbank SE in der Lage sein die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens sowie die variablen Rückflüsse der Gesellschaft der Höhe nach zu bestimmen, so ist auch eine Tochtergesellschaft mit weniger als 50% vollzuzukonsolidieren.

Wesentliche Beteiligungen, auf welche die Wiener Privatbank SE einen maßgeblichen Einfluss ausübt, ohne diese jedoch zu beherrschen, werden als „assozierte Unternehmen“ nach der Equity-Methode einbezogen und in dem Bilanzposten Anteile an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. In der Regel besteht ein maßgeblicher Einfluss bei einem Anteilsbesitz zwischen 20 % und 50 %. Eine Einbeziehung erfolgt auf Grundlage des zum 31. Dezember 2016 erstellten Jahresabschlusses.

Nicht konsolidiert werden Tochterunternehmen, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns insgesamt unwesentlich ist.

Die übrigen Beteiligungen werden aufgrund der Unwesentlichkeit für die Darstellung des Konzernberichtes als Available for Sale in den Finanzanlagen eingestuft und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Insgesamt 17 (VJ: 22) Tochterunternehmen wurden im Rahmen der Vollkonsolidierung mit der Muttergesellschaft zusammengefasst. Nähere Details zum Konsolidierungskreis sind unter Punkt 32 Tochterunternehmen und Beteiligungen dargestellt.

Angaben gemäß IFRS 12

Die Entscheidung ob eine Gesellschaft voll- oder equitykonsolidiert wird, hängt neben der Beteiligungshöhe auch noch von der Möglichkeit der Einflussnahme auf die Geschäfts- sowie die Finanzgebarung der Tochtergesellschaft ab.

Wenn Beherrschung auf eine Gesellschaft festgestellt wird (durch die Möglichkeit der Einflussnahme auf die wirtschaftlichen- oder finanziellen Entscheidungen sowie die Möglichkeit die variablen Rückflüsse zu beeinflussen), wird diese Gesellschaft als vollkonsolidierte Tochtergesellschaft in den Konzernabschluss miteinbezogen.

Für den Fall, dass eine solche Entscheidung nicht eindeutig gefällt werden kann, wird im nächsten Schritt entsprechend den Prüfschritten des IFRS 10 die Einflussmöglichkeit der Wiener Privatbank SE auf die Gesellschaft genauer analysiert und untersucht.

Hierzu wird genauer untersucht, ob Verfügungsgewalt über das Unternehmen vorliegt. Verfügungsgewalt besteht u.a. dann, wenn folgende Rechte gegeben sind: Vertragliche Vereinbarungen mit anderen Stimmberechtigten über die Ausübung von Stimmrechten; Größe des Stimmrechtsbesitzes

des Konzerns im Verhältnis zur Größe und Verteilung der Stimmrechtsbesitze anderer Investoren sowie potenzielle Stimmrechte des Konzerns und anderer Stimmberechtigter oder sonstiger Parteien. Können Entscheidungen der Tochtergesellschaft durch die Wiener Privatbank SE beeinflusst bzw. gesteuert werden oder nicht? Unterliegt die Wiener Privatbank SE variablen unbeeinflussbaren Rückflüssen, oder können hier Entscheidungen durch Einflussnahme abgeändert werden?

Zusätzlich ist auf eine womöglich vorliegende "Principal-Agent" Situation einzugehen bzw. muss kontrolliert werden ob bei der Gesellschaft eine "de facto control" Beherrschung besteht.

Abschließend findet noch eine Kontrolle im Hinblick auf sonstige wirtschaftliche Verbindungen zwischen der Gesellschaft und der Wiener Privatbank SE statt. Kontrolliert wird hierbei ob es zwischen den Gesellschaften über den Rahmen einer normalen Geschäftsbeziehung hinausgehende Verbindungen bzw. Geschäftstätigkeiten gibt.

Sollte nach diesen Kontrollschritten keine eindeutige Einflussnahme bzw. kein maßgeblicher Einfluss der Wiener Privatbank SE nachweisbar sein, so wird entsprechend IAS 28 bzw. IFRS 11 diese Gesellschaft entweder als assoziiertes Unternehmen oder unter Umständen als Joint Arrangement klassifiziert.

Bilanzierungsgrundsätze zu at Equity Unternehmen

Die Anteile des Konzerns an nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen umfassen Anteile an assoziierten Unternehmen und an einem Gemeinschaftsunternehmen.

Assoziierte Unternehmen sind Unternehmen, bei denen der Konzern einen maßgeblichen Einfluss, jedoch keine Beherrschung oder gemeinschaftliche Führung, in Bezug auf die Finanz- und Geschäftspolitik hat. Ein Gemeinschaftsunternehmen ist ein Unternehmen, über das der Konzern die gemeinschaftliche Führung ausübt, wobei er Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzt, anstatt Rechte an deren Vermögenswerten und Verpflichtungen für deren Schulden zu haben.

Anteile an assoziierten Unternehmen und dem Gemeinschaftsunternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Sie werden zunächst mit den Anschaffungskosten angesetzt, wozu auch Transaktionskosten zählen. Nach dem erstmaligen Ansatz enthält der Konzernabschluss den Anteil des Konzerns am Gesamtergebnis der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen bis zu dem Zeitpunkt, an dem der maßgebliche Einfluss oder die gemeinschaftliche Führung endet

Zum Berichtszeitpunkt gibt es drei Equitygesellschaften, welche als wesentlich bezeichnet werden können. Bei diesen Gesellschaften handelt es sich einerseits um die ViennaEstate Immobilien AG, welche vor allem im Wiener Immobiliensektor tätig ist und andererseits um die at-equity Unternehmen der Entwicklung AHI GmbH und Entwicklung AHI Alpha GmbH, welche in der Bewirtschaftung und Verwertung im Hotelsegment tätig sind.

Konsolidierungstichtag

Abschlussstichtag des Konzernabschlusses ist der Abschlussstichtag des Mutterunternehmens; die Jahresabschlüsse der im Rahmen der Vollkonsolidierung einbezogenen Unternehmen sind zum Stichtag des Konzernabschlusses aufgestellt.

Konsolidierungsmethoden

Entsprechend IFRS 3 erfolgt die Erstkonsolidierung bei allen Unternehmenszusammenschlüssen nach der Erwerbsmethode. Gemäß der Methode werden die erworbenen Vermögenswerte und Schulden mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbszeitpunkt bewertet. Bei der Bewertung des nicht beherrschenden Anteils gewährt IFRS 3 ein Bewertungswahlrecht auf Transaktionsbasis, nach dem der nicht beherrschende Anteil entweder zum beizulegenden Zeitwert (bisweilen „Full-Goodwill-Methode“ genannt) oder zum proportionalen Anteil des nicht beherrschenden Anteils am beizulegenden Zeitwert des Nettovermögens des erworbenen Unternehmens erfolgen kann. Ein Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- oder Firmenwert (Goodwill) ausgewiesen. Dieser unterliegt keiner planmäßigen Abschreibung, sondern wird einem jährlich durchzuführenden Impairment-Test unterzogen, bei dem die Werthaltigkeit des Geschäfts- oder Firmenwertes überprüft wird (Impairment-only-Approach). Ist die Werthaltigkeit nicht mehr gegeben, wird eine Abschreibung vorgenommen. Andernfalls wird der Wertansatz des Geschäfts- oder Firmenwertes unverändert gegenüber dem Vorjahr beibehalten.

Soweit die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der übernommenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden unterschreiten, ist der Unterschiedsbetrag in der Periode des Erwerbs ertragswirksam zu vereinnahmen.

Alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, andere Erträge und Aufwendungen aus der Verrechnung zwischen den vollkonsolidierten Gesellschaften werden eliminiert. Ebenso werden sämtliche Zwischenergebnisse eliminiert.

Verliert der Konzern die Beherrschung über ein Tochterunternehmen, bucht er die Vermögenswerte und Schulden des Tochterunternehmens und alle zugehörigen, nicht beherrschenden Anteile und anderen Bestandteile am Eigenkapital aus. Jeder entstehende Gewinn oder Verlust wird in der Gewinn oder Verlustrechnung erfasst. Jeder zurückbehaltene Anteil an dem ehemaligen Tochterunternehmen wird zum beizulegenden Zeitwert zum Zeitpunkt des Verlustes der Beherrschung bewertet.

Nicht beherrschende Anteile werden zum Erwerbszeitpunkt mit ihrem entsprechenden Anteil am identifizierbaren Nettovermögen des erworbenen Unternehmens bewertet.

Änderungen des Anteils des Konzerns an einem Tochterunternehmen, die nicht zu einem Verlust der Beherrschung führen, werden als Eigenkapitaltransaktionen bilanziert.

Währungsumrechnung

Die einzelnen Konzerngesellschaften erfassen ihre Geschäftsfälle in ausländischer Währung mit dem am Tag der Transaktion gültigen Devisenreferenzkurs der EZB. Die Umrechnung von auf Fremdwährung lautenden Vermögenswerten und Verbindlichkeiten sowie nicht abgewickelten Fremdwährungskassageschäften in Euro erfolgt mit dem am Bilanzstichtag gültigen Devisenreferenzkurs der EZB. Devisentermingeschäfte werden zu den am Bilanzstichtag für die Restlaufzeit gültigen Terminkursen bewertet. Aus Währungsänderungen zwischen den zwei Bilanzstichtagen resultierende Fremdwährungsgewinne und -verluste werden im Geschäftsjahr erfolgswirksam erfasst.

Keines der in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 einbezogenen Tochterunternehmen hat einen Abschluss in fremder Währung aufgestellt.

Provisionen

Wenn der Konzern bei einer Transaktion eher in der Eigenschaft als Agent denn als Prinzipal handelt, ist der erfasste Umsatzerlös der Nettobetrag der vom Konzern verdienten Provision.

Dividenden und Zinsen

Dividendenerträge werden erfasst, wenn der Rechtsanspruch der Gesellschaft auf Zahlung entstanden ist. Voraussetzung ist, dass es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann.

Zinserträge werden erfasst, wenn es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern zufließen wird und die Höhe der Erträge verlässlich bestimmt werden kann. Zinserträge werden nach Maßgabe des ausstehenden Nominalbetrages abgegrenzt.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die in der Folge genannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden durchgängig auf alle in diesem Konzernabschluss genannten Geschäftsjahre angewendet.

Zahlungsmittelbestand

Der Zahlungsmittelbestand laut Konzern-Cashflow-Statement setzt sich aus der Barreserve zusammen.

Finanzinstrumente

Unter dem Überbegriff „Finanzinstrumente“ werden alle finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zusammengefasst. Gemäß IAS 32 stellt ein Finanzinstrument im Allgemeinen einen Vertrag dar, welcher gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Die erstmalige Erfassung der Finanzinstrumente erfolgt zum Erfüllungstag. Als Erfüllungstag gilt der Tag, an dem ein finanzieller Vermögenswert übertragen wird. Die Klassifizierung von Finanzinstrumenten beim erstmaligen Ansatz hängt von ihrer Eigenschaft sowie vom Zweck und der Absicht des Managements hinsichtlich der Anschaffung ab.

Erstmalige Bewertung von Finanzinstrumenten

Finanzinstrumente werden bei erstmaligem Ansatz mit deren Fair Value inklusive Transaktionskosten bewertet. Im Fall von erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, werden Transaktionskosten jedoch nicht mit einbezogen, sondern sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In der Wiener Privatbank SE werden folgende Kategorien von Finanzinstrumenten angewendet

Kredite und Forderungen

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten

Eine genaue Unterteilung bzw. Definition der jeweiligen Finanzinstrumente ist in den nächsten Punkten zu finden.

Barreserve (Kassenbestand und Guthaben)

Guthaben beinhalten Forderungen gegenüber der Zentralnotenbanken, die täglich fällig sind und somit eine uneingeschränkte Verfügbarkeit darstellt.

Kredite und Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen und bestimmbareren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notieren. Kredite und Forderungen werden nach der erstmaligen Erfassung zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zinserträge aus Krediten und Forderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Zinsüberschuss ausgewiesen. Sofern Direktabschreibungen vorgenommen wurden, haben diese die Forderungen vermindert. Diese Abschreibungen werden unter den Posten Risikovorsorge im Kreditbereich ausgewiesen.

Für wesentliche Engagements mit Hinweisen auf Wertminderungen wird eine Wertberichtigung in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und dem Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes gebildet (DCF-Methode). Verluste werden im Gewinn oder Verlust erfasst und in einem Konto für Wertberichtigungen wiedergegeben. Falls der Konzern keine realistischen Aussichten auf die Einbringlichkeit des Vermögenswertes hat, werden die Beträge abgeschrieben. Wenn ein nach der Erfassung der Wertberichtigung eintretendes Ereignis eine Verringerung der Höhe der Wertberichtigung zur Folge hat, wird die Verringerung der Wertberichtigung ebenso im Gewinn oder Verlust erfasst.

Bei nicht einzelwertberichtigten Forderungen werden mögliche Wertminderungen, die bereits zum Bilanzstichtag eingetreten sind, aber von der Bank noch nicht erkannt wurden, durch eine Portfoliowertberichtigung abgedeckt. Die Portfoliowertberichtigung wird mittels eines Expected Loss Models, mit einer Loss Identification Period von 3 Monaten, berechnet.

Wenn es zu Vertragsänderungen kommt, beurteilt der Konzern, ob sich die Cashflows des modifizierten Vermögensgegenstandes wesentlich verändert haben. Wenn die Cashflows wesentlich abweichen, werden die vertraglichen Rechte auf die Cashflows des ursprünglichen finanziellen Vermögenswertes als verfallen erachtet. In diesem Fall wird der ursprüngliche finanzielle Vermögenswert ausgebucht und ein neuer finanzieller Vermögenswert wird zum beizulegenden Zeitwert angesetzt.

Zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam bewertete Finanzinstrumente

Finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten können bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (entweder Reduktion einer sonst gegebenen Bewertungsinkonsistenz mit dazugehörigen Finanzinstrumenten oder Zugehörigkeit zu einer Gruppe von Finanzinstrumenten, die mit ihren Fair Values auf Basis einer Investment- und Risikostrategie gemanagt werden) beim erstmaligen Ansatz als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewertende finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten eingestuft werden. Änderungen des Fair Value werden in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte – Available for Sale

Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente bilden eine eigene Kategorie. Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sind solche nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, die nicht als Kredite und Forderungen, bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen, Handelsbestände sowie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft wurden. Bei den Vermögenswerten dieser Kategorie handelt es sich um jene, die für einen unbestimmten Zeitraum gehalten werden sollen und die als Reaktion auf einen Liquiditätsbedarf oder Änderungen der Marktbedingungen verkauft werden können.

Die sich aus der Bewertung zum Fair Value ergebenden Wertänderungen werden solange erfolgsneutral in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals (AfS-Rücklage) ausgewiesen, bis der jeweilige Vermögenswert veräußert ist. Bei Vorliegen von Wertminderungsgründen (Impairment Losses) wird eine erfolgswirksame Abschreibung vorgenommen. Dabei werden die bisher in der AfS-Rücklage erfassten Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert. Bei Eigenkapitalinstrumenten, die zum Fair Value bewertet werden, liegt eine Wertminderung bei einer Unterschreitung um mehr als 20 % über einen durchgängigen Zeitraum von neun Monaten. Die Überprüfung des Erfordernisses einer Abschreibung erfolgt halbjährlich zu jedem Quartalsultimo durch die Stelle Treasury im Vier-

Augenprinzip mit dem Risikomanagement. Wertaufholungen bei gehaltenen Eigenkapitalinstrumenten werden erfolgsneutral über die AFS-Rücklage im Eigenkapital erfasst.

Anteile an Unternehmen, die weder voll konsolidiert noch at-equity bewertet werden, sind Teil des AFS-Bestandes. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet.

Derivative Finanzinstrumente

Derivate werden mit Ihrer Fair Value angesetzt. Positive Fair Values werden in der Bilanz als Vermögenswert unter den Sonstigen Aktiva und bei einem negativen Fair Values als Verbindlichkeit unter den Sonstigen Passiva dargestellt. Der Erfolg aus Derivaten wird im „Ergebnis aus Handelsgeschäften“ gezeigt.

Verbriefte Verbindlichkeiten

In dieser Position (Punkt 14.) werden begebene Anleihen von Tochterunternehmen sowie eine Pflichtwandelschuldverschreibung der Wiener Privatbank SE ausgewiesen, welche mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden.

Finanzielle Verbindlichkeiten

Gemäß IAS 39 werden finanzielle Verbindlichkeiten, hierbei handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie Anleihen, sofern deren Bewertung nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert erfolgt, grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Veränderungen werden im Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Angaben über den beizulegenden Zeitwert (Fair Value)

Der beizulegende Zeitwert ist jener Preis, zu welchem in einem geordneten Geschäftsvorfall unter Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag ein Vermögenswert verkauft oder eine Schuld übertragen werden könnte (d. h. ein Abgangspreis).

Bei Finanzinstrumenten, welche an einem aktiven Markt notieren, bemisst sich der beizulegende Zeitwert nach den offiziellen Preisen des Hauptmarktes, zu dem die Gruppe Zugang hat („Mark to Market“). Der beizulegende Zeitwert einer kurzfristig abrufbaren finanziellen Verbindlichkeit ist nicht geringer als der bei Fälligkeit zahlbare Betrag unter Abzinsung ab dem ersten Termin, an dem die Zahlung des Betrags verlangt werden könnte.

Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn Preisnotierungen von einem Preisberechnungs-Service, einem Händler, einem Broker, einer Agentur, die Kurse bestimmt, oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise tatsächliche und regelmäßig auftretende Markttransaktionen zwischen unabhängigen Geschäftspartnern darstellen. Gibt es für ein Finanzinstrument in seiner Gesamtheit keine veröffentlichte Preisnotierung an einem aktiven Markt, gibt es jedoch aktive Märkte für die Bestandteile des Finanzinstruments, wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage der Marktpreise für die Bestandteile ermittelt.

Für die Ermittlung des Fair Values für Finanzinstrumente, für welche es keinen aktiven Markt gibt und die nur mit selbst bestimmten Parameter berechnet werden können, wird auf den Punkt „Berechnung Level 3 Fair Values“ (Punkt 36 der Anhangangaben) verwiesen.

Fair Values – Fair Value-Hierarchie

Die Ermittlung der Fair Values erfolgt gemäß den Vorschriften des IFRS 13:

Level 1

Der beizulegende Zeitwert der Level 1 Instrumente wird anhand von an aktiven Märkten beobachteten Preisnotierungen ermittelt.

Level 2

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Instrumenten des Levels 2 erfolgt auf der Grundlage von Bewertungstechniken unter Anwendung von Inputfaktoren, welche an aktiven Märkten beobachtbar sind.

Level 3

Level 3 bezieht sich auf Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, deren beizulegender Zeitwert nicht ausschließlich auf Grundlage beobachtbarer Marktdaten ermittelt wird. Hier wird der beizulegende Zeitwert von Instrumenten anhand von Bewertungstechniken ermittelt, bei denen vor allem Inputfaktoren verwendet werden, die nicht an aktiven Märkten beobachtbar sind.

Zum Handel bestimmte Immobilien

Ein Teil des Geschäftsmodells des Konzerns ist der Erwerb von Wohnhausanlagen und eine im Rahmen des operativen Geschäftszyklus des Unternehmens beabsichtigte Veräußerung der Immobilien (sowohl Einzelverwertung als auch Verwertung des gesamten Hauses). Aus diesem Grund erfolgt die Bilanzierung dieser Immobilien unter dem Vorratsvermögen gemäß IAS 2.

Die Immobilienvorräte werden mit ihrem Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungs- oder Anschaffungskosten umfassen alle Kosten des Erwerbs und der Be- und Verarbeitung sowie sonstige Kosten, die angefallen sind, um die Vorräte an ihren derzeitigen Ort und Zustand zu versetzen. Hierzu zählen beispielsweise Notarkosten, Gutachterkosten, usw... Die Bewertung erfolgt gem. IAS 2 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert zum jeweiligen Bilanzstichtag. Werthaltigkeitsprüfungen werden mittels Verkehrswertgutachten sowie mittels eines Vergleichswertverfahrens vorgenommen. Vergleichswerte werden aus einer retrograden Verkaufspreisberechnung, aus statistischen sowie rechnerischen, um Verkaufspreisnebenkosten bereinigten, Berechnung abgeleitet. Wurden in der Vergangenheit Wertminderungen auf den Nettoveräußerungswert vorgenommen und sind die Gründe für diese Wertminderung aufgrund geänderter Verhältnisse entfallen, so wird eine Wertaufholung bis zur Höhe der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten vorgenommen.

Immaterielle Vermögenswerte

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert sind. Er wird auf die voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Folgende Nutzungsdauer wird der planmäßigen Abschreibung zugrunde gelegt:

	Jahre	Prozent
Rechte (Software)	3-5	33 %-20 %

Die Abschreibung wird unter dem Posten Verwaltungsaufwand erfasst.

Gemäß IFRS 3 ist ein Firmenwert jener Betrag, um den die Summe der übertragenen Gegenleistungen den zum Erwerbszeitpunkt bestehenden Saldo der erworbenen Vermögenswerte und der übernommenen Schulden übersteigt. Firmenwerte aus dem Erwerb von Tochterunternehmen werden als immaterielle Vermögenswerte angesetzt. Firmenwerte aus dem Erwerb von assoziierten Unternehmen hingegen sind im Buchwert der Anteile an den assoziierten Unternehmen enthalten.

Der Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte mit einer unbegrenzten Nutzungsdauer werden jährlich auf Wertminderung überprüft.

Sachanlagen

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um planmäßige Abschreibungen vermindert werden. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei Wertminderungen vorgenommen. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen und unter dem Posten Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Folgende Nutzungsdauer wird den planmäßigen Abschreibungen zugrunde gelegt:

	Jahre	Prozent
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1-20	100 % - 5 %
Fahrzeuge	3-5	33 % - 20 %

Sonstige Aktiva

Im Posten Sonstige Aktiva werden hauptsächlich Forderungen, die nicht aus dem Bankgeschäft stammen, ausgewiesen. Das sind im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden sowie Forderungen aus Immobilienverkäufen. Abschreibungen werden im Posten Risikovorsorge ausgewiesen.

Steueransprüche und Verpflichtungen

In diesen Positionen werden die tatsächlichen sowie latenten Steueransprüche und -verpflichtungen ausgewiesen.

Nach den Bestimmungen des § 9 KStG zur Gruppenbesteuerung besteht zum 31. Dezember 2016 eine Unternehmensgruppe aus der Wiener Privatbank SE als Gruppenträger und 7 Gruppenmitgliedern (ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., BODEN-INVEST Beteiligungs-gesellschaft m.b.H., Wiener Stadthäuser Alpha GmbH und Wiener Stadthäuser One Immobilien WIENER PRIVATBANK Bauträger GmbH, Setup Auhofstraße 181 GmbH und Entwicklung AHI GmbH).

Die Steuerumlage bemisst sich nach der fiktiven positiven oder negativen Steuerbelastung eines jeden Gruppenmitgliedes entsprechend der „Stand alone“ Betrachtung und wird in einem weiteren Schritt um den Gruppenvorteil bereinigt. Eine allenfalls bestehende Vorgruppen-Mindestkörperschaftsteuer vermindert die Steuerumlage um den an den Gruppenträger weiterverrechneten Betrag.

Steuerabgrenzung

Laufende Steuern

Laufende Steueransprüche und -schulden werden mit jenem Betrag angesetzt, in dessen Höhe eine Erstattung oder eine Zahlung an / von der Steuerbehörde erwartet wird.

Latente Steuern

Latente Steuern werden für temporäre Unterschiede angesetzt, wenn steuerliche Wertansätze von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und deren Buchwerten auseinanderliegen. Latente Steueran-

sprüche werden für alle steuerlich absetzbaren temporären Unterschiede, wenn es wahrscheinlich ist, dass in Zukunft ein zu versteuernder Gewinn zur Verrechnung zur Verfügung stehen wird, angesetzt.

Latente Steueransprüche und Steuerschulden werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst. Steuerliche Verlustvorträge, die wahrscheinlich in den nächsten 5 Jahren genutzt werden können, werden in Höhe des latenten Steueranspruches aktiviert. Latente Steueransprüche und Steuerschulden werden saldiert, soweit sie sich auf Ertragsteuern beziehen, die von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Rückstellungen

Rückstellungen werden entsprechend IAS 37 angesetzt, wenn eine rechtliche oder faktische Verpflichtung gegenüber Dritten aufgrund eines vergangenen Ereignisses besteht, es wahrscheinlich ist, dass diese Verpflichtung zu einem Abfluss von Ressourcen führen wird und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist.

Die Rückstellungen werden mit jenem Wert angesetzt, der zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses nach bester Schätzung angesetzt werden kann. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom Nominalwert, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt. Rückstellungen werden zu jedem Bilanzstichtag überprüft ob ein Anpassungsbedarf besteht. Wenn ein Abfluss nicht mehr wahrscheinlich ist, ist die Rückstellung erfolgswirksam aufzulösen.

Personalarückstellungen

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen werden nach den Bestimmungen des IAS 19 nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) gebildet. Der Rechnungszinssatz beträgt 1,6 % (VJ 2,4 %), es wird von einer jährlichen Valorisierung der Gehälter von 2,3 % (VJ 2,3 %) ausgegangen. Ein Fluktuationsabschlag wird nicht angesetzt. Die jeweiligen gesetzlichen Regelungen zum Pensionsantrittsalter werden berücksichtigt. Dienstzeitkomponenten, als auch Zinsaufwendungen und Erträge werden entsprechend der Regelungen des IAS 19 in der GuV, wohingegen Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis (Other Comprehensive Income – OCI) erfasst werden.

Sonstige Passiva

Im Posten Sonstige Passiva werden sonstige Verpflichtungen, die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können, ausgewiesen und mit fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich aus eingezahltem Kapital, das ist das dem Unternehmen von den Eigentümern zur Verfügung gestellte Kapital (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), und aus erwirtschaftetem Kapital (Gewinnrücklagen, AfS Rücklage, IAS 19 Rücklage, Gewinnvortrag und Jahresüberschuss) zusammen. Unter der AfS Rücklage werden die nicht ergebniswirksam erfassten Bewertungsänderungen des AfS-Bestandes ausgewiesen.

Treuhandvermögen

Die Wiener Privatbank SE und ihr Tochterunternehmen ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H. bieten Treuhandgeschäfte und sonstige treuhänderische Leistungen an, bei denen sie im Namen von Kunden Vermögenswerte halten oder investieren. Treuhänderisch gehaltene Vermögenswerte werden im

Konzernabschluss nicht ausgewiesen, da sie keine Vermögenswerte des Wiener Privatbank-Konzerns sind.

Zinsüberschuss

Der Posten Zinsen und ähnliche Erträge umfasst vor allem Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Zinserträge aus Guthaben bei Zentralnotenbanken und aus Wertpapieren sowie Beteiligungserträge von nicht konsolidierten Gesellschaften. Zinserträge werden periodengerecht abgegrenzt und erfasst. Zinsen und ähnliche Aufwendungen umfassen vor allem Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Anleihezinsen. Sie werden ebenso periodengerecht abgegrenzt und erfasst.

Provisionsüberschuss

Unter Provisionsüberschuss sind die Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft und diesem zuzuordnende Aufwendungen gegenüber Dritten abgegrenzt ausgewiesen. Diese umfassen vor allem Erträge und Aufwendungen für Dienstleistungen aus dem Zahlungsverkehr, dem Wertpapiergeschäft und dem Kreditgeschäft sowie aus dem Real Estate-Bereich.

Ergebnis aus Handelsgeschäften

Im Handelsergebnis werden Ergebnisse aus dem Gold- und Devisenhandel erfasst sowie die Veränderungen des Fair Values von Derivaten.

Ertrag aus Immobilienhandel

Unter dieser Position werden die Veräußerungserlöse aus dem zum Verkauf gehaltenen Immobilien sowie die zwischenzeitlich bis zum Verkauf vereinnahmten Erlöse aus Vermietungen ausgewiesen.

Aufwand und Immobilienhandel

Unter dieser Position werden sämtliche Veränderungen des Bestands an Immobilien, die Aufwendungen für Material und sonstige bezogenen Herstellungsleistungen, die Aufwendungen aus Vermietungen sowie sonstige Immobilienaufwendungen (Asset Management) ausgewiesen.

Sonstiger betrieblicher Ertrag

Im Sonstigen betrieblichen Ertrag sind all jene Erträge und Aufwendungen ausgewiesen, die einer bankfremden Geschäftstätigkeit zuzurechnen sind, sowie Erträge die keiner anderen Position zugeordnet werden können.

Sonstiger betrieblicher Aufwand

Im Sonstigen betrieblichen Aufwand werden etwaige Abschreibungen aus dem Impairment von Firmenwerten gem. IAS 36 gezeigt. Darüber hinaus werden in diesem Posten die Aufwendungen aus bankfremden Tätigkeiten sowie sonstige betriebliche Aufwendungen die nicht aus Verwaltungstätigkeiten entstammen ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand

Im Verwaltungsaufwand werden – auf die Berichtsperiode abgegrenzt – der Personalaufwand, der Sachaufwand sowie planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen und auf immaterielle Vermögenswerte ausgewiesen. Im Personalaufwand werden Löhne und Gehälter, Bonuszahlungen, gesetzliche und freiwillige Sozialaufwendungen, personalabhängige Steuern und Abgaben sowie Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen erfasst. Im Sachaufwand sind neben dem EDV-Aufwand, dem

Raumaufwand sowie den Aufwendungen für den Bürobetrieb, dem Aufwand für Werbung und Marketing, den Rechts- und Beratungsaufwendungen noch sonstige Sachaufwendungen enthalten.

Risikovorsorge

Bei der Position Risikovorsorge werden Zuführungen zu Wertberichtigungen und Rückstellungen bzw. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen, realisierte Forderungsausfälle sowie nachträgliche Eingänge ausgebuchter Forderungen ausgewiesen.

Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten

Erträge Anteile an assoziierten Unternehmen

Hierunter werden die Endkonsolidierungsergebnisse der assoziierten Gesellschaften ausgewiesen.

Erträge aus Endkonsolidierung

Diese Position zeigt die Endkonsolidierungsergebnisse der verbundenen Unternehmen.

Erträge/ Aufwendungen aus:

- at Fair Value through Profit or Loss

Unter dieser Position werden sowohl Bewertungserfolge als auch realisierte Gewinne und Verluste aus Wertpapieren des Fair Value-Portfolios erfasst.

- Available for Sale

Veräußerungserfolge sowie Wertberichtigungen des Available for Sale-Portfolios werden unter dieser Position ausgewiesen.

Steuern vom Einkommen

Laufende und latente Ertragsteuern werden in dieser Position erfasst.

Restatement Konzern-Cash-Flow-Statement

Als Finanzmittelbestand wurde nur Kassenbestand und Guthaben bei der Zentralnotenbank erfasst. Auf eine Einbeziehung der Forderungen gegenüber den Kreditinstituten unter 3 Monate wurde verzichtet.

Die Zusammensetzung der zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen sowie sonstigen Anpassungen wurde transparenter gestaltet indem die wesentlichen Positionen gesondert ausgewiesen werden. Die Vorzeichenfehler wurden dabei korrigiert.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und die gezahlten Zinsen wurden vom Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit in den operativen Cash-Flow umgegliedert.

Die Wiener Privatbank SE hat die Zu- bzw. Abflüsse aus dem Erwerb/der Veräußerung von vollkonsolidierten Tochterunternehmen sowie von assoziierten Unternehmen, die zuvor saldiert im Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit dargestellt wurde, in ihre Hauptgruppen der Bruttoeinzahlungen und Bruttoauszahlungen im Cash-Flow aus Investitionstätigkeit aufgliedert. Des Weiteren wurden die Dividendenausschüttungen aus assoziierten Unternehmen als gesonderten Posten im Cash Flow aus Investitionstätigkeit angegeben.

Die Vergleichsperiode wurde entsprechend angepasst. In Summe wurde der Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit zum 31. Dezember 2015 um EUR 18,5 Mio. zu niedrig, der Cash Flow aus der

Investitionstätigkeit um EUR 2,5 Mio. zu niedrig und der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit um EUR 7,3 Mio. zu hoch ausgewiesen.

IV. Ermessensentscheidungen und Schätzunsicherheiten des Konzernabschlusses

Für die Erstellung des Konzernabschlusses sind naturgemäß regelmäßige Ermessensbeurteilungen, Entscheidungen und die Festlegung von Annahmen und Erwartungen über ausgewiesene Buchwerte durch die Unternehmensleitung notwendig. Anhand dieser Einschätzungen und Beurteilungen kann der Ansatz und Wert von Vermögenswerten und Schulden am Bilanzstichtag als auch die Höhe von Aufwendungen und Erträgen während des Geschäftsjahres bedeutend beeinflusst werden.

Aufgrund dieser Entscheidungen bzw. Beurteilungen besteht bei folgenden Punkten die Möglichkeit, dass sie zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden im nächsten Geschäftsjahr führen können:

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts des Immobilienvermögens sowie der Immobilienvorräte der Wiener Privatbank SE erfolgt mittels Gutachten, welche von unabhängigen Sachverständigen erstellt werden.

Der Nettoveräußerungswert der Immobilienvorräte basiert auf Berechnungen, welche auf den zukünftigen Verkaufserlös abzüglich der geschätzten noch anfallenden Kosten der Fertigstellung als auch des Verkaufes basieren. Diese Berechnung wird zu den jeweiligen Stichtagen aktualisiert und angepasst, wodurch es zu Wertschwankungen der Immobilienvorräte kommen kann.

Die Höhe der rückgestellten Beträge basiert auf geschätzten Beträgen. Diese Schätzungen basieren auf von Sachverständigen erstellten Gutachten als auch auf Erfahrungswerten der Vergangenheit. Abfertigungs- und Pensionsansprüche werden mittels Annahmen bezüglich Pensionsantrittsalter, Fluktuation, zukünftiger Bezugserhöhung und Lebenserwartung errechnet. Weitere Informationen sind unter Entwicklung der langfristigen Personalrückstellungen ersichtlich.

Geschäfts- oder Firmenwerte werden unter zukunftsbezogenen Blickwinkeln und Annahmen beurteilt. Zur Ermittlung der zukünftig erzielbaren Beträge, werden im Rahmen des Wertminderungstests mehrere Annahmen getroffen und zugrunde gelegt. Die zur Berechnung herangezogenen Mittelüberschüsse, entsprechen der zur Abschlusserstellung aktuellsten Einschätzung.

Finanzinstrumente, für welche kein aktiver Markt vorhanden ist, werden mittels finanzmathematischer Bewertungsmethoden bewertet und auf ihre Werthaltigkeit hin überprüft. Details hierzu sind unter Hierarchie der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte zu finden.

Die getroffenen Annahmen werden laufend überprüft und angepasst. Überarbeitungen der Schätzungen werden prospektiv erfasst.

V. Anwendung geänderter und neuer Standards (IFRS und IAS)

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze der vorhergehenden Konzernabschlüsse wurden unverändert auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016, angewandt.

Folgende IFRS Regelungen, die im Geschäftsjahr 2016 neu anzuwenden sind, wurden vom Konzern erstmals angewendet. Eine Auswirkung auf den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 ergab sich jedoch nur, wenn dies in der folgenden Tabelle mit „ja“ gekennzeichnet ist.

Verpflichtend anzuwendende Standards im Geschäftsjahr

		Inkrafttreten	Auswirkungen auf den Konzernabschluss
Regelungen IFRS			
Änderung zu IFRS 11	Erwerb von Anteilen an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit	01.01.2016 ¹	nein
Änderung zu IAS 16 und IAS 38	Klarstellung akzeptabler Abschreibungsmethoden	01.01.2016 ¹	nein
Änderungen zu IAS 27	Equity Methode in Einzelabschlüssen	01.01.2016 ¹	nein
Änderung an IAS 1	Initiative zur Verbesserung von Angabepflichten	01.01.2016 ¹	nein
Jährliche Verbesserungen (2012-2014)	Diverse	01.01.2016 ¹	nein
Änderung zu IAS 16 und IAS 41	Landwirtschaft: Produzierte Pflanzen	01.01.2016 ¹	nein
Änderung an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28	Investmentgesellschaften – Anwendung der Konsolidierungsausnahme	01.01.2016 ¹	nein

Regelungen IAS

Noch nicht anzuwenden, außer vorzeitige Anwendung		Inkrafttreten	Auswirkungen auf den Konzernabschluss
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Kundenverträgen	01.01.2018	nein
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2018	ja
IFRS 16	Leasingverhältnisse	01.01.2019	nein
Änderung zu IAS 7	Kapitalflussrechnung - Angabeninitiative	01.01.2017	nein
Änderung zu IAS 12	Ertragsteuern - Ansatz aktiver latenter Steuer auf unrealisierte Verluste	01.01.2017	nein
Änderung zu IFRS 15	Umsatzerlöse aus Kundenverträgen - Klarstellungen	01.01.2018	nein
Änderung zu IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütungen	01.01.2018	nein
Änderung zu IFRS 4	Anwendung von IFRS 9 mit IFRS 4 Versicherungsverträgen	01.01.2018	nein
Jährliche Verbesserungen (2014-2016)	Diverse	01.01.2017/2018	nein
IFRIC 22	Währungsumrechnung bei Anzahlungen	01.01.2018	nein
IFRIC 22	Klassifizierung noch nicht fertiggestellter Immobilien	01.01.2017	nein

¹ Die Standards und Interpretationen sind für jene Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem Datum des Inkrafttretens beginnen.

IFRS 15

Dieser Standard regelt, wann und in welcher Höhe Erlöse zu erfassen sind. IFRS 15 ersetzt IAS 18 (Erlöse), IAS 11 (Fertigungsaufträge) und eine Reihe von erlösbezogenen Interpretationen. Da die Wiener Privatbank SE mittlerweile ihr Engagement im Bauträgergeschäft einstellte, spielen Fertigungsaufträge eine stark untergeordnete Rolle. Somit werden die Auswirkungen dieses neuen Standards im Moment als unwesentlich eingestuft.

IFRS 16

Für Leasingnehmer sieht der neue Standard ein Bilanzierungsmodell vor, das auf eine Unterscheidung zwischen Finanzierungs- und Mietleasing verzichtet. Künftig werden die meisten Leasingvereinbarungen in der Bilanz zu erfassen sein. Da die Wiener Privatbank SE weder aktiv im Leasinggeschäft tätig ist noch selbst Leasingverträge abgeschlossen hat, werden die Auswirkungen hieraus ebenfalls als unwesentlich angesehen.

IFRS 9

Die finale Version von IFRS 9 wurde am 24. Juli 2014 vom IASB veröffentlicht und von der EU-Kommission am 22. November 2016 in EU-Recht übernommen. Als verpflichtender Erstanwendungszeitpunkt von IFRS 9 wurde der 1. Jänner 2018 festgelegt. Die wesentlichen Anforderungen des IFRS 9 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Klassifizierung und Bewertung:

Das neue Klassifizierungsmodell für finanzielle Vermögenswerte sieht zukünftig die Zuordnung in die folgenden drei Geschäftsmodelle und der damit verbundenen Folgebewertung vor:

- „Halten“ (Amortised Costs, AC)
- „Halten und Verkaufen“ (Fair value through other comprehensive income, FVOCI)
- „Verkaufen“ (Fair value through profit or loss, FVTPL)

Im Rahmen der Klassifizierung sind die vertraglichen Zahlungsströme pro Einzelgeschäft gemäß des SPPI Kriteriums („Solely Payments of Principle and Interest“) zu überprüfen. Wird dieses Kriterium erfüllt, so ist abhängig vom gewählten Geschäftsmodell wahlweise eine Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) erlaubt. Ist das SPPI Kriterium nicht erfüllt, so hat die Folgebewertung erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (FVTPL) zu erfolgen.

Die bestehenden Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten wurden weitgehend aus den IAS 39 Regelungen übernommen. Wesentliche Neuerung stellt, im Rahmen der Anwendung der Fair Value Option, der Ausweis von Fair Value Änderungen aufgrund der Veränderung des eigenen Ausfallrisikos dar. Diese sind bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen im sonstigen Ergebnis und nicht erfolgswirksam zu erfassen.

– Wertberichtigungslogik für Finanzinstrumente

Bei Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bzw. erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (FVOCI) zu bilanzieren sind, sieht der IFRS 9 die Berechnung eines erwarteten Kreditverlusts (Expected Credit Loss) vor. Hierfür sind Kreditrisikoparameter (PD, LGD und EAD) unter Berücksichtigung historischer, gegenwärtiger und zukunftsorientierter Informationen zu modellieren. Im Rahmen der Ermittlung der Risikovorsorge sieht IFRS 9 eine Stufenzuordnung

von Finanzinstrumenten in drei Stufen vor, welche künftig die Höhe der zu erfassenden Verluste und die Zinsvereinnahmung bestimmen. Zum Zeitpunkt der Ersterfassung des Finanzinstruments erfolgt in der Regel die Zuordnung in Stufe 1. Die Risikovorsorge entspricht hier der Höhe der im folgenden Jahr erwarteten Verluste (12-Monats-Expected Credit Loss). Erfolgt eine signifikante Erhöhung des Ausfallrisikos so erfolgt der Transfer in die Stufe 2. Hier entspricht die Höhe der Risikovorsorge der über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments erwarteten Verluste (Lifetime Expected Credit Loss). Die Zinsvereinnahmung in den Stufen 1 und 2 erfolgt auf Basis des Bruttobuchwerts. Bei Eintritt eines objektiven Hinweises auf eine Wertminderung („Ausfall“) erfolgt der Transfer in Stufe 3. Auch hier entspricht die Höhe der Risikovorsorge – analog zu Stufe 2 – der über die gesamte Restlaufzeit des Finanzinstruments erwarteten Verluste (Lifetime Expected Credit Loss). Die Zinsvereinnahmung in Stufe 3 erfolgt auf Basis des Nettobuchwerts.

– Offenlegungsvorschriften

Die Einführung von IFRS 9 ist mit umfangreichen Offenlegungspflichten, sowohl aus Klassifizierungssicht als auch aufgrund der neuen Wertberichtigungslogik, verbunden. In diesem Zusammenhang wird zwischen Offenlegungspflichten unterschieden, die bei Übergang von IAS 39 auf IFRS 9, sowie für die laufende Anwendung von IFRS 9, erforderlich sind.

Beschreibung des Projektplans und erwartete Auswirkungen von IFRS 9

Die Wiener Privatbank SE geht davon aus, dass die Anwendung von IFRS 9 einen wesentlichen Einfluss auf die Bilanzierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten des Konzerns haben wird. Aktuell wird eine Erhöhung des Risikovorsorgenniveaus erwartet, entsprechend der zukünftig erforderlichen Erfassung von Risikovorsorgen in Höhe der im kommenden Jahr – gegebenenfalls sogar über die Restlaufzeit – erwarteten Verluste.

Die endgültigen Auswirkungen von IFRS 9 auf den Konzernabschluss 2018 werden derzeit im Rahmen eines IFRS 9 Umstellungsprojekts analysiert. In diesem Zusammenhang werden die aus IFRS 9 Sicht erforderlichen Anpassungserfordernisse sowie die erwarteten Auswirkungen auf das Risikovorsorgenniveau und auf die Klassifizierung untersucht. Neben dem quantitativen Effekt aus der IFRS 9 Umstellung werden im Rahmen des IFRS 9 Umstellungsprojekts auch die Geschäfts- und Kreditrisikoprozesse umfangreichen Anpassungen unterzogen.

Die Umsetzung der Ergebnisse in die Prozess- und Systemlandschaft der Wiener Privatbank ist für Q2 und Q3 2017 geplant. Die anschließende Testphase der IFRS 9 Systeme erfolgt im Q3/Q4 2017. Die Anpassung an die aus IFRS 9 Sicht erforderlichen Offenlegungsvorschriften/Notesangaben sowie die Vorbereitung der buchhalterischen Überleitung von IAS 39 auf IFRS 9 ist für die 2. Jahreshälfte 2017 geplant.

Quantitative Angaben zu den Auswirkungen von IFRS 9 auf das Risikovorsorgenniveau bzw. die Klassifizierung von Finanzinstrumenten sind derzeit nicht möglich, werden jedoch im Q2 2017 erwartet.

VI. Erläuterungen zur Bilanz und Gesamtergebnisrechnung

1. Barreserve

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Kassenbestand	63.388,86	1.160,47
Guthaben bei Zentralnotenbanken	90.927.284,99	13.900.000,00
Barreserve	90.990.673,85	13.901.160,47

Der Anstieg des Postens Guthaben bei Zentralnotenbanken resultiert aus der Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG.

2. Forderungen an Kreditinstitute

2.1. Forderungen an Kreditinstitute nach Regionen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Forderungen an inländische Kreditinstitute	104.073.065,03	8.616.948,11
Forderungen an ausländische Kreditinstitute	24.833.482,69	29.081,52
Risikovorsorge Forderungen Kreditinstitute	-47.714,93	0,00
Forderungen an Kreditinstitute	128.858.832,79	8.646.029,63

Der Anstieg der Forderungen gegenüber Kreditinstitute resultiert aus der Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG.

2.2. Forderungen an Kreditinstitute nach Fristen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Täglich fällig	74.730.601,41	3.956.662,32
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	42.161.941,71	2.000.136,66
über 3 Monate bis 1 Jahr	11.565.521,04	1.592.151,89
über 1 Jahr bis 5 Jahre	0,00	745.984,07
über 5 Jahre	448.483,56	351.094,96
Risikovorsorge	-47.714,93	0,00
Forderungen an Kreditinstitute	128.858.832,79	8.646.029,63

2.3. Entwicklung Risikovorsorge	1. Jänner 2016 – 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Risikovorsorge zum 1. Jänner	0,00	0,00
Dotierungen	-47.714,93	0,00
Verwendung	0,00	0,00
Auflösung	0,00	0,00
Risikovorsorge zum 31. Dezember	-47.714,93	0,00

2.4. Forderungen an Kreditinstitute nach Art der Forderung	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Tagesgelder	69.117.137,22	5.194.833,83
Termingelder	53.727.462,75	3.000.101,11
Marginkonten / Sicherheiten	6.061.947,75	451.094,69
Risikovorsorge	-47.714,93	0,00
Forderungen an Kreditinstitute	128.858.832,79	8.646.029,63

3. Forderungen an Kunden

3.1. Forderungen an Kunden nach Regionen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Forderungen an inländische Kunden	34.386.543,43	25.711.711,81
Forderungen an ausländische Kunden	10.043.123,90	9.942.867,30
Risikovorsorge	-81.321,80	-50.753,93
Forderungen an Kunden	44.348.345,53	35.603.825,18

3.2. Forderungen an Kunden nach Fristen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Täglich fällig	262.989,33	641.178,98
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	3.717.356,44	1.818.301,47
über 3 Monate bis 1 Jahr	14.672.430,91	10.302.901,88
über 1 Jahr bis 5 Jahre	22.766.451,13	20.741.108,62
über 5 Jahre	3.010.439,52	2.151.088,16
Risikovorsorge	-81.321,80	-50.753,93
Forderungen an Kunden	44.348.345,53	35.603.825,18

3.3. Entwicklung Risikovorsorge	1. Jänner 2016 – 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Risikovorsorge zum 1. Jänner	-50.753,93	-343.000,88
Dotierungen	-30.567,87	0,00
Verwendung	0,00	0,00
Auflösung	0,00	292.246,95
Risikovorsorge zum 31. Dezember	-81.321,80	-50.753,93

Die auf der Basis von gruppenspezifischen Kriterien gebildeten Wertberichtigungen iHv TEUR 78 (VJ TEUR 51) wurden entsprechend des Kreditportfolios angepasst.

3.4. Forderungen an Kunden nach Art der Forderung	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Kontokorrentkredite	8.096.835,38	6.279.482,21
Hypothekar Kredite	7.228.780,76	6.102.086,94
Immobilienfinanzierung	6.068.914,57	6.535.180,20
Lombardkredite	2.559.877,39	3.537.650,00
Barmittelkredite	20.475.259,23	13.200.179,76
Risikovorsorge	-81.321,80	-50.753,93
Forderungen an Kunden	44.348.345,53	35.603.825,18

4. Finanzanlagen

4.1. Finanzanlagen nach Kategorien	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Finanzielle Vermögenswerte -at fair value through profit or loss		
Wertpapiere	212.155,20	319.723,60
Finanzielle Vermögenswerte – available for sale		
Wertpapiere		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	101.566.995,92	3.754.419,78
Schuldtitel öffentliche Stellen	3.141.080,48	3.642.145,87
Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.799.905,53	3.235.221,48
Anteile an verbunden Unternehmen	128.258,18	128.259,18
Sonstige Beteiligungen	62.447,49	6.756,88
Loans and Receivables		
Anleihen	10.846.362,74	8.320.306,05
Finanzanlagen	122.757.205,54	19.406.832,84

Der Anstieg der Wertpapiere resultiert aus der Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG.

Die Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen, sowie die sonstigen Beteiligungen haben eine Fristigkeit von über 12 Monaten. Die Fristigkeit der AFVtPL-Wertpapiere beläuft sich auf bis zu einem Jahr. Die Fristigkeit der AfS-Wertpapiere gliedert sich in TEUR 17.511 (VJ TEUR 7.649) in langfristig und TEUR 93.997 (VJ TEUR 2.983) in kurzfristig. Die Loans and Receivables iHv TEUR 10.846 (VJ TEUR 8.320) haben eine Fristigkeit von über 12 Monaten.

Von den unter den afs-Finanzanlagen ausgewiesenen Posten sind EUR 105.444.241,77 (VJ TEUR 7.649) börsennotiert und EUR 6.254.445,77 (VJ TEUR 11.438) nicht börsennotiert. Die AFVtPL-Wertpapiere sind nicht börsennotiert.

In der Berichtsperiode wurden EUR 0,00 (VJ TEUR 334) vom sonstigen Ergebnis in die GuV umgegliedert.

5. Anteile an assoziierten Unternehmen

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Anteile an assoziierten Unternehmen	14.611.126,79	16.576.644,61
Anteile an assoziierten Unternehmen	14.611.126,79	16.576.644,61

5.1. Anteile an assoziierten Unternehmen

Anteile an assoziierten Unternehmen 2015	Buchwert 01.01.2015	Zugänge	Abgänge	Periodenergebnis	Buchwert 31.12.2015	Gesamtveränderung 2015
	17.342.746,69	991.342,80	-4.617.607,92	2.860.192,96	16.576.644,61	-766.102,09

Anteile an assoziierten Unternehmen 2016	Buchwert 01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Periodenergebnis	Buchwert 31.12.2016	Gesamtveränderung 2016
	16.576.644,61	0,00	-3.863.799,35	1.898.281,53	14.611.126,79	-1.965.517,82

Die Anteile an assoziierten Unternehmen betreffen die ViennaEstate AG, die Entwicklung AHI Alpha GmbH als auch die Anteile assoziierter Unternehmen der Entwicklung AHI GmbH.

Die nachstehende Tabelle zeigt die aggregierten Finanzinformationen der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen:

5.2. Equity Unternehmen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Summe Aktiva	173.971.966,68	189.662.787,70
Summe der Verbindlichkeiten	135.471.288,53	142.224.498,98
Erträge aus Zinsen	137.652,32	95.587,68
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3.360.902,06	8.092.883,36

Zum 31. Dezember 2016 sind keine börsennotierten at-equity Unternehmen in den Konzernabschluss miteinbezogen. Auch im Vorjahr waren per 31. Dezember 2015 keine börsennotierten at-equity bewerteten Unternehmen Bestandteil des Konzernabschlusses.

Die verbleibenden unwesentlichen Gesellschaften – ab 2016 nur mehr die EBW Liegenschaftsverwaltungs GmbH - wird gem. IFRS 12. 21 (c) summiert dargestellt.

5.3. Wesentliche Equity Unternehmen

2015

In TEUR	Costagasse 6 GmbH & Co KG***	ViennaEstate Immobilien AG	AHI HOTELS**	Sonstige
	18,9 %	46,4 %	27,48 %	
Langfristige Vermögenswerte	17.476	59.068	53.826	0
Kurzfristige Vermögenswerte	919	21.700	20.472	8.051
Langfristige Schulden	9.521	57.765	55.142	0
Kurzfristige Schulden	1.543	1.412	201	551
Kurzfrist. finanzielle Schulden*	496	4.076	1.846	5.813
Zahlungsmittel	413	867	6.074	244
Nettovermögen (100%)	7.247	18.382	23.182	1.932
Buchwert des Anteils am assoziierten Unternehmen	1.370	8.529	6.370	307
Umsatzerlöse	2.175	14.362	4.119	8.021
Abschreibungen	0	-57	0	0
Zinserträge	1	62	0	1
Zinsaufwendungen	-344	-1.909	-1.961	-63
Ertragssteuern	0	-1.522	-236	2
Gewinn/ Verlust	1.146	3.556	2.590	1.267
Sonstiges Ergebnis	0	0	0	0
Gesamtergebnis	1.146	3.556	2.590	1.267
anteiliges Gesamtergebnis	217	1.650	699	300
Zwischengewinneliminierung	-13	-785	-360	-34
Anteil des Konzerns am Gesamtergebnis	204	864	340	266

*Kurzfristige finanzielle Schulden (mit Ausnahme von Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen, sonstigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen)

**Die Aufstellung der AHI Hotels beinhaltet die Zahlen der AHI Hotel Gruppe, als auch der Entwicklung AHI Alpha GmbH.

***Anteile der Costagasse 6 GmbH & Co KG wurden in die ViennaEstate AG eingebracht, wobei sich der Beteiligungsansatz der Wiener Privatbank SE von 46,40% auf 37,22% verringerte.

2016

In TEUR	ViennaEstate	AHI HOTELS**	EBW
	Immobilien AG		Liegenschaftsverwaltung
	37,22%	27,48 %	24%
Langfristige Vermögenswerte	95.085	51.106	0
Kurzfristige Vermögenswerte	16.022	3.204	0
Langfristige Schulden	80.534	44.238	0
Kurzfristige Schulden	2.035	993	0
Kurzfrist. finanzielle Schulden*	2.752	688	1
Zahlungsmittel	972	8.502	40
Nettovermögen (100%)	26.758	16.894	40
Buchwert des Anteils	9.959	4.642	9
am assoziierten Unternehmen			
Umsatzerlöse	26.526	3.621	0
Abschreibungen	-55	0	0
Zinserträge	101	0	1
Zinsaufwendungen	-2.486	-1.548	0
Ertragssteuern	-1.558	-120	2
Gewinn/ Verlust	3.256	2.498	1
Sonstiges Ergebnis	0	0	0
Gesamtergebnis	3.256	2.498	1
anteiliges Gesamtergebnis	1.212	687	0
Zwischengewinneliminierung	-558	-252	0
Anteil des Konzerns am			
Gesamtergebnis	654	435	0

Im Moment bestehen keinerlei Verpflichtungen gegenüber den equity-konsolidierten Unternehmen. Der Stand der Eventualverbindlichkeiten (noch nicht in Anspruch genommene Kredite) beläuft sich auf EUR - 444.988,35 (VJ TEUR 0). Der Buchwert aller anderen nicht wesentlichen Equity-Beteiligungen beträgt EUR 9.387,65 (VJ TEUR 307).

6. Zum Handel bestimmte Immobilien

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Grundstücke	20.483.493,35	30.379.297,78
Wohnungen	64.448.356,48	46.285.390,02
Zum Handel bestimmte Immobilien	84.931.849,83	76.664.687,80

Der Anstieg der Position Wohnungen resultiert aus einer Aufstockung des Wohnungsportfolios in der Wiener Stadthäuser One und Alpha GmbH, sowie im Zugang der Gebäudebesitz Felberstraße und Halbgasse GmbH.

Der Nettoveräußerungswert der Vorratsimmobilien betrug zum Stichtag MEUR 111,6 (VJ MEUR 87,3). Es wurden weder Wertminderungen noch Wertaufholungen vorgenommen.

7. Immaterielle Vermögenswerte

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Immaterielle Vermögenswerte	714.729,40	595.379,54
Immaterielle Vermögenswerte	714.729,40	595.379,54

Die immateriellen Vermögenswerte beinhalten iHv EUR 412.522,44 (VJ TEUR 413) den aktivierten Firmenwert der Matejka & Partner Asset Management GmbH und iHv EUR 302.206,96 (VJ TEUR 183) diverse Software.

7.1 Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibung				Buchwert	
	1.1. 2015	Zugang Konsokreis	Zugänge	Abgänge	31.12. 2015	1.1. 2015	Zugänge	Abgänge	31.12. 2015	Buchwert 31.12.2015
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.003	61	0	0	1.064	792	90	0	881	183
Geschäfts- oder Firmenwerte	681	0	0	0	681	268	0	0	268	413
	1.683	61	0	0	1.744	1.060	89	0	1.149	596

Immaterielle Vermögenswerte	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibung				Buchwert	
	1.1. 2016	Zugang Valartis	Zugänge	Abgänge	31.12. 2016	1.1. 2016	Zugänge	Abgänge	31.12. 2016	Buchwert 31.12.2016
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	1.064	6	230	2	1.298	881	171	56	995	302
Geschäfts- oder Firmenwerte	681	0	0	0	681	268	0	0	268	413
	1.744	6	230	2	1.978	1.149	171	56	1.264	715

Impairment

Bei der Überprüfung auf Wertminderungen des Bilanzansatzes wird der Buchwert mit dem Barwert aller künftigen cashwirksamen Zahlungsströme, die der Gesellschaft zuzurechnen sind, verglichen (Nutzwert). Der Barwert wird auf Grundlage eines Discounted-Cash-Flow-Modells ermittelt. Im ersten Schritt werden die Free Cash Flows der nächsten drei Jahre aufgrund von Planungsrechnungen ermittelt und diskontiert. Im zweiten Schritt wird auf Basis des Free Cash Flows des letzten Planjahres eine ewige Rente errechnet.

Der Abzinsungssatz setzt sich wie folgt zusammen:

2016	
Risikoloser Zinssatz	30 Jahre Nullkupon-Bundesanleihe (0,857%)
Marktrisikoprämie	6,75 %
Betafaktor	2,36
Wachstumsrate in der ewigen Rente	2,00%

Zur Ermittlung der stillen Reserven wurde eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt, wobei die Marktrisikoprämie soweit erhöht wurde, dass die stillen Reserven auf Euro 0,00 absinken. Bei einer Erhöhung der Marktrisikoprämie um rund 24,3 % entspricht der anteilige Unternehmenswert dem Carrying Value zum 31. Dezember 2016.

8. Sachanlagen

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.502.174,29	180.072,65
Sachanlagen	1.502.174,29	180.072,65

8.1 Entwicklung der Sachanlagen

Sachanlagen	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibung				Buchwert	
	1.1. 2015	Zugang Konsokreis	Zugänge	Abgänge	31.12. 2015	1.1. 2015	Zugänge	Abgänge	31.12. 2015	Buchwert 31.12.2015
Angaben in TEUR										
Sachanlagen	1.015	0	58	1	1.072	825	67	0	892	180
	1.015	0	58	1	1.072	825	67	0	892	180

Sachanlagen	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Entwicklung der Abschreibung				Buchwert	
	1.1. 2016	Zugang Valartis	Zugänge	Abgänge	31.12. 2016	1.1. 2016	Zugänge	Abgänge	31.12. 2016	Buchwert 31.12.2016
Angaben in TEUR										
Sachanlagen	1.072	60	1.476	20	2.587	891	273	80	1.085	1.502
	1.072	60	1.476	20	2.587	891	273	80	1.085	1.502

9. Latente Steuern

Aktive und passive latente Steuerabgrenzungen resultieren aus folgenden zeitlich begrenzten Bewertungs- und Bilanzierungsunterschieden zwischen den Werten des IFRS-Konzernabschlusses und den entsprechenden steuerlichen Buchwerten.

	12/2016	12/2016	12/2015	12/2015
	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva
Angaben in EUR				
Wertpapiere IAS 39	2.407,37	0,00	0,00	11.325,07
Finanzanlagen	0,00	58.282,52	4.332,93	0,00
Zum Handel bestimmte Immobilien	741.088,69	0,00	641.718,02	0,00
Forderung an Kunden	20.330,45	0,00	12.286,83	0,00
Forderung an Kreditinstitute	11.928,73	0,00	9.672,60	0,00
Sonstige Aktiva	0,00	125.129,48	0,00	0,00
Rückstellungen	257.894,24	0,00	63.590,70	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	161.051,74	0,00	115.424,46	0,00
Sonstige Passiva	112.017,18	0,00	0,00	0,00
Steuerliche Verlustvorträge	429.257,39	0,00	362.465,30	0,00
LATENTE STEUERN	1.735.975,78	183.412,00	1.209.490,84	11.325,07
Saldierung	-183.412,00	-183.412,00	-11.325,07	-11.325,07
LATENTE STEUERN SALDIERT	1.552.563,96	0,00	1.198.165,77	0,00
Verbleibende latente Steuern	1.552.563,96	0,00	1.198.165,77	0,00

Der Berechnung der Steuerlatenz liegt der derzeit in Österreich gültige Steuersatz von 25 % zugrunde.

Die Veränderung der latenten Steuern stellt sich wie folgt dar:

9.1. Latente Steuern	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Aktive latente Steuern zu Beginn der Berichtsperiode	1.209.490,84	1.231.719,40
Aktivierung/Verwendung steuerlicher Verlustvträge	66.792,09	63.791,55
Zum Handel bestimmte Immobilien	99.370,67	52.350,67
Rückstellungen	194.303,54	-33.765,58
Fair Value Bewertung Wertpapiere	2.407,37	-73.958,35
Bewertung Finanzanlagen	-4.332,93	4.332,93
Forderungswertberichtigungen	8.043,62	-73.463,39
Forderungen an Kreditinstitute	2.256,13	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	45.627,28	38.483,60
Sonstige Passiva	112.017,18	0,00
Umgliederung zu aktiven latenten Steuern	-183.411,82	-11.325,07
Aktive latente Steuern am Ende der Berichtsperiode	1.552.563,96	1.198.165,76
Passive latente Steuern zu Beginn der Berichtsperiode	11.325,07	93.036,05
Forderungen Zuschreibung	0,00	-31.568,98
Erfolgswirksame Veränderungen Wertpapiere	58.282,34	-50.142,01
Sonstige Aktiva	125.129,48	0,00
Erfolgswirksame Veränderungen Finanzanlagen	-11.325,07	0,00
Umgliederung zu aktiven latenten Steuern	-183.411,82	-11.325,07
Passive latente Steuern am Ende der Berichtsperiode	0,00	0,00
Saldierte Steuerabgrenzung	1.552.563,96	1.198.165,77
Davon ergebniswirksame Veränderungen	1.182.306,64	236.613,07
Davon erfolgsneutrale Veränderungen	-827.908,44	-93.402,81

Aus Teilwertabschreibungen nach 12 Abs. 3 Z 2 KStG resultieren zum Stichtag offene Siebtelabschreibungen in Höhe von EUR 59.378,07 (Vorjahr TEUR 69), für die ein latenter Steueranspruch aktiviert wurde. Der Betrag der Siebtelabschreibung betrug EUR 17.546,59 (Vorjahr TEUR 90)

Laufzeiten der Steueransprüche bzw. Steuerschuld

	12/2016 bis 12 Monate	12/2016 über 12 Monate	12/2015 bis 12 Monate	12/2015 über 12 Monate
Angaben in EUR				
Steueranspruch	839.490,08	713.073,88	666.685,31	531.480,45
Steuerschuld	2.326.995,86	0,00	928.567,07	0,00
	1.487.505,78	713.073,88	261.881,76	531.480,45

10. Sonstige Aktiva

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Finanzielle Vermögenswerte		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.618.777,72	4.965.004,13
Einzelwertberichtigungen aus Lieferungen und Leistungen	-156.441,39	-12.296,98
Forderung aus Immobilienverkauf	3.236.587,04	6.885.751,26
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	10.429,84	4.164,01
Forderungen gegenüber Equity Gesellschaften	790.161,37	1.164.221,61
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	61.269,33	93.660,23
Forderung aufgrund einer Verpflichtungserklärung	3.073.892,79	0,00
Forderungen gegenüber Hausverwaltungen / Reparaturfonds	436.779,06	308.928,15
Provisionsabgrenzungen	120.810,28	5.613,44
Positiver Marktwert Derivate	65.311,47	0,00
	14.257.577,51	13.415.045,85
Sonstige Vermögenswerte		
Rechnungsabgrenzungsposten	305.258,83	176.473,28
Sonstige Vorlagen	312.268,83	152.581,93
Übrige Aktiva	137.799,15	92.217,48
	755.326,81	421.272,69
Sonstige Aktiva	15.012.904,32	13.836.318,54

Die Forderung aufgrund einer Verpflichtungserklärung stammt aus der Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG. Dabei handelt es sich um eine Forderung gegenüber einem Dritten, welcher die Verpflichtung übernommen hat, einen wiederum von der Wiener Privatbank SE übernommenen Pensionsversicherungsanspruch auszugleichen.

10.1. Sonstige Aktiva nach Fristen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Täglich fällig	6.808.922,31	4.994.174,66
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	3.647.369,12	7.209.806,47
über 3 Monate bis 1 Jahr	1.548.872,22	1.627.337,41
über 1 Jahr bis 5 Jahre	2.660,00	5.000,00
über 5 Jahre	3.005.080,67	0,00
Sonstige Aktiva	15.012.904,32	13.836.318,54

11. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

11.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Region	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten	54.256.890,20	52.388.754,48
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	4.862,17	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.261.752,37	52.388.754,48

11.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Fristen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Täglich fällig	4.507,91	5.868,59
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	377.759,08	123.144,24
über 3 Monate bis 1 Jahr	1.873.789,34	16.649.593,72
über 1 Jahr bis 5 Jahre	35.070.673,19	25.396.429,89
über 5 Jahre	16.935.022,85	10.213.718,03
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.261.752,37	52.388.754,48

Als Sicherheiten wurde ein Betrag von EUR 448.483,56 (VJ TEUR 954) ausgewiesen. Die Fälligkeit der Sicherheiten entspricht, täglich fällig EUR 0,00 (VJ TEUR 603), über 3 Monate bis 1 Jahr EUR 0,00 (VJ TEUR 0,00), über 1 Jahr bis 5 Jahre EUR 0,00 (VJ TEUR 0) sowie über 5 Jahre EUR 448.483,56 (VJ TEUR 351).

12. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

12.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Regionen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kunden	97.891.458,74	69.298.964,51
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden	274.698.706,22	5.975.437,81
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	372.590.164,96	75.274.402,32

Der Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden resultiert aus der Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG.

12.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Fristen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
--	--------------------------	--------------------------

Angaben in EUR

Täglich fällig	323.482.009,47	32.289.741,33
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	25.382.286,56	6.940.260,84
über 3 Monate bis 1 Jahr	17.896.613,13	23.788.303,94
über 1 Jahr bis 5 Jahre	5.829.255,80	12.256.096,21
über 5 Jahre	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	372.590.164,96	75.274.402,32

12.3. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach der Art der Verbindlichkeit	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
--	--------------------------	--------------------------

Angaben in EUR

Lorokonten	323.273.390,09	32.289.741,33
Sparbuchkonten	208.619,38	0,00
Einlagenkonten	49.108.155,49	42.984.660,99
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	372.590.164,96	75.274.402,32

13. Steuerverpflichtungen

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
--	--------------------------	--------------------------

Angaben in EUR

Tatsächliche Steuern	2.326.995,86	928.567,07
Latente Steuern	0,00	0,00
Steuerverpflichtungen	2.326.995,86	928.567,07

Entwicklung der Steuerverpflichtungen: Bezüglich der Entwicklung der latenten Steuern siehe Punkt 9.1.

14. Verbriefte Verbindlichkeiten

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
--	--------------------------	--------------------------

Angaben in EUR

Pflichtwandelschuldverschreibung	5.253.139,73	0,00
Anleihen	19.602.340,27	13.741.024,66
Verbriefte Verbindlichkeiten	24.855.480,00	13.741.024,66

Bei diesen Anleihen handelt es sich um begebene nachrangige Anleihen der Wiener Stadthäuser One GmbH und Wiener Stadthäuser Alpha GmbH, welche 2016 aufgestockt wurden und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden. Die Fristigkeit beläuft sich auf über 5 Jahre. Die Fristigkeit der Pflichtwandelschuldverschreibung beläuft sich auf bis 3 Monate.

Im Cash-Flow-Statement wurde der Zugang durch die Pflichtwandelschuldverschreibung unter der Position „Cashflow aus Finanzierungstätigkeit“ zugeordnet.

15. Rückstellungen

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Langfristige Personalrückstellungen	3.884.029,91	265.428,83
Sonstige Rückstellungen	43.000,00	52.000,00
Rückstellungen	3.927.029,91	317.428,83

Der Anstieg der langfristigen Personalrückstellungen resultiert aus der Übernahme der Mitarbeiter der Valartis Bank (Austria) AG sowie der Übernahme von Pensionsrückstellungen.

Die Restlaufzeit beträgt wie im Vorjahr über ein Jahr.

15.1 Entwicklung der Abfertigungsrückstellung						
	Leistungsorientierte Verpflichtung		Planvermögen		Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen	
Angaben in EUR	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Stand 1.1.2016	265.428,83	565.946,76	0,00	0,00	265.428,83	565.947,76
Zugang Konsolidierungskreis	751.052,58	0,00	-461.137,32	0,00	289.915,26	0,00
Erfasst im Gewinn und Verlust	45.517,76	65.970,66	-13.225,00	0,00	32.292,76	65.970,66
Dienstzeitaufwand	39.147,52	54.651,72	0,00	0,00	39.147,52	54.651,72
Zinsaufwand	6.370,24	11.318,94	-13.225,00	0,00	-6.854,76	11.318,94
Erfasst im sonstigen	259.086,00	-43.303,41	0,00	0,00	259.086,00	-43.303,41
Ergebnis						
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus						
Erfahrungsbedingten oder finanziellen Annahmen	305.433,00	0,00	0,00	0,00	305.433,00	0,00
	-46.347,00	-43.303,41	0,00	0,00	-46.347	-43.303,41
Sonstiges	-538.911,64	-323.185,18	474.362,80	0,00	-64.548,84	-323.185,18
Kündigung Planvermögen	0,00	0,00	82.560,28	0,00	82560,28	0,00
Übertragung Abfertigung alt auf Mitarbeitervorsorgekasse	-538.911,64	-323.185,18	391.802,52	0,00	-147.109,12	-323.185,18
Abfertigungszahlungen	-118.423,88	0,00	0,00	0,00	-118.422,88	0,00
Stand 31.12.2016	663.750,65	265.429,83	0,00	0,00	663.751,13	265.428,83

Die expected DBO für 2017 beträgt rund TEUR 733.

15.1. Entwicklung der Pensionsrückstellung	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
---	---	---

Angaben in EUR

Pensionsrückstellung zum 1. Jänner	0,00	0,00
Zugang Konsolidierungskreis	3.334.559,79	0,00
Ausgelaufene Pensionszahlungen	0,00	0,00
Zahlungen im Berichtsjahr	-125.833,73	0,00
Versicherungstechnische Gewinne (-) /Verluste (+)	11.553,05	0,00
Pensionsrückstellung zum 31. Dezember	3.220.279,11	0,00

15.2. Sensitivitätsanalyse Abfertigungsrückstellung	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
--	--------------------------	--------------------------

Angaben in EUR

Veränderung der Abfertigungsrückstellung bei einer Veränderung von:

Zinssatz +1 %	-94.871,15	-38.423,39
Zinssatz – 1 %	81.577,58	47.323,10
Bezugssteigerung +1 %	76.380,63	45.756,33
Bezugssteigerung – 1 %	-92.412,53	-37.773,39

15.2. Sensitivitätsanalyse Pensionsrückstellung	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
--	--------------------------	--------------------------

Angaben in EUR

Veränderung der Pensionsrückstellung bei einer Veränderung von:

Zinssatz +1 %	-285.863,64	0,00
Zinssatz – 1 %	334.989,54	0,00
Bezugssteigerung +1 %	330.216,48	0,00
Bezugssteigerung – 1 %	-287.544,80	0,00

Die versicherungsmathematischen Gewinne betragen im laufenden Jahr EUR 270.639,20 (VJ Verlust TEUR 43).

16. Sonstige Passiva

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Finanzielle Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	862.511,51	491.140,01
Verbindlichkeiten gegenüber Equity-Gesellschaften	4.713,46	51.302,90
Verbindlichkeiten Immobilienbereich	1.948.443,13	6.013.499,89
Übernahme kontaktloser Altkunden	666.464,44	0,00
Negativer Marktwert Derivate	495.872,58	8.528,40
Verbindlichkeiten aus Provisionen	365.574,67	172.741,94
Beratungsaufwand und Aufwand für Wirtschaftsprüfung	292.558,72	595.176,41
Aufsichtsratsvergütung	226.000,00	194.312,50
	4.862.138,51	7.526.702,05
Sonstige Passiva		
Verbindlichkeiten aus Steuern, soziale Sicherheit	230.071,47	132.688,51
Nicht konsumierte Urlaube, Tantiemen und Sonderzahlungen	1.639.331,78	976.058,62
Rechnungsabgrenzungsposten	146.830,43	290.828,21
Kulanz, Garantien und ungewisse Verbindlichkeiten	432.801,28	466.728,40
Veröffentlichung	43.600,00	37.000,00
Übrige Passiva	130.714,50	129.464,54
	2.623.349,46	2.032.768,28
Sonstige Passiva	7.485.487,97	9.559.470,33

Fristigkeiten der sonstigen Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben grundsätzlich eine Restlaufzeit von unter einem Jahr. Lediglich EUR 874.464,44 (VJ TEUR 110) haben eine Laufzeit von über einem Jahr.

17. Eigenkapital

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist in der Eigenkapitalentwicklung als Bestandteil des Konzernabschlusses dargestellt.

17.1. Zusammensetzung Eigenkapital	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Grundkapital	9.706.697,06	9.706.697,06
Kapitalrücklagen	14.862.125,43	14.862.125,43
Gewinnrücklagen (inklusive Bilanzgewinn)	15.081.610,00	9.700.334,69
Im sonstigen Ergebnis erfasste Erträge und Aufwendungen		
Afs Rücklage	-7.222,11	33.975,19
versicherungsmathematische Gewinne/Verluste gemäß IAS 19	-265.175,40	-62.196,00
Anteile im Fremdbesitz	664.611,07	619.442,44
Eigenkapital	40.042.646,05	34.860.378,81

17.2. Grundkapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 9.707 (VJ TEUR 9.707). Dieses ist in 4.276.078 Stückaktien im Nennbetrag von je EUR 2,27 zerlegt.

17.3. Genehmigtes Kapital

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 29. Dezember 2015 wurden folgende Beschlussfassungen getroffen:

- Der Vorstand wurde ermächtigt gemäß § 169 AktG, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 30. November 2020 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 4.853.348,53 durch Ausgabe von bis zu 2.138.039 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100 % des anteiligen Betrages des Grundkapitals in einer oder in mehreren Tranchen gegen Bareinlage zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen festzulegen (genehmigtes Kapital). Weiters wurde der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.
- Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs 2 AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf den Erwerb von Aktien der Gesellschaft verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, auszugeben und alle weiteren Bedingungen, die Ausgabe und das Wandlungsverfahren der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, den Ausgabebetrag sowie das Umtausch- oder Wandlungsverhältnis festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Ausgabebedingungen können zusätzlich oder anstelle eines Bezugs- oder Umtauschrechts auch eine Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit oder zu einem anderen Zeitpunkt begründen. Die Begebung von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen darf höchstens in jenem Umfang erfolgen, der eine Befriedigung geltend gemachter Umtausch- oder Bezugsrechte und, im Fall einer in den Ausgabebedingungen

festgelegten Wandlungspflicht, die Erfüllung der entsprechenden Wandlungspflichten aus der bedingten Kapitalerhöhung gewährleistet. Der Preis der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen ist unter Berücksichtigung anerkannter finanzmathematischer Methoden in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln.

3. Beschlussfassung über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu Nominale EUR 2.837.500,00 durch Ausgabe von bis zu 1.250.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden Stammaktien zur Ausgabe an Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen – zu der der Vorstand in der Hauptversammlung ermächtigt wurde – und über die Ermächtigung des Vorstandes, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung mit Zustimmung des Aufsichtsrats festzusetzen, insbesondere die Einzelheiten der Ausgabe und des Wandlungsverfahrens der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, den Ausgabebetrag sowie das Umtausch- oder Wandlungsverhältnis, und über die Ermächtigung des Aufsichtsrates Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe der Aktien aus dem bedingten Kapital ergeben, zu beschließen. Ausgabebetrag und Umtauschverhältnis sind nach Maßgabe finanzmathematischer Methoden sowie des Aktienkurses der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln. Im Fall einer in den Ausgabebedingungen von Wandelschuldverschreibungen festgelegten Wandlungspflicht dient das bedingte Kapital auch zur Erfüllung dieser Wandlungspflicht; sowie Beschlussfassung über die sich aus diesem Tagesordnungspunkt ergebende Satzungsänderung.

17.4. Überleitungsrechnung der im Umlauf befindlichen Aktien	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in Stück		
im Umlauf befindliche Aktien am 1. Jänner	4.276.078	4.276.078
Abgang eigener Aktien	0	0
Zugang eigener Aktien	0	0
im Umlauf befindliche Aktien am 31. Dezember	4.276.078	4.276.078
Anzahl Aktien am 31. Dezember	4.276.078	4.276.078
Anzahl neuer Aktien aus der		
Pflichtwandelschuldverschreibung	728.567	0
Anzahl Aktien unter Berücksichtigung von Pflichtwandelschuldverschreibung	5.004.645	4.276.078

Es bestehen keine Mitarbeiterbeteiligungs- und Managementoptionsprogramme. Es wird der Hauptversammlung eine Dividende von EUR 0,80 pro Aktie vorgeschlagen. Im Geschäftsjahr 2015 wurde eine Dividende iHv EUR 0,50 pro Aktie ausgeschüttet.

17.5.	AfS-Rücklage	Latente Steuern
Angaben in EUR		
AfS-Rücklage zum 1. Jänner 2015	-221.875,05	-73.958,36
Unrealisierte Gewinne/ Verluste der Periode	5.477,45	1.825,82
In die GuV umgegliederte Gewinne/ Verluste	250.372,80	83.457,60
AfS-Rücklage zum 31. Dezember 2015	33.975,20	11.325,06
Unrealisierte Gewinne/ Verluste der Periode	-41.197,32	-13.732,44
In die GuV umgegliederte Gewinne/ Verluste	0,00	0,00
AfS-Rücklage zum 31. Dezember 2016	-7.222,12	-2.407,38

18. Ergebnis je Aktie

	1. Jänner 2016 – 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015
Aktienanzahl per 31. Dezember	4.276.078	4.276.078
Durchschnittliche Anzahl der umlaufenden Aktien	4.276.078	4.276.078
Neue Aktien aus Pflichtwandelschuldverschreibung	728.567	0
Ergebnisberechtigte Aktien	5.004.645	4.276.078
Jahresergebnis ohne Fremdanteile in EUR	7.519.314,35	3.476.678,44
Ergebnis je Aktie in EUR (unverwässert)	1,50	0,81
Ergebnis je Aktie in EUR (verwässert)	1,50	0,81

Im Ergebnis je Aktie unverwässert wird das den Eigentümern des Mutterunternehmens zuzurechnende Periodenergebnis der durchschnittlichen Anzahl umlaufender Aktien gegenübergestellt. Das Ergebnis je Aktien verwässert zeigt den maximal möglichen Verwässerungseffekt, wenn die von der Wiener Privatbank SE ausgegebene Pflichtwandelschuldverschreibung, die Aktienanzahl erhöht.

19. Nicht beherrschende Anteile

Aufgrund von Unwesentlichkeit wird auf die Detailangabe der nicht beherrschenden Anteile verzichtet.

20. Zinsüberschuss

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Zinsen und ähnliche Erträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.627.173,76	1.317.012,63
verzinslichen Wertpapieren	1.461.284,07	752.143,79
Aktien und nicht festverzinslichen Wertpapieren	41.673,97	31.177,05
verbundene Unternehmen	53.048,44	18.029,44
Sonstige Beteiligungen	21.187,44	38.317,02
Zwischensumme Zinsen und ähnliche Erträge	3.204.367,68	2.156.679,93
Zinsen und ähnliche Aufwendungen für		
Einlagen von Kreditinstituten / Finanzierungen	-2.715.809,65	-1.689.002,04
Einlagen von Kunden	-553.533,15	-827.228,03
Anleihezinsen	-725.480,00	-471.024,66
verbundene Unternehmen	-7,46	-136,32
Zwischensumme Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.994.830,26	-2.987.391,05
Zinsüberschuss	- 790.462,58	-830.711,12

Im Posten Zinsen und ähnliche Erträge sind Ergebnisse iHv EUR 2.018.584,94 (VJ TEUR 2.010) aus Loans and Receivables, sowie EUR 1.185.782,74 (VJ TEUR 147) aus Afs-Beständen enthalten. Im Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind hauptsächlich Ergebnisse iHv EUR - 3.601.333,60 (VJ TEUR - 2.870) aus finanziellen Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wurden, enthalten.

Im Posten Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind Negativzinsen iHv EUR - 393.496,66 (VJ TEUR - 127) enthalten, welche der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind.

21. Provisionsüberschuss

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Vertrieb Finanzprodukte	1.793.851,51	1.253.294,99
Real Estate	802.494,23	670.528,32
Wertpapier-, Depot- und Kreditgeschäft	6.229.278,88	1.688.625,53
Provisionsüberschuss	8.825.624,62	3.612.448,84

In den Provisionserträgen sind Erträge für Verwaltungs- und Agenturdienstleistungen gegenüber Dritten iHv. EUR 1.710.747,82 (Vorjahr: TEUR 565) aus der Depotverwaltung enthalten.

22. Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen	1.088.441,50	1.674.229,38
Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen	1.088.441,50	1.674.229,38

23. Handelsergebnis

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Ergebnis aus Devisen- und Edelmetallgeschäften	778.448,60	275.759,04
Ergebnis aus Bewertung von Derivaten	-430.561,11	0,00
Ergebnis aus Handelsergebnis	347.887,49	275.759,04

24. Ertrag aus Immobilienhandel

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Veräußerungserlös aus zum Verkauf gehaltenen Immobilien	25.545.952,66	18.015.082,41
Umsatzerlöse aus dem Bauträgerdienstleistungsgeschäft	0,00	360.572,25
Vermietungserlöse (incl. Betriebskostenerträge)	2.088.545,97	1.664.275,70
Ertrag aus Immobilienhandel	27.634.498,63	20.039.930,36

Den Erlösen aus verkauften Immobilienvorräten in Höhe von EUR 25.545.952,66 (VJ TEUR 18.015) stehen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der verkauften Immobilienvorräte von EUR - 20.003.033,12 (VJ TEUR -12.434) gegenüber.

25. Aufwand aus Immobilienhandel

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Veränderungen des Bestands an Immobilien	-20.003.033,11	-12.434.340,82*
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-3.644.841,80	-3.129.679,45
Aufwendungen aus Vermietungen (inklusive Betriebskostenaufwendungen)	-1.111.861,05	-860.773,14
Sonstige Immobilienaufwendungen	-423.915,30	-513.843,27
Aufwand aus Immobilienhandel	-25.183.651,26	-16.938.636,68

*Aufgrund eines geänderten Ausweises kommt es zu einer Umgliederung der Vorjahreszahlen iHv - 1.511.213,46.

26. Sonstiger betrieblicher Ertrag

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Sonstiger betrieblicher Ertrag		
- Unterschiedsbetrag im Zuge Unternehmenserwerb	6.255.098,47	0,00
- Umsatzerlöse aus Treuhandschaft und Verwaltung	822.649,61	609.773,26
- Umsatzerlöse aus Maklertätigkeit	2.069.835,56	2.032.787,51
- Umsatzerlöse aus Hausverwaltungstätigkeit	1.969.780,57	1.618.697,98
- Sonstige	540.159,08	608.193,96
Sonstiger betrieblicher Ertrag	11.657.523,29	4.869.452,71

Der sonstige betriebliche Ertrag beinhaltet vor allem das Ergebnis aus der Immobiliendienstleistungstätigkeit der vollkonsolidierten Tochtergesellschaften. Einmalig im Jahr 2016 wird der Unterschiedsbetrag aufgrund der Übernahme des Bankbetriebs im sonstigen betrieblichen Ertrag ausgewiesen. (Siehe hierzu Details unter Punkt 34).

Die Wiener Privatbank SE selbst betreibt kein Treuhandgeschäft; die Erträge des Tochterunternehmens ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H. wird in dieser Position ausgewiesen.

27. Sonstiger betrieblicher Aufwand

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Sonstiger betrieblicher Aufwand		
- Aufwendungen aus Garantien und Kulanzen	-554.002,66	-434.385,11
- Aufwendungen aus Hausverwaltungstätigkeit	-139.223,88	-86.766,75
- Aufwendungen aus Treuhandschaft und Verwaltung	-84.927,17	0,00
- Aufwendungen aus Maklertätigkeit	-75.361,59	-66.202,37
Sonstiger betrieblicher Aufwand	-853.515,30	-587.354,23

28. Verwaltungsaufwand

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-8.608.750,48	-5.095.313,84
Gesetzliche Sozialabgaben	-1.994.005,40	-1.136.252,84
Aufwendungen für Abfertigungen	201.336,89	-136.199,95
Aufwendungen für Altersversorgung	-28.948,05	-50.288,61
Sonstiger Personalaufwand	-168.461,99	-85.798,43
Zwischensumme Personalaufwand	-10.598.829,04	-6.503.853,67
Andere Verwaltungsaufwendungen		
EDV-Kosten	-3.089.355,56	-990.458,28
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	-1.377.809,35	-1.202.813,12
Nicht abzugsfähige Vorsteuern	-712.248,67	-360.230,62
Mieten inklusive Betriebskosten	-540.341,01	-552.964,84
Bürokosten	-535.447,45	-304.239,80
Werbekosten, Marketing	-421.624,50	-418.407,02
Aufsichtsratsvergütung	-226.962,18	-195.065,84
Gebühren und Einlagensicherungsbeiträge	-188.830,30	-104.276,76
Nachrichtenaufwand	-121.199,66	-65.126,45
Betriebliche Versicherungen	-111.849,74	-61.945,35
KFZ-Kosten	-64.816,68	-64.569,66
Sonstige Aufwendungen	-303.561,91	-190.438,73
Zwischensumme andere Verwaltungsaufwendungen	-7.694.047,01	-4.510.536,43
Abschreibungen und Wertberichtigungen		
auf Sachanlagen und GWGs	-273.334,24	-78.364,05
auf immaterielle Vermögenswerte	-170.606,17	-88.904,33
Zwischensumme Abschreibungen und Wertberichtigungen	-443.940,41	-167.268,38
Verwaltungsaufwand	-18.736.816,47	-11.181.658,48

Die Bezüge der Vorstände einschließlich Sachbezüge haben 2016 insgesamt EUR 768.658,28 (VJ TEUR 727) betragen. Im Einzelnen setzen sich diese wie folgt zusammen:

MMag. Dr. Helmut Hardt:

Gesamtbezüge 2016: EUR 390.137,43 inklusive Sachbezüge und Bonifikation 2013, 2014, 2015

Eduard Berger:

Gesamtbezüge 2016: EUR 378.484,85 inklusive Sachbezüge und Bonifikation 2013, 2014, 2015

Die Bezüge des Managements der Tochterfirmen betragen EUR 425.384,13 (VJ TEUR 391). Für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurden 2016 EUR 226.962,18 (VJ TEUR 194) dotiert.

Im Personalaufwand sind Aufwendungen aus beitragsorientierten Versorgungsplänen iHv EUR 671.377,73 (VJ TEUR 117) enthalten.

Die Aufwendungen für Abfertigungen gliedern sich wie folgt:

28.1 Aufwendungen für Abfertigungen	1. Jänner 2016 – 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
leitende Angestellte	-14.366,04	-18.042,64
andere Arbeitnehmer	-186.970,85	-118.157,31
Gesamt	-201.336,89	-136.199,95

Die in den sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen, auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen, für den Abschlussprüfer betreffen:

28.2 Sonstigen Verwaltungsaufwendungen	1. Jänner 2016 – 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Aufwendungen für die Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses	-142.004,25	-150.959,00
Aufwendungen für sonstige Beratungsleistungen	-63.467,28	-16.472,50
Aufwendungen für Steuerberatungsleistungen	0,00	-1.478,25
Gesamt	-205.471,53	-168.909,75

29. Risikovorsorge

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Wertberichtigungen Kundenforderungen / Kreditinstitute		
Dotierung	-74.892,82	0,00
Auflösung	0,00	292.246,95
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	0,00	418,03
Wertberichtigungen sonstige Aktiva		
Zuführung	-148.452,50	-105.772,67
Auflösung	3.333,34	0,00
Abschreibungen Kundenforderungen sonstige Aktiva		
Abschreibung	-15.113,39	-16.433,67
Gesamt	- 235.125,37	170.458,62

30. Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Ergebnis Anteile an assoziierten Unternehmen		
Veräußerungs-/ Liquidationserlös	274.692,44	1.818.336,60

Veräußerungs-/ Liquidationsverlust	-14.196,50	-7.127,54
Ergebnis aus Endkonsolidierung		
Erträge aus Endkonsolidierung	4.404.607,67	643.739,66
Ergebnis aus der Veräußerung der KAG	44.281,19	0,00
Aufwendungen AFVtPL		
Bewertung	-39.193,75	0,00
Erträge AfS		
Veräußerungs-/ Liquidationserlös	387.884,89	890.169,23
Aufwendungen AfS		
Veräußerungs-/ Liquidationsverlust	-341.991,13	-117.801,41
Gesamt	4.716.084,81	3.059.374,94

Die Erträge aus der Endkonsolidierungen setzten sich aus dem Ergebnis der Saltex/Timea Gesellschaften iHv. TEUR 633 und aus dem Ergebnis der Gebäudebesitz Rathausstraße 20 GmbH iHv. TEUR 3.769. Der Restbetrag iHv. TEUR 2 entfällt auf die Endkonsolidierung der RESAG Immobilienmakler GmbH in Liqu. GmbH. und der Errichtung WH150 GmbH.

31. Ertragssteuern

	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Laufender Steuerertrag/-aufwand	-2.156.686,02	-617.956,73
Steuerertrag/-aufwand aus Vorperioden	-27.884,34	-90.807,91
Minderung Steueraufwand auf Grund bisher nicht angesetzter Verluste	0,00	82.389,27
Latenter Steueraufwand	1.182.306,63	236.613,07
Gesamt	-1.002.263,73	-389.762,30

Die Differenz zwischen der rechnerischen Ertragssteuerbelastung (Ergebnis vor Steuern multipliziert mit dem nationalen Steuersatz von 25 %) und der tatsächlichen Ertragssteuerbelastung des jeweiligen Geschäftsjahres gemäß Gewinn- und Verlustrechnung ist auf folgende Ursachen zurückzuführen:

30.1. Effektivsteuer	1. Jänner 2016 – 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 – 31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Ergebnis vor Ertragsteuern	8.470.489,34	4.163.293,38
Ertragssteueraufwand zum Steuersatz von 25 %	-2.117.622,34	-1.040.823,35
Steuerbefreite Beteiligungserträge und permanente Differenzen aus Equity-Anteilen	605.390,34	575.944,67
Nichtansatz von Latenten Steuern auf Verluste	-58.443,61	-136.935,00
Bisher nicht berücksichtigte steuerliche Verluste	0,00	82.389,27
Differenzen aus Endkonsolidierung	-88.414,34	83.993,18
Auswirkung von Steuern aus Vorperioden	27.884,34	90.807,91
Zuschuss VBA	681.975,50	0,00
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	-31.049,09	-43.257,14
Sonstiges	-21.984,58	-1.881,84
Effektivsteuer	-1.002.263,73	-389.762,30

Die Minderung des Ertragssteueraufwandes erfolgt aufgrund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste. Es werden keine bisher nicht angesetzten temporären Differenzen berücksichtigt.

Zum Stichtag bestanden steuerliche Verlustvorträge iHv EUR 1.717.029,56 (VJ TEUR 1.450), hierauf werden EUR 429.257,39 (VJ TEUR 362) latente Steuern gebildet. Steuerliche Verlustvorträge, auf die keine latenten Steuern erfasst wurden belaufen sich auf EUR 397.478,35 (VJ TEUR 141).

32. Tochterunternehmen und Beteiligungen

Darstellung der in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen:

Name der Gesellschaft	Sitz	Kapitalanteil in %	Konsolidierungsart ¹
ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H.	Wien	100,00 %	V
SETUP Auhofstraße 181 GmbH	Wien	100,00 %	V
BODEN-INVEST Beteiligungsgesellschaft m.b.H.	Wien	100,00 %	V
WIENER PRIVATBANK Bauträger GmbH	Wien	100,00 %	V
Entwicklung WLN Holding GmbH	Wien	100,00 %	V
Entwicklung Landstraße Hauptstraße 14-16 GmbH	Wien	100,00 %	V
Entwicklung Wipplingerstraße 12 GmbH	Wien	100,00 %	V
Entwicklung AHI GmbH	Wien	100,00 %	V
Entwicklung Belvederegasse 18 GmbH	Wien	100,00 %	V
Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH	Wien	100,00 %	V
Wiener Stadthäuser Alpha GmbH	Wien	100,00 %	V
Gersthofer Straße 59 Projektgesellschaft mbH	Wien	95,00 %	V
Matejka & Partner Asset Management GmbH	Wien	80,00 %	V
Wiener Privatbank Immobilienverwaltung GmbH	Wien	75,10 %	V
Gebäudebesitz Felberstraße 96 GmbH	Wien	68,61 %	V
Gebäudebesitz Halbgasse 18 GmbH	Wien	68,61 %	V
Wiener Privatbank Immobilienmakler GmbH	Wien	60,00 %	V
ViennaEstate Immobilien AG	Wien	37,22 %	E
Eldorado Verwaltung GmbH	Wien	37,22 %	E
Hellwagstraße Holding GmbH	Wien	37,22 %	E
Hellwagstraße GmbH & Co KG	Wien	37,22 %	E
Vienna Estate Service GmbH	Wien	37,22 %	E
Vienna Estate Immobilien AG & Co OG	Wien	37,22 %	E
Vienna Estate Immobilien AG & Co Ungargasse 54 OG	Wien	37,22 %	E
Costagasse 6 GmbH & Co KG	Wien	37,22 %	E
Entwicklung AHI Alpha GmbH	Wien	27,48 %	E
EBW Liegenschaftsverwaltungs GmbH	Wien	24,00 %	E
AHL APH Management und Beteiligungs GmbH	Wien	21,92 %	E
AHL HOLD APH GmbH & Co KG	Wien	21,92 %	E
AHL CARUSO Management und Beteiligungs GmbH	Wien	21,92 %	E
AHL HOLD CARUSO GmbH & Co KG	Wien	21,92 %	E
AHL CZ Management und Beteiligungs GmbH	Wien	21,92 %	E
AHL HOLD CZ GmbH & Co KG	Wien	21,92 %	E
Austria Hotels Liegenschaftsbesitz CZ s.r.o.	Prag	21,92 %	E
AHL DF Management und Beteiligungs GmbH	Wien	21,92 %	E
AHL HOLD DF GmbH & Co KG	Wien	21,92 %	E
AHL PEU Management u. Beteiligungs GmbH	Wien	21,92 %	E
AHL WKD Management u. Beteiligungs GmbH	Wien	21,92 %	E
AHL HOLD WKD GmbH & Co KG	Wien	21,92 %	E
AHL REAL APH GMBH & CO KG	Wien	21,92 %	E
AHL REAL CARUSO GmbH & Co KG, Wien	Wien	21,92 %	E

AHL REAL DF GmbH & Co KG, Wien	Wien	21,92 %	E
AHL REAL WKD GmbH & Co KG	Wien	21,92 %	E
BV Biotechnologie GmbH	Wien	100,00 %	N
L.C.B. Immobilien- und Beteiligungsverwaltung GmbH	Wien	100,00 %	N

¹V –Vollkonsolidiert, E – Equity Konsolidiert, N – nicht konsolidiert

Im Geschäftsjahr ergaben sich folgende Änderungen in der Beteiligungsstruktur:

Mittels Gesellschaftsvertrag vom 20. April 2016 wurde die Gebäudebesitz Felberstraße 96 GmbH (FN 451758 a) gegründet, wobei die Wiener Privatbank SE und die ViennaEstate AG jeweils 50 % der Anteile hält.

Mittels Gesellschaftsvertrag vom 20. April 2016 wurde die Gebäudebesitz Halbgasse 18 GmbH (FN 451834 m) gegründet, wobei die Wiener Privatbank SE und die ViennaEstate AG jeweils 50 % der Anteile hält.

Durch den Sacheinlage- und Einbringungsvertrag vom 10. Juni 2016 wurde die restlichen Anteile der Costagasse 6 GmbH & Co KG (FN 371453 f) in die ViennaEstate AG (FN 280263b) eingebracht, wobei sich der Beteiligungsansatz der Wiener Privatbank SE von 46,40% auf 37,22% verringerte.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 13. Oktober 2016 wurden 21 % der GÜKE Immobilienbesitz GmbH (FN 442278 i) veräußert.

Durch den Generalversammlungsbeschluss und Verschmelzungsvertrag vom 21. Oktober 2016 wurde die ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., (FN 82646 p) als übernehmende Gesellschaft mit der WPB Immobilienmanagement GmbH (FN 275975 x) als übertragender Gesellschaft verschmolzen.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 15. März 2016 wurden die Anteile der SALTEX Liegenschaftsverwertungs GmbH (FN 426656k) sowie die TIMEA Liegenschaftsverwaltungs GmbH (FN 426666a) – dadurch indirekt die Anteile der SALTEX Liegenschaftsverwertungs GmbH & Co Widerhofergasse 8 KG (FN 332310 T) - veräußert.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 21. Dezember 2016 wurde die Errichtung WH150 GmbH (FN 372296 w) veräußert.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 15. Dezember 2016 wurde der 50,1 % Anteil der Gebäudebesitz Rathausstraße 20 GmbH (FN 444332 f) veräußert.

Die BV Biotechnologie GmbH sowie die L.C.B. Immobilien- und Beteiligungsverwaltung GmbH sind für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unwesentlich und wurden deshalb nicht in die Konsolidierung einbezogen.

Nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden die BODEN-INVEST Beteiligungs- GmbH & Co. KG, BODEN-INVEST Beteiligungs- GmbH & Co. „Victor“ KG, BODEN-INVEST GmbH & Co. „Kapital & Wert Sachwerte-Fonds“ KG und Real-Wert Immobilienmanagement GmbH & Co. „Städtefonds eins“ KG. Diese sind Vermögensveranlagungsgesellschaften, bei denen einbezogene Konzerngesellschaften die Komplementärstellung innehaben, die wesentlichen Vermögenswerte und Schulden jedoch wirtschaftlich den nicht zum Konzern gehörenden Kommanditisten zuzurechnen sind. Da die Kommanditisten über die

überwiegende Stimmenmehrheit verfügen, sind diese Gesellschaften nicht in den Konsolidierungskreis einzubeziehen.

33. Nachrangige Aktiva / Passiva

	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Forderungen an Kunden	15.854.655,56	19.145.787,65
Finanzanlagen	2.148.560,00	2.148.174,90
Nachrangige Aktiva	18.003.215,56	21.293.962,55
Anleihen	24.855.480,00	13.741.024,66
Nachrangige Passiva	24.855.480,00	13.741.024,66

Der Gesamtbetrag der im Berichtsjahr geleisteten Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen EUR 725.480,00 (VJ TEUR 471).

VII. Sonstige Angaben

34. Erwerb des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria AG) mittels Asset Deal

Die Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG erfolgt am 1. April 2016. Der Grund des Zukaufes war die Stärkung der Assets under Management, welche sich nun auf rund EUR 2,2 Mrd. belaufen sowie der Kundenzugang auf rund 12.000 Kunden. Durch die Übernahme kann die Wiener Privatbank ihre Position am Private Banking-Markt deutlich stärken und die Geschäftsbasis internationalisieren sowie das Dienstleistungs- und Produktportfolio erweitern.

Identifizierbare erworbene Vermögenswerte und übernommene Schulden:

In der folgenden Aufstellung sind die erfassten Beträge der erworbenen Vermögensgegenstände und der übernommenen Schulden zum Erwerbszeitpunkt dargestellt:

Erworbene Vermögensgegenstände	01. April 2016
Angaben in TEUR	
Barreserve	68.388
Forderungen an Kreditinstitute	85.739
Forderungen an Kunden	9.843
Finanzanlagen	130.705
Immaterielle Vermögenswerte	110
Sachanlagen	143
Sonstige Aktiva	4.801
Zur Veräußerung gehaltener Vermögensgegenstand (KAG)	3.096
Gesamt	302.825

Übernommene Schulden	01. April 2016
Angaben in TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.728
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	291.868
Steuerverpflichtung	909
Rückstellungen	3.783
Sonstige Passiva	1.283
Gesamt	303.570

**Übernommene Eventualverbindlichkeiten und
andere außerbilanziellen Verpflichtungen**
01. April 2016
Angaben in TEUR

Sonstige Haftungen und Garantien	1.504
Kreditrisiken (nicht ausgenutzte Kreditrahmen)	1.309

Als wirtschaftlicher Kaufpreis für den Bankbetrieb wurden EUR 1,00 (einschließlich des KAG Geschäftsanteils) vereinbart. Dieser Kaufpreis bezog sich auf das reine bilanzielle Reinvermögen von null (unter Berücksichtigung eines Erhöhungsbetrages zum Ausgleich einer Aktiv- Passiv- Differenz) auf Basis eines Closing-Zwischenabschlusses der Gesellschaft nach UGB/BWG. Darüber hinaus verpflichtete sich die Verkäuferin einen nicht rückzahlbaren Zuschuss iHv. EUR 7.000.000,- zu leisten.

Die im Rahmen der Transaktion erworbenen Forderungen an Kreditinstitute besitzen einen beizulegenden Wert iHv. TEUR 85.807 und die der erworbenen Forderungen TEUR 9.772. Die Bruttovertragswerte der Forderungen Kreditinstitute belaufen sich auf TEUR 85.807 und die der Forderungen auf TEUR 9.859. Es erfolgt eine Berechnung einer gruppenspezifischen Wertberichtigung mittels der IBNR Methode, welche zu einer Abwertung der Kundenforderung iHv. TEUR 87 führte.

Mit der Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG wurde die Beteiligung an der Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. mit übernommen. Am gleichen Tag wurde die Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. wieder weiterveräußert, das Closing erfolgte Ende Juni 2016. Da die Wiener Privatbank SE nie die Absicht hatte diese Beteiligung zu halten wurde dieser Vermögensgegenstand als „Zur Veräußerung gehaltener Vermögensgegenstand“ gem. IFRS 5 erfasst.

Negativer Unterschiedsbetrag:

Unterschiedsbetrag
01. April 2016
Angaben in TEUR

Übertragene Vermögensgegenstände	302.825
Übernommene Verbindlichkeiten	-303.570
Zuschuss	7.000
Negativer Unterschiedsbetrag	6.255

Der sich aufgrund des Zuschusses ergebende negative Unterschiedsbetrag iHv TEUR 6.255 wurde sofort erfolgswirksam im Ergebnis Sonstiger betrieblicher Ertrag als „Unterschiedsbetrag Übernahme Bankbetrieb“ erfasst.

Der negative Unterschiedsbetrag resultiert aus der Tatsache, dass der Erwerb des Bankbetriebs der Valartis Bank (Austria) AG unter dem anteiligen Eigenkapital erfolgte. Dies ist marktüblich und auf die Vermeidung von Opportunitätskosten im Zusammenhang mit der ansonsten drohenden Abwicklung zurückzuführen.

Die mit dem Unternehmenszusammenschluss verbundenen Kosten für Rechtsberatung und Due Dilligence Prüfungen beliefen sich im Vorjahr auf TEUR 348 und im Geschäftsjahr 2016 auf TEUR 98 und wurden in den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Eine Offenlegung nach IFRS 3.B64q kann deshalb nicht erfolgen, da es sich bei diesem Unternehmenszusammenschluss um einen Asset-Deal handelte und alle Erlöse sowie Gewinne oder Verluste im Gesamtergebnis der Wiener Privatbank SE – ohne Kennzeichnung des Ursprungsassets - erfasst wurden.

Im Cash-Flow-Statement wurde der Zugang, bedingt durch die Übernahme des Bankbetriebes, unter der Position „Cashflow aus Investitionstätigkeit“ zugeordnet.

Die Summe des Betrages des Entgelts für die Übernahme des Bankbetriebes, abzüglich der übernommenen Zahlungsmittel beträgt TEUR -68.388 sowie des Zuschusses TEUR -7.000.

35. Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente wurden entsprechend IAS 39 in Kategorien aufgliedert.

Finanzielle Vermögenswerte:

- Kredite und Forderungen (LaR)
- Finanzielle Vermögenswerte, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (dieser inkludiert die Fair Value Option als auch zu Handelszwecken (HfT) gehalten)
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Afs)

Finanzielle Verbindlichkeiten:

- Finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (dieser inkludiert die Fair Value Option als auch zu Handelszwecken (HfT) gehalten)
- Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden

Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39 der Wiener Privatbank SE:

per 31. Dezember 2015	Kredite und Forderungen	AFVtPL	Available for Sale	Finanzielle Vermögenswerte/ Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Gesamt
-----------------------	-------------------------	--------	--------------------	---	--------

Angaben in TEUR

AKTIVA					
Barreserve	13.901				13.901
Forderungen an Kreditinstitute	8.646				8.646
Forderungen an Kunden	35.604				35.604
Finanzanlagen	8.320	320	10.767		19.407
Sonstige Aktiva				13.415	13.415
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	66.471	320	10.767	13.415	90.973
PASSIVA					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				52.389	52.389
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				75.274	75.274
Sonstige Passiva		9		7.518	7.527
Verbriefte Verbindlichkeiten				13.741	13.741
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	9	0	148.922	148.931

per 31. Dezember 2016	Kredite und Forderungen	AFVtPL	Available for Sale	Finanzielle Vermögenswerte/ Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten	Gesamt
-----------------------	-------------------------	--------	--------------------	---	--------

Angaben in TEUR

AKTIVA					
Barreserve	90.991				90.991
Forderungen an Kreditinstitute	128.859				128.859
Forderungen an Kunden	44.348				44.438
Finanzanlagen	10.846	212	111.699		122.757
Sonstige Aktiva		65		14.192	14.258
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	275.044	277	111.699	14.192	401.213
PASSIVA					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				54.262	54.262
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				372.590	372.590
Sonstige Passiva		496		4.366	4.862
Verbriefte Verbindlichkeiten				24.855	24.855
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	0	496	0	456.073	456.569

IFRS 7.25 folgend, sind die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) des Finanzvermögens und der Finanzverbindlichkeiten nach den Kategorien des IAS 39.9 in den jeweiligen Posten angegeben. Bei den unter sonstige Aktiva ausgewiesenen finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, der Buchwert entspricht dem beizulegenden Zeitwert.

Kredite und Forderungen	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert
Angaben in TEUR				
Barreserve	90.991	90.991	13.901	13.901
Forderungen an Kreditinstitute	128.859	128.859	8.646	8.646
Forderungen an Kunden	44.348	44.348	35.604	35.604
Anleihen				
Börsennotiert	4.824	4.424	0	0
Nicht börsennotiert	8.096	6.423	9.068	8.320
Gesamt	277.118	275.045	67.219	66.471

Finanzielle Vermögenswerte – at fair value through profit or loss	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert
Angaben in TEUR				
Wertpapiere				
Börsennotiert	0	0	0	0
Nicht börsennotiert	212	212	320	320
Sonstige Aktiva (Derivate)	65	65	0	0
Gesamt	277	277	320	320

Finanzielle Vermögenswerte – available for sale	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert
Angaben in TEUR				
Wertpapiere				
Börsennotiert	105.444	105.444	7.649	7.649
Nicht börsennotiert	6.064	6.064	2.983	2.983
Anteile an Tochterunternehmen	128	128	128	128
Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis	62	62	7	7
Gesamt	111.699	111.699	10.767	10.767

Finanzielle Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegen-den Zeitwert bewertet werden	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert

Angaben in TEUR

Sonstige Passiva (Derivate)	496	496	9	9
Gesamt	496	496	9	9

Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungs-kosten bewertet werden	31.12.2016		31.12.2015	
	Marktwert	Buchwert	Marktwert	Buchwert

Angaben in TEUR

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	54.262	54.262	52.389	52.389
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	372.590	372.590	75.274	75.274
Sonstige Passiva	4.366	4.366	7.518	7.518
Verbriefte Verbindlichkeiten	27.669	24.855	15.446	13.741
Gesamt	458.887	456.074	150.627	148.922

Nettogewinne bzw. -verluste aus Finanzinstrumenten der Kategorie	1. Jänner 2016 -	1. Jänner 2015 -
	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015

Angaben in EUR

Kredite und Forderungen	1.772.184,68	1.912.388,95
Zur Veräußerung verfügbar (AfS)	1.550.650,13	1.140.964,15
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert designiert (FVtPL)	-430.561,11	0,00
finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	-725.480,00	-471.024,66

Die in der Tabelle angeführten beizulegenden Zeitwerte ergeben sich, entsprechend der Klasse, aus den Börsenkursen oder werden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmethoden errechnet. Details hierzu sind im nächsten Punkt zu finden. Für genauere Informationen bezüglich der Sensitivitätsanalyse als auch zur Liquiditätsanalyse darf auf den Risikobericht und die Value at Risk Berechnung verwiesen werden. (gem. IFRS 7.41)

36. Hierarchie der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte

Die nachfolgende Aufstellung analysiert die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente nach der Art der Bewertungsmethode. Dazu werden drei Levels von Bewertungsmethoden definiert:

Level 1: Preisnotierung für identische Vermögenswerte oder Schulden auf einem aktiven Markt

Level 2: Inputs, die für Vermögenswerte oder Schulden entweder direkt oder indirekt beobachtbar sind und nicht unter Level 1 fallen

Level 3: Inputs für Vermögenswerte oder Schulden, die keine am Markt beobachtbaren Daten darstellen

Berechnung Level 3 Sensitivitäten

Bei der Berechnung handelt sich um einen einkommensbasierten Ansatz (Discounted Cash Flow Verfahren, das die zukünftigen Cashflows berücksichtigt, die ein Marktteilnehmer erwartet). Der Diskontierungszinssatz wird dabei mittels additivem Verfahren aus einem risikolosen Zinssatz sowie diversen Risikofaktoren (Länderrisiko, Bonitätsrisiko, Liquiditätsrisiko) ermittelt. Dementsprechend ergibt sich folgende Zusammensetzung:

Diskontierungszinssatz = risikoloser Zinssatz + Länderaufschlag + Ratingaufschlag + Liquiditätsaufschlag

Die einzelnen Aufschläge werden bei der Berechnung des Diskontierungssatzes an laufende Marktgegebenheiten angepasst. Dabei werden folgende Indizes herangezogen:

Risikoloser Zinssatz: Rendite österreichische Staatsanleihen für die jeweilige Laufzeit des Wertpapiers (Bloomberg Ticker: GTATSXXY Govt, wobei XX für die Laufzeit in Jahren steht)

Länderaufschlag: Differenz zwischen der Rendite auf Staatsanleihen des Landes, in dem das Unternehmen den Mittelpunkt seiner Geschäftstätigkeit hat, und der Rendite auf österreichische Staatsanleihen, jeweils für die aktuelle Laufzeit des Papiers

Ratingaufschlag: Differenz zwischen der Rendite europäischer, auf Euro lautender Anleihen von Industrieunternehmen der entsprechenden Bonität (Ermittlung der Bonität auf Basis des internen Ratings der Anleihe, zur Überleitung siehe nachfolgende Tabelle) und österreichischer Staatsanleihen, jeweils für die aktuelle Laufzeit des Papiers

Liquiditätsabschlag: Aufgrund der geringeren Liquidität der Wertpapiere im Vergleich zu den angesetzten Marktzinssätzen wird ein zusätzlicher Aufschlag für die fehlende Liquidität des Wertpapiers angenommen. Dieser Aufschlag liegt in der Regel in einer Bandbreite zwischen 1-3 %.

Rating	Name	Ticker
1	EUR Composite AA XX Year	BVCSECXX Index
2+	EUR Composite AA XX Year	BVCSECXX Index
2 stabil	IG Corporate Industrial A XX Year	IGEEIAXX Index
2-	IG Corporate Industrial A XX Year	IGEEIAXX Index
3+	IG Corporate Industrial BBB- BBB BBB+ XX Year	IGEEIB Index
3 stabil	IG Corporate Industrial BBB- BBB BBB+ XX Year	IGEEIB Index
3-	Bloomberg EUR High Yield	BEUHXX Index
4+	Bloomberg EUR High Yield	BEUHXX Index Index +0,5 %
4 stabil	Bloomberg EUR High Yield	BEUHXX Index Index + 1 %
4 -	Bloomberg EUR High Yield	BEUHXX Index Index +1,5 %
5	Bloomberg EUR High Yield	BEUHXX Index Index +2 %

Die erste Spalte gibt das jeweilige interne Bonitätsrating des Wertpapiers wider. Spalte zwei enthält den Namen des jeweils zur Anwendung kommenden Index, Spalte drei den Bloomberg Ticker. XX steht dabei jeweils für die Laufzeit des Papiers (bei Anleihen mit Bonität von 3- und schlechter werden aufgrund der diskretionären Verfügbarkeit des Index die Laufzeiten wie folgt zusammengefasst: Laufzeit 1-3 Jahre: BEUH13 Index; Laufzeit 4-5 Jahre: BEUH15 Index; Laufzeit 6-9 Jahre: BEUH510 Index; Laufzeit mindestens 10 Jahre: BEUH10 Index).

Für Anleihen, deren Bonität unter 3- liegt (entspricht Anleihen mit Bonität < Investment Grade) wird der Bloomberg High Yield Index verwendet. Für Bonitäten unter 3- wird für jedes Notch ein Aufschlag von 0,5 % zum jeweils für die Laufzeit gültigen Zinssatz hinzugezählt.

Entsprechend der zuvor beschriebenen Berechnungslogik ergibt sich ein Level 3 Fair Value für die Wertpapiere der Kategorie Kredite und Forderungen von EUR 12.919.439,39 (VJ TEUR 9.068) und für die verbrieften Verbindlichkeiten der Kategorie zu fortgeführten Anschaffungskosten EUR 27.668.954,14 (VJ 15.446)

Bei einer Veränderung der verwendeten Inputparameter im Rahmen der Sensitivitätsanalyse ergibt sich für Finanzinstrumente mit fixer Verzinsung ein Fair Value von:

Sensitivitätsanalyse (Aktiv)	2016	Veränderung des FV	2015	Veränderung des FV
Fair Value bei einem				
3 Stufen Upgrade	13.128.366,52	208.927,13	9.241.431,37	173.212,09
3 Stufen Downgrade	11.540.864,53	-1.378.574,87	8.054.027,20	-1.014.192,08
Risikoloser Zinssatz +2 %	11.831.595,76	-1.087.843,64	8.384.106,20	-684.113,08
Risikoloser Zinssatz – 2 %	14.163.316,62	1.243.877,23	9.839.995,41	771.776,13
Liquiabschlag +1 %	12.357.583,20	-561.856,20	8.716.040,80	-352.178,47
Liquiabschlag – 1 %	13.520.227,64	600.788,25	9.442.273,32	374.054,04

Bei Finanzinstrumenten mit einer variablen Verzinsung verändert sich der Fair Value folgendermaßen:

Sensitivitätsanalyse (Passiv)	2016	Veränderung des FV	2015	Veränderung des FV
Fair Value bei einem				
3 Stufen Upgrade	22.856.101,56	-4.812.852,58	15.666.936,50	221.016,35
3 Stufen Downgrade	17.718.905,99	-9.950.048,15	11.232.929,03	-4.212.991,12
Risikoloser Zinssatz +2 %	19.587.839,77	-8.081.114,37	13.424.214,96	-2.021.705,19
Risikoloser Zinssatz – 2 %	25.782.597,89	-1.886.356,26	17.870.240,00	2.424.319,85
Liquiabschlag +1 %	20.941.012,03	-6.727.942,11	14.389.797,90	-1.056.122,25
Liquiabschlag – 1 %	24.024.945,42	-3.644.008,72	16.602.397,67	1.156.477,51
Variable Verzinsung minimal	19.899.826,93	-7.769.127,21	13.544.888,85	-1.901.031,30
Variable Verzinsung maximal	24.931.801,89	-2.737.152,25	17.346.951,45	1.901.031,30

31.12.2015		Fair Value		
Angaben in TEUR	Level 1	Level 2	Level 3	Summe
Aktiva				
Barreserve	13.901			13.901
Forderungen an Kreditinstitute			8.646	8.646
Forderungen an Kunden			35.604	35.604
Finanzanlagen	7.649	3.303	9.068	20.020
Sonstige Aktiva			13.415	13.415
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			52.389	52.389
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			75.274	75.274
Sonstige Passiva			7.518	7.518
Verbriefte Verbindlichkeiten			15.446	15.446

31.12.2016		Fair Value		
Angaben in TEUR	Level 1	Level 2	Level 3	Summe
Aktiva				
Barreserve	90.991			90.991
Forderungen an Kreditinstitute			128.859	128.859
Forderungen an Kunden			44.348	44.348
Finanzanlagen	108.454	3.331	12.919	124.705
Sonstige Aktiva	65		14.192	14.257
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			54.262	54.262
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			372.590	372.590
Sonstige Passiva	48	448	4.366	4.862
Verbriefte Verbindlichkeiten			27.669	27.669

Während des Geschäftsjahres 2016 haben keine Transfers von Vermögenswerten innerhalb der einzelnen Levels stattgefunden.

Derivative Finanzinstrumente

Gesamtvolumen noch nicht abgewickelter derivativer Finanzprodukte per 31. Dezember 2016

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
	Nominalbeträge Restlaufzeit < 1 Jahr	
Devisentermingeschäfte	6.811.437,50	999.613,79
Eventualverbindlichkeiten	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015

Angaben in EUR		
Garantien und Haftungen	18.442.950,39	10.326.201,19
Kreditrisiko	13.591.015,61	7.547.737,13
Bürgschaften	107.395,96	26.415,73
Gesamt	32.141.361,96	17.900.354,05

Die Wiener Privatbank SE hat eine Bürgschaft für die Entwicklung Wipplingerstraße 12 GmbH iHv EUR 7.395,96 (VJ TEUR 27) sowie für die Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH iHv. EUR 100.000,00 (VJ TEUR 0) übernommen.

In den Eventualverbindlichkeiten sind Garantien und Haftungen iHv EUR 18.442.950,39 (VJ TEUR 10.326) enthalten. Zum 31. Dezember 2016 besteht ein Kreditrisiko iHv EUR 13.591.015,61 (VJ TEUR 7.548). Es handelt sich dabei um noch nicht in Anspruch genommene Kredite.

Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva

Die Aktiva, die auf fremde Währung lauten, betragen EUR 193.320.149,95 (VJ TEUR 3.078) und die Passiva, die auf fremde Währung lauten, betragen EUR 193.104.424,06 (VJ TEUR 1.993).

Treuhandvermögen	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Forderungen an Kreditinstitute	1.061.613,22	459.007,87
Treuhandbeteiligungen	38.196.107,09	41.960.274,89
Sonstige Treuhandforderungen	213.501,01	205.218,48
Treuhandaktiva	39.471.221,32	42.354.501,24
Einlage von Treugebern	39.246.795,05	42.024.225,95
Sonstige Treuhandverbindlichkeiten	224.426,27	330.275,29
Treuhandpassiva	39.471.221,32	42.354.501,24

Die Aufstellung beinhaltet das Treuhandvermögen der ATI Vermögenstreuhandges.m.b.H.

Die Treuhandbeteiligungen betreffen vor allem Finanzierungsfonds, Aktien, Genussrechte aus Einbringungen, Kommanditeinlagen sowie atypisch stille Beteiligungen.

37. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Für Zwecke der Darstellung der Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates, Mitglieder des Vorstandes (namentlich ersichtlich unter Punkt VIII), ihnen nahestehende Gesellschaften sowie assoziierte Unternehmen als nahestehende Personen oder Unternehmen identifiziert.

Geschäftsbeziehungen des Wiener Privatbank SE-Konzerns zu nahestehenden Unternehmen und Personen wurden ausschließlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber als nahestehend identifizierten Unternehmen und Personen sind im Nachfolgenden dargestellt:

Aktiva	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in TEUR		
Finanzielle Vermögenswerte		
- verbundene Unternehmen	128	128
- sonstige Beteiligungen	62	7
- andere nahestehende Unternehmen und Personen	2.149	2.148
Forderungen gegenüber Kunden		
- At-equity bewertete Unternehmen	2.855	3.263
- Führungskräfte	1.165	435
- andere nahestehende Unternehmen und Personen	10.279	15.384
Sonstige Aktiva		
- At-equity bewertete Unternehmen	790	366
- andere nahestehende Unternehmen und Personen	100	1.194
Summe AKTIVA	17.528	22.925

Passiva	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in TEUR		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
- At-equity bewertete Unternehmen	8.719	5.466
- verbundene Unternehmen	1.607	2.812
- Führungskräfte	1.333	414
- andere nahestehende Unternehmen und Personen	9.391	2.390
Summe PASSIVA	21.050	11.082

Sonstige Angaben und Beziehungen

Es wurden Kredite inklusive Rahmen und Garantien iHv EUR 8.415.000,00 (VJ TEUR 7.950) an die Mitglieder des Vorstandes, an Mitglieder des Aufsichtsrates sowie an Vorständen und Aufsichtsrat nahestehenden Personen gewährt. Die gewährten Kredite an die Mitglieder des Vorstandes betragen 2016 EUR 840.000,00 (VJ TEUR 870). Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates beliefen sich diese Kredite auf EUR 7.575.000,00 (VJ TEUR 7.080). Bezüglich der Mitgliedern des Aufsichtsrates nahestehenden Personen belaufen sich die Kredite zum 31. Dezember 2016 auf EUR 0,00 (VJ TEUR 0). Im Geschäftsjahr 2016 wurden insgesamt EUR 12.664.978,10 (VJ TEUR 2.735) rückgeführt. Außerdem

wurden weitere Organkredite iHv EUR 14.015.225,44 (VJ TEUR 23.506) gewährt. Die Verzinsung, sonstige Bedingungen (Laufzeit und Besicherung) und die Rückzahlung wurden vom Aufsichtsrat genehmigt und sind fremdüblich.

Es wurden Garantien im Zusammenhang mit Wohnungsvorsorgeprojekten iHv EUR 230.880,15 (VJ TEUR 225) abgegeben. Für Kapitalgarantien bzw. Fremdfinanzierung wurden für folgende Tochterunternehmen Garantien abgegeben:

Garantien	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Angaben in EUR		
Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH	4.120.000,00	4.120.000,00
SETUP Auhofstraße 181 GmbH	300.000,00	300.000,00
Errichtung WH150 GmbH (Verkauf 2016)	0,00	900.000,00
Summe PASSIVA	4.420.000,00	5.320.000,00

Dienstleistungsbeziehungen

Die Wiener Privatbank SE hat im Geschäftsjahr 2016 für alle ihre assoziierten Beteiligungen Verwaltungsdienstleistungen im Bereich Rechnungswesen erbracht und dafür ein marktüblich und drittvergleichsfähiges Entgelt erhalten.

Die ViennaEstate AG hat im Geschäftsjahr 2016 Managementdienstleistungen für Tochterunternehmen und assoziierte Beteiligungen der Wiener Privatbank erbracht und dafür ein marktübliches und drittvergleichsfähiges Entgelt erhalten.

Herr Günter Kerbler erhält als gewerberechtl. Geschäftsführer der WPB Bauträger GmbH ein marktübliches Entgelt.

Die Wiener Privatbank Immobilienmakler erhielt im Geschäftsjahr Abgeberprovisionen iHv TEUR 159 von Gesellschaften des ViennaEstate AG Konzerns.

Die Wiener Privatbank SE erhielt Provisionen in Zusammenhang mit der Vermittlung von Wohnungsverkäufen iHv TEUR 158 von Gesellschaften des ViennaEstate AG Konzerns.

Die Wiener Privatbank Immobilienverwaltung GmbH erhielt für ihre Hausverwaltungstätigkeit TEUR 158 von Gesellschaften des ViennaEstate AG Konzerns.

Die Vienna Estate-Gruppe sowie die assoziierten Beteiligungen veranlassen zeitweise einen Teil ihrer liquiden Mittel bzw. haben Finanzierungen aufgenommen. Die Verzinsung und sonstigen Bedingungen (Laufzeit und Besicherungen) sind fremdüblich.

Käufe/ Verkäufe

Im Jahr 2016 wurden durch die Wiener Stadthäuser One GmbH Wohnobjekte von der ViennaEstate AG Gruppe iHv TEUR 1.469 erworben.

Sonstige Leistungsbeziehungen

Die Eldorado Verwaltung GmbH ist Vermieterin von den Büroräumlichkeiten der Wiener Privatbank SE sowie der der Matejka & Partner Asset Management GmbH (seit September 2015) und der WPB Immobilienmakler in 1010 Wien (seit 2016), Parkring 12. Die Vermietungsaufwendungen (exklusive Betriebskosten) belaufen sich im Jahr 2016 auf TEUR 399 (VJ TEUR 311).

38. Informationen aufgrund österreichischen Rechts

Eigenmittel der Wiener Privatbank SE gemäß CRR*

Eigenmittelstruktur

Angaben in TEUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)	9.343	9.343
Kapitalrücklagen	14.447	14.447
Sonstige anrechenbare Rücklagen	9.757	6.766
Einbehaltene Gewinne Vorjahre	0	17
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.000	1.000
(-) Abzugsposten vom CET 1 Kapital	-184	-616
CET 1 – Kapital	34.363	30.957
Eingezahlte Kapitalinstrumente	5.100	0
(-) Abzugsposten vom Tier I Kapital	-116	0
TIER I – Kapital	39.347	30.957
Allgemeine Risikovorsorge KSA Banken	0	533
Ergänzende Eigenmittel TIER II	39.347	31.490
Eigenmittel gesamt (nach Abzugsposten)	39.347	31.490
Gesamtrisikobetrag	228.004	154.414
Harte Kernkapitalquote	15,07 %	20,05 %
Kernkapitalquote	17,26 %	20,05 %
Gesamtkapitalquote	17,26 %	20,39 %

*Die Matejka & Partner Asset Management GmbH wird als österreichische Wertpapierfirma und Finanzinstitut iSd CRR unter Anwendung von Artikel 19 Abs 1 CRR aus dem Konsolidierungskreis ausgenommen. Die Eigenmitteldarstellung erfolgt auf Solo-Ebene.

Aufsichtsrechtliche Entwicklungen nach Basel 3

Seit 1. Jänner 2014 erfolgt die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel sowie der Kapitalquoten nach der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation – CRR) und der Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirements Directive – CRD IV) zur Umsetzung von Basel 3 in der Europäischen Union. Des Weiteren unterliegen CRR und CRD IV Übergangsbestimmungen für die österreichische Umsetzung, die in der CRR-Begleitverordnung vom 11. Dezember 2013 geregelt sind.

Das Kapital wird ebenso vom Risikomanagement überwacht. Es wird eine Kapitalstrategie erstellt und vom Vorstand genehmigt. Kernaufgabe ist die laufende Beobachtung der Geschäftsentwicklung der Bank, die Analyse der Veränderungen der risikogewichteten Aktiva sowie deren Abgleich mit dem zur Verfügung stehenden regulatorischen Eigenkapital. Das Kapitalmanagement des Konzerns erfolgt auf Basis der Eigenmittel gemäß CRR und im Sinne des ökonomischen Kapitalsteuerungsansatzes des ICAAP. Im Rahmen des ICAAP wird die Risikotragfähigkeit sichergestellt sowie der effiziente Einsatz der Risikodeckungsmaße verfolgt.

Die Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 CRR wurden im Berichtsjahr, wie auch im Vorjahr, jederzeit eingehalten.

Die Gesamtkapitalrentabilität gemäß § 64 (1) 19 BWG beträgt 1,48 % (VJ 2,02 %).

Personal

In der Wiener Privatbank-Gruppe waren im Geschäftsjahr im Jahresdurchschnitt folgende Personalkapazitäten im Einsatz:

Mitarbeiterkapazität *)	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Arbeiter	0	0
Angestellte	123	76
Gesamtkapazität	123	76

*) durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer in der Gruppe (Vollkonsolidierungskreis) während des Geschäftsjahres

Mitarbeiter der assoziierten Unternehmen

Die in den Konzernabschluss at-equity einbezogenen Unternehmen beschäftigen 8 (VJ 8) Mitarbeiter.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Das Grundkapital wurde mit Wirkung zum 01.04.2017 durch die Pflichtwandlung der im Jahr 2016 ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen um Nominale EUR 1.653.874,09 auf Nominale EUR 11.360.544,15 durch Ausgabe von 728.567 neuen Stückaktien erhöht. Die Zahl der ausgegebenen Stückaktien hat sich dadurch von 4.276.078 auf 5.004.645 erhöht. Der Stand der gebundenen Kapitalrücklagen hat sich von EUR 14.915.311,58 auf EUR 18.361.464,49 erhöht. Andere Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die für die Bewertung am Bilanzstichtag von Bedeutung sind, lagen nicht vor.

VIII. Erläuterungen zur Konzernsegmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung erfolgt im Wiener Privatbank Konzern gemäß den Ausweis- und Berechnungsregeln des IFRS 8. Diesem Ansatz entsprechend, werden Segmentinformationen auf Basis interner Managementberichterstattung erstellt, die dem Vorstand (CODM) regelmäßig berichtet wird und zur Beurteilung der Ertragskraft der einzelnen Segmente sowie zur Ressourcenallokation herangezogen wird.

Die Managementberichterstattung erfolgt im Wesentlichen durch Vorlage der UGB Abschlüsse, wobei auf Einzelgesellschaftsebene der Wiener Privatbank SE zusätzlich eine Segmentberichterstattung nach folgenden Sparten erfolgt:

Private Banking / Kreditgeschäft / Real Estate / Asset Management / Brokerage / Edelmetalle / Treasury & Strategisches Investment / Retail alt KW / Emissionen / Beteiligungen.

Bei dieser Berichterstattung erfolgt eine Verteilung des UGB Ergebnisses auf oben genannte Sparten.

Die Gliederung der Segmentberichterstattung erfolgt im IFRS Abschluss in komprimierter Form.

Der Segmentbericht besteht aus den drei Hauptsegmenten, in denen die Einzelgesellschaften des Wiener Privatbank Konzerns wie folgt zusammengefasst dargestellt werden:

- Bank (Wiener Privatbank SE (komprimierte Darstellung) + Matejka & Partner Asset Management GmbH)
- Real Estate (alle Tochterunternehmen mit einem immobiliennahen Geschäftszweck ungeachtet einer operativen Tätigkeit z.B. Zwischenholdinggesellschaft eines Immobilienunternehmens)
- Treuhand und Verwaltung (ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H.)

Die Veränderungen aufgrund von IFRS-Anpassungs- und Konsolidierungsbuchungen werden in der Spalte „Sonstiges Überleitung“ dargestellt.

Da der Konzern seine Geschäftstätigkeit ausschließlich in Wien entfaltet und somit keine regionale Steuerung erfolgt, entfällt die geografische Gliederung der Segmente.

Segmentberichterstattung zum 31.12.2015

	Bank	Real Estate Produkte und Dienstleistungen	Treuhand und Verwaltung	Überleitung IFRS	Überleitung Konsolidierung	Summe
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Zinsen und ähnliche Erträge	8.823	1.061	241	- 165	- 7.803	2.157
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 856	- 2.705	- 102	17	658	- 2.987
Zinsüberschuss	7.968	- 1.644	139	- 148	- 7.145	- 831
Provisionserträge	5.764	0	0	0	- 873	4.891
Provisionsaufwendungen	- 1.321	0	0	0	42	- 1.278
Provisionsüberschuss	4.444	0	0	0	- 831	3.612
Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen	1.273	1.351	420	0	- 1.370	1.674
Ergebnis aus Handelsgeschäften	276	0	0	0	0	276
Ertrag aus Immobilienhandel	0	19.747	0	0	293	20.040
Aufwand aus Immobilienhandel	- 253	-17.090	- 126	198	333	- 16.939
Sonstiger betrieblicher Ertrag	996	4.041	668	0	- 835	4.869
Sonstiger betrieblicher Aufwand	- 34	- 554	0	0	0	- 587
Verwaltungsaufwand	- 9.225	- 2.730	- 480	- 33	1.288	- 11.182
Risikovorsorge	- 510	- 28	- 94	353	449	170
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten	- 1.443	- 449	4	- 3.484	5.297	3.059
Ergebnis vor Steuern	3.490	2.644	529	22	- 2.521	4.163
Ertragsteuern	230	- 844	- 13	221	16	- 390
Periodenergebnis	3.721	1.799	516	242	- 2.505	3.774
Segmentvermögen	118.667	116.858	6.923	1.696	- 57.074	187.070
Davon Beteiligungen an at-equity einbezogenen Unternehmen	4.350	4.183	2.800	0	5.244	16.577
Segmentverbindlichkeiten	84.513	89.730	2.974	- 1.896	- 23.110	152.210
Segmentinvestitionen	65	54	0	0	0	119
Abschreibung (inklusive Impairment)	- 143	- 24	0	0	0	- 167

Segmentberichterstattung zum 31.12.2016

	Bank	Real Estate Produkte und Dienstleistungen	Treuhand und Verwaltung	Überleitung IFRS	Überleitung Konsolidierung	Summe
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Zinsen und ähnliche Erträge	5.927	57	680	-3	- 3.457	3.204
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 1.126	- 2.583	- 99	93	- 279	- 3.995
Zinsüberschuss	4.801	- 2.527	582	90	- 3.736	- 790
Provisionserträge	11.632	0	0	0	- 1.083	10.549
Provisionsaufwendungen	- 1.787	0	0	0	64	- 1.724
Provisionsüberschuss	9.845	0	0	0	- 1.019	8.826
Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen	826	630	476	0	- 844	1.088
Ergebnis aus Handelsgeschäften	778	0	0	-431	0	348
Ertrag aus Immobilienhandel	0	10.450	0	0	17.185	27.634
Aufwand aus Immobilienhandel	- 273	- 8.630	0	- 114	- 16.168	- 25.184
Sonstiger betrieblicher Ertrag	1.454	4.474	778	5.827	- 875	11.658
Sonstiger betrieblicher Aufwand	- 354	- 411	- 124	0	35	- 854
Verwaltungsaufwand	- 15.133	- 3.397	- 467	-1.492	1.752	- 18.737
Risikovorsorge	1.107	- 145	0	- 733	- 464	- 235
Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten	6.862	- 366	8	- 4.001	2.213	4.716
Ergebnis vor Steuern	9.914	78	1.253	- 853	- 1.922	8.470
Ertragsteuern	- 1.641	- 297	- 73	872	138	- 1.002
Periodenergebnis	8.273	- 219	1.180	19	- 1.784	7.468
Segmentvermögen	431.603	103.628	8.111	1.830	- 39.682	505.490
Davon Beteiligungen an at-equity einbezogenen Unternehmen	4.104	2.888	3.421	0	4.198	14.611
Segmentverbindlichkeiten	391.713	89.949	2.703	- 1.536	- 17.383	465.447
Segmentinvestitionen	1.788	84	0	0	0	1.872
Abschreibung (inklusive Impairment)	- 413	- 31	0	0	0	- 444

Erörterung der wesentlichen Anpassungsbuchungen 2015 sowie 2016:**Zinsen und ähnliche Erträge:**

Bei der Überleitung Konsolidierung handelt es sich um die Eliminierung der phasengleichen Dividendenausschüttung (2016 EUR 2,8 Mio. und 2015 EUR 6,9 Mio.) sowie um die Aufwands und Ertragskonsolidierung der verrechneten Zinsen an die Tochtergesellschaften. Der Gegenposten findet sich in den Zinsen und ähnliche Aufwendungen wieder.

Ergebnis der at equity Bewerteten Unternehmen:

Bei der Überleitung Konsolidierung wird die Zwischengewinneliminierung der Geschäfte mit den at-equity Gesellschaften dargestellt. Weiters werden die Dividendenerträge in diesem Posten korrigiert.

Provisionserträge:

In diesem Posten werden im Rahmen der Überleitung Konsolidierung die konzerninternen Provisionserträge der Töchter als auch der at-equity Gesellschaften eliminiert. Die Ausgleichsposten befinden sich im Posten Provisionsaufwendungen sowie unter den Verwaltungsaufwendungen.

Sonstiger betrieblicher Ertrag:

Durch die Überleitung Konsolidierung werden die Konzerndienstleistungen der Wiener Privatbank SE gegenüber ihren Tochtergesellschaften korrigiert.

Verwaltungsaufwendungen:

Bei der Überleitung Konsolidierung handelt es sich um die Gegenposition der Aufwands- und Ertragskonsolidierung der Provisionserträge sowie des Sonstigen betrieblichen Ertrages.

Ergebnis aus finanziellen Vermögenswerten:

Bei der Überleitung Konsolidierung handelt es sich um die auf Konzernebene stattfindende Anpassungsbuchung der zu stornierenden ausschüttungsbedingten UGB Teilwertabschreibung.

IX. Risikobericht

Aufgrund des konjunkturellen Einbruchs im Jahr 2008/2009 und der wirtschaftlichen Turbulenzen im Zusammenhang mit der Schuldenkrise in den darauf folgenden Jahren erholt sich die Konjunktur im Euro-Raum weiterhin nur schleppend. In diesem Umfeld entwickelt sich auch die österreichische Wirtschaft nur langsam.

Die Wiener Privatbank hat frühzeitig Maßnahmen gesetzt, um auf alle damit verbundenen Risiken aber auch auf die mit einer Erholung der Wirtschaft verbundenen Chancen vorbereitet zu sein und diese zielgerichtet nutzen zu können. In diesem Zusammenhang steht im Geschäftsjahr 2016 auch der Kauf und die Integration des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG, wodurch eine stärkere Diversifizierung der Geschäftstätigkeit und der damit verbundenen Ertragsquellen erreicht werden konnte.

Die Kernfunktion einer jeden Bank ist die bewusste und selektive Übernahme von Risiken und deren professionelle Steuerung. Der Konzern, welcher im Wesentlichen aus der Wiener Privatbank SE besteht, verfolgt mit seiner Unternehmenspolitik die Zielsetzung, die sich aus dem Bankbetrieb ergebenden Risiken frühzeitig zu erkennen und durch eine systematische Überwachung und wirksame Risikosteuerung zu begrenzen.

Basierend auf den gesetzlichen Vorgaben obliegt die zentrale Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Risikomanagementsystems dem Vorstand der Wiener Privatbank.

Der Konzern arbeitet laufend an der Verbesserung der Identifikation, Messung und Überwachung der Risiken. Der Vorstand entscheidet über die Risikopolitik und genehmigt die Grundsätze des Risikomanagements, die Festlegung von Limiten für alle relevanten Risiken sowie die Verfahren zur Überwachung der Risiken. Diverse Kontrolleinrichtungen unterstehen in der Organisationsstruktur dem Vorstand und sind diesem berichtspflichtig. Berichtsinhalte, Berichtswegen und Berichtsfrequenzen sind klar definiert und festgelegt. Darüber hinaus werden seitens der internen Revision die Angemessenheit und Wirksamkeit der Risikokontrollsysteme überprüft. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben wird der Vorstand durch eine Risikomanagementabteilung unterstützt.

Die Risikosteuerung erfolgt nach regulatorischen Vorgaben für die Kreditinstitutsgruppe gemäß § 30 BWG. Um das Risiko adäquat und verlässlich darzustellen, beziehen sich die quantitativen Angaben auf die regulatorische Risikosteuerung der Kreditinstitutsgruppe, jedoch auf konsolidierter Ebene soweit nicht anders angegeben.

Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte entsprechen dem maximalen Ausfallrisiko.

Die bedeutendsten Risiken, welchen der Konzern ausgesetzt ist, sind:

- Marktrisiko
- Kreditrisiko (inklusive Beteiligungsrisiko)
- Operationales Risiko
- Liquiditätsrisiko

Wesentlichste Konzernrisiken

Marktrisiko

Der Konzern geht Marktpreisrisiken nur innerhalb klar festgelegter Limits einerseits im Rahmen seiner Gesamtbankrisikostrategie sowie präzisiert in der Veranlagungsstrategie ein.

Marktrisiken, denen die Wiener Privatbank SE ausgesetzt ist, werden in monatlichen Stress-Tests im Rahmen der ICAAP-Analyse sowie wöchentlich mittels Value at Risk Berechnungen überwacht. Darüber hinaus werden die Auswirkungen auf das Eigenkapital ebenfalls monatlich im Rahmen der ICAAP-Analyse überprüft.

Bei der Wahl der in der Folge beschriebenen Risikomessmethode wurde darauf Bedacht genommen, neben Normal Szenarien auch Stressszenarien abzudecken. Soweit aufgrund der vorhandenen Marktdaten möglich, wird für alle Positionen in Aktien und Investmentfonds mit verfügbaren Tagesdaten ein 10-Tages Value at Risk mit Konfidenzintervall 95 %, 99 % und 99,90 % berechnet. Dies betrifft die Positionen in Aktien, Anleihen und Investmentfonds des Bankbuches. Dabei wird die Monte-Carlo-Simulation als VaR Quantifizierungsmethode angewendet. Im ICAAP werden die berechneten 95 % (Going Concern/ GC) bzw. 99,9 % (Liquidationssicht/ LS) VaR Werte (10 Tage) auf 255 Tage GC bzw. 64 Tage LS hochskaliert.

Marktrisiko im Handelsbuch

Im Geschäftsjahr 2016 wurde kein Handelsbuch geführt.

Marktrisiko im Bankbuch

Zur Bankbuchsteuerung sowie Nostroveranlagung werden nur Instrumente eingesetzt, deren Abbildbarkeit in den Systemen der Wiener Privatbank SE gewährleistet ist. Es soll sichergestellt sein, dass Eigengeschäfte in neuen Produkten und Märkten erfolgen, wenn Risiken eindeutig identifizierbar sind und gesteuert werden können.

Die strategische Steuerung des Bankbuches erfolgt durch den Vorstand der Wiener Privatbank SE. Jede Eigenveranlagung im Bankbuch wird mittels Antrag durch die Stelle Treasury beantragt und seitens des Vorstandes genehmigt. Jede Veränderung im Bankbuch darf nur mit Zustimmung der Vorstände erfolgen.

Die Risikomessung und Kontrolle der Positionen des Bankbuches erfolgt laufend durch das Risikomanagement.

Das Ergebnis der Value at Risk Berechnung per Ende Dezember 2016 (Berechnung aus Kalenderwoche 52) ergab folgendes IST-Risiko für das Bankbuch:

In EUR:

VaR 99,90 %, Behaltdauer 10 Tage (EUR 805.780 per 31. Dezember 2015)	EUR	1.167.031
VaR 99 %, Behaltdauer 10 Tage (EUR 411.786 per 31. Dezember 2015)	EUR	623.819
VaR 95 %, Behaltdauer 10 Tage (EUR 263.111 per 31. Dezember 2015)	EUR	394.556

VaR 99,90 %, hochskaliert auf 64 Tage EUR 2.952.382
(EUR 2.022.492 per 31. Dezember 2015)

VaR 99 %, hochskaliert auf 255 Tage EUR 3.150.131
(EUR 2.079.417,37 per 31. Dezember 2015)

VaR 95 %, hochskaliert auf 255 Tage EUR 1.992.411
(EUR 1.328.645 per 31. Dezember 2015)

In USD:

VaR 99,90 %, Behaltdauer 10 Tage USD 65.539

VaR 99 %, Behaltdauer 10 Tage USD 37.308

VaR 95 %, Behaltdauer 10 Tage USD 23.484

VaR 99,90 %, hochskaliert auf 64 Tage USD 165.802

VaR 99 %, hochskaliert auf 255 Tage USD 188.396

VaR 95 %, hochskaliert auf 255 Tage USD 118.588

Die Zusammensetzung des Bankbuches (AV und UV) sieht per 31.12.2016 wie folgt aus:

Positionskategorien Bankbuch (in EUR) ohne Zinsen	Marktwert exkl. Zinsen	relativer Anteil	relativer Anteil (exkl. US-T)	unrealisierte Kursgewinne/-verluste
Staats- & staatlich garantierte Anleihen	5.433.175	4,57%	17,17%	-32.531
Unternehmensanleihen	11.612.760	9,77%	36,71%	-29.325
Mezzaninanleihen	212.155	0,18%	0,67%	-27.283
Aktienfonds	2.746.138	2,31%	8,68%	72.539
Aktien	736.018	0,62%	2,33%	-8.046
Hedgefonds	3.317.055	2,79%	10,49%	84.047
USD Anleihen*	7.577.602	6,37%	23,95%	-24.730
US Treasuries*	87.234.342	73,39%	-	-108.761
Summe Bankbuch (in EUR)	118.869.246	100%	100%	-74.090

*umgerechnet in EUR mit stichtagsbezogenen Wechselkurs

Positionskategorien Bankbuch	Positionen
Staats- & staatlich garantierte Anleihen	EFSF, UNEDIC, Asfinag, Polen, Tschechien, Irland, Fdo de Tit., Spanien
Unternehmensanleihen	Anheuser-B, Tisha 14-19, Tisha 16-24, ViennaEstate, RWE, Roche, ENI, Svenska Hdbk.
Mezzaninanleihen	Capital Bk. 11-18 & 07-17
Aktienfonds	Europ. Equity, Mozart One
Aktien	Immofinanz, Telekom, Conwert
Hedgefonds	Petrus Adv. ; Petrus Adv. UCITS
USD Anleihen	Hutchinson, Landw. Rentenbank, Apple, Landesbank Baden-Württemberg, NRW Bank
US Treasuries	4 verschiedene Titel

Darüber hinaus erfolgt eine Überprüfung, ob die eingesetzten Instrumente zulässig sind und korrekt abgebildet werden. Bei Limitüberschreitungen erfolgt eine umgehende Meldung an den Vorstand sowie an die Stelle Treasury. Es wurde ein standardisiertes Berichtswesen installiert, welches im Falle einer Limitüberschreitung die Maßnahmensetzung, Umsetzung und Überwachung der Maßnahmensetzung gewährleistet.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken ergeben sich aus der Möglichkeit, dass ein Unternehmen nicht in der Lage ist, die Finanzmittel zu beschaffen, die zur Begleichung der eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind. Liquiditätsrisiken können auch dadurch entstehen, dass ein finanzieller Vermögenswert nicht jederzeit innerhalb kurzer Zeit zu seinem beizulegenden Zeitwert verkauft werden kann.

Der Konzern finanziert das operative Geschäft aus dem laufenden Cashflow. Ein übergreifendes Cash-Management im Konzern-Treasury gewährleistet dessen Liquiditätsüberwachung und -steuerung. Die Liquiditätsplanung ist im kurzfristigen Bereich auf wöchentlicher Basis aufgestellt. Zur Abdeckung kurzfristiger Liquiditätsabflüsse hält die Wiener Privatbank SE neben der gesetzlichen Mindestreserve eine laufende Liquiditätsreserve. Diese wird über Stresstests halbjährlich überprüft und regelmäßig angepasst.

Die gesetzlichen Anforderungen/Vorgaben hinsichtlich der LCR sind stets eingehalten worden.

Die Liquiditätssteuerung der Wiener Privatbank SE erfolgt unter bankwirtschaftlichen Gesichtspunkten unter der besonderen Berücksichtigung der jederzeitigen Fähigkeit, allen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Die in der Arbeitsrichtlinie zum Liquiditätsmanagement definierten Rahmenbedingungen sowie die Vorgaben und Limits der Liquiditätsrisikostategie werden vom Risikomanagement auf Einhaltung überwacht (wöchentliche betreffend kurzfristige Liquiditätssituation, monatlich betreffend mittelfristiger Liquiditätsplanung, vierteljährlich betreffend Bilanzstruktur, monatlich betreffend gesetzlich erforderliche Liquidität gem. LCR, wöchentlich betreffend Verfügbarkeit interner Liquiditätspuffer, wöchentlich betreffend Einhaltung Limits der Großkredit-Vorschriften bei Bankenveranlagungen, vierteljährlich betreffend belastete Vermögenswerte (Verpfändungen).

Kreditrisiko

Kreditrisiko entsteht einerseits aus dem traditionellen Kreditgeschäft (Verluste durch den Ausfall eines Kreditnehmers oder notwendige Bevorsorgung von Kreditengagements durch die Bonitätsverschlechterung von Kreditnehmern) sowie andererseits aus dem Handel mit Marktrisikoinstrumenten (Ausfallsrisiko auf Seiten der Kontrahenten). Länderrisiken werden implizit in der Kalkulation des Kreditrisikos mitberücksichtigt.

Die Wiener Privatbank SE ist bemüht, ihr Kreditrisiko so gering wie möglich zu halten. Dies wird durch eine umfassende Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer und durch Vergabe von besicherten Krediten erreicht.

Per 31. Dezember 2016 bestanden keine finanziellen Vermögenswerte, deren Bedingungen neu verhandelt wurden, da sie anderenfalls überfällig oder wertgemindert gewesen wären. Auch per 31. Dezember 2015 bestanden keine solcher Vermögenswerte.

Weiters bestanden zum 31. Dezember 2016 überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte iH v EUR 310.572,84 (per 31. Dezember 2015 EUR 278.423,04). Nur in einem dieser Fälle war eine Wertberichtigung in der Höhe von EUR 2.651,69 erforderlich, alle weiteren Forderungen wurden nach Stichtag bedient.

Aufgrund von Abgrenzungen auf Konzernebene kommt es in der Aufstellung des Gesamtkreditobligos zu einem Unterschiedsbetrag iHv EUR 401.653,84 mit der Aufstellung der Forderungen an Kunden (Tabelle 3.1).

Auswertung des Kreditportfolios

Zum 31. Dezember 2016 betrug die Summe der bei Kreditinstituten (inkl. OeNB) veranlagten Gelder der Wiener Privatbank SE insgesamt EUR 219.786.117,78 (per 31. Dezember 2015: 25.518.288,32). Solche Eigenveranlagungen werden nur bei Kreditinstituten mit guter Bonität / bzw. bei der OeNB durchgeführt.

Die Summe des gesamten Kreditportfolios gegenüber Kunden per 31.12.2016 betrug inklusive Einzelwertberichtigung und Pauschalwertberichtigung EUR 44.749.999,36 (per 31. Dezember 2015: EUR 34.373.236,04).

Das Kreditportfolio gegenüber Kunden exkl. wertgeminderter Forderungen setzt sich zusammen aus:

Einmalbarkredite:

2016: EUR 36.667.904,54

2015: EUR 29.375.096,90

Kontokorrentkredite inklusive interner Rahmen und Überziehungen:

2016: EUR 8.082.094,83

2015: EUR 4.998.139,14

Kreditkonzentrationen:

2016: Die höchste Einzelkreditsumme beträgt per 31. Dezember 2016 EUR 4.000.000,00. Weiters bestanden insgesamt 4 Einzelkredite mit einer Kreditsumme größer EUR 1.000.000,00.

2015: Die höchste Einzelkreditsumme betrug per 31. Dezember 2015 EUR 2.126.875,00. Weiters bestanden insgesamt 11 Einzelkredite mit einer Kreditsumme größer EUR 1.000.000,00.

Das Kreditportfolio ist insbesondere im Immobilienbereich im Großraum Wien akzentuiert, wodurch es in dieser Branche zu einer Risikokonzentration kommt. Zur Begrenzung und Überwachung dieser Risiken wurde ein umfassendes Limitsystem auf Teilkreditportfolioebene (z.B. Bauträger- und Immobilienprojektfinanzierungen, sonstige Immobilienfinanzierungen,...) sowie auf Beteiligungsebene hinsichtlich Immobilienrisiken definiert und werden vom Risikomanagement vierteljährlich auf Einhaltung überwacht. In Ergänzung dazu erfolgt ein laufendes Monitoring des Immobilienmarktes und der Immobilienprojekte im Beteiligungsportfolio. Wiedervorlagen mit einer tourlichen Beurteilung des jeweiligen Engagements erfolgen mindestens jährlich.

Gesamtkreditobligo:

Gesamtkreditobligo gegenüber Kunden per 31.12.2016							
Einmalbarkredite	Rating	Kontokorrent	Rating	Gesamt	Rating	Blanko	Rating
0,00	1	363.493,28	1	363.493,28	1	0,00	1
13.554.865,82	2	4.059.192,12	2	17.614.057,94	2	9.426.710,70	2
21.984.038,72	3	3.592.866,18	3	25.576.904,90	3	21.034.584,64	3
1.129.000,00	4	19.698,21	4	1.148.698,21	4	1.148.698,21	4
0,00	5	18.769,94	5	18.769,94	5	18.769,94	5
0,00	keines	28.075,09	keines	28.075,09	keines	28.075,09	keines
36.667.904,54		8.082.094,83		44.749.999,37		31.656.838,58	

Gesamtkreditobligo gegenüber Kunden per 31.12.2015							
Einmalbarkredite	Rating	Kontokorrent	Rating	Gesamt	Rating	Blanko	Rating
0,00	1	0,00	1	0,00	1	0,00	1
6.580.322,46	2	2.212.183,85	2	8.792.506,31	2	5.486.777,47	2
22.794.774,44	3	2.751.614,98	3	25.546.389,42	3	22.599.733,20	3
0,00	4	0,00	4	0,00	4	0,00	4
0,00	5	0,00	5	0,00	5	0,00	5
0,00	keines	34.340,31	keines	34.340,31	keines	34.340,31	keines
29.375.096,90		14.217.861,36		34.373.236,04		28.120.890,98	

Definition der intern angewandten Bonitätsstufen:

Bonitätsstufe 1 – einwandfreie Bonität

– geringes Ausfallsrisiko

Bonitätsstufe 2 – gute Bonität

– Vermögen > Verbindlichkeiten, Rückzahlungsfähigkeit einwandfrei gegeben, Eigenkapitalverhältnisse und Ertragslage solide

Bonitätsstufe 3 – durchschnittliche Bonität

- Verbindlichkeiten geringfügig höher als Vermögen, Rückzahlungsfähigkeit gegeben, Eigenkapitalverhältnisse und Ertragslage mäßig

Bonitätsstufe 4 – mangelhafte Bonität

- Verbindlichkeiten deutlich höher als Vermögen, Rückzahlungsfähigkeit gefährdet, Eigenkapitalverhältnisse und Ertragslage unzureichend

Bonitätsstufe 5 – unzureichende Bonität

- Überschuldung, Zahlungsunfähigkeit, Einzelwertberichtigungen sowie alle Kreditnehmer, welche den Basel III-Ausfallskriterien entsprechen

Gliederung des Risikovolumens

Gliederung der Kredite (Forderungen an Kunden und Kreditinstitute), Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und der ungewichteten außerbilanziellen Geschäfte in folgende Risikokategorien:

	Betrag in EUR	EWB/ Rückstellungen in EUR	Sicherheiten in EUR
a) ohne erkennbares Ausfallrisiko	414.320.148,08	0,00	14.448.345,16
b) anmerkungsbedürftig (bedürfen intensiver Beobachtung)	4.911.495,03	0,00	103.750,00
c) notleidend (d.h. mit Ausfällen ist zu rechnen)	18.769,94	2.651,69	0,00
d) uneinbringlich	0,00	0,00	0,00
Summe lit. a) bis d)	419.250.413,05	2.651,69	14.552.095,16

Wertberichtigungen

Für wesentliche Engagements mit Hinweisen auf Wertminderungen wird eine Einzelwertberichtigung in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und dem Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes gebildet (DCF-Methode).

Mögliche objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswertes liegen beispielsweise vor bei

- Ausfall oder Verzug eines Schuldners,
- Bei Umstrukturierungen eines dem Konzern geschuldeten Betrags zu Bedingungen, welche der Konzern andernfalls nicht in Betracht ziehen würde,
- Hinweise dass ein Emittent oder Schuldner in Insolvenz geht,
- nachteilige Veränderungen beim Zahlungsstand von Kreditnehmern oder Emittenten,
- Das Verschwinden eines aktiven Markts für ein Wertpapier aufgrund finanzieller Schwierigkeiten oder
- Beobachtbare Daten, welche auf eine merkliche Verminderung der erwarteten Zahlungen einer Gruppe finanzieller Vermögenswerte hindeutet.

Bei nicht einzelwertberichtigten Forderungen werden mögliche Wertminderungen, die bereits zum Bilanzstichtag eingetreten sind, aber von der Bank noch nicht erkannt wurden, durch eine Portfoliowertberichtigung abgedeckt. Die Portfoliowertberichtigung wird mittels eines Expected Loss Models, mit einer Loss Identification Period von 3 Monaten, berechnet.

Einzelwertberichtigungen:

Die Einzelwertberichtigungen per 31.12.2016 betragen EUR 2.651,69 (31. Dezember 2015: EUR 0,00).

Wertberichtigung nach gruppenspezifischen Kriterien:

Die gruppenspezifische Wertberichtigung beträgt per 31. Dezember 2016 EUR 126.385,04 (31. Dezember 2015: EUR 50.753,93).

Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko manifestiert sich in einer Verschlechterung der Bonität und definiert sich als Gefahr der Verringerung der Zahlungsfähigkeit von Kunden bzw. des Marktwertes eines Finanzinstrumentes. Für große Teile der Forderungen auf der Aktivseite wie das gesamte Kreditportfolio sowie sämtliche Fremdkapitalinstrumente des Bankbuches stellt das Bonitätsrisiko einen Risikofaktor dar.

Wesentliche Wertschwankungen resultierend aus dem Bonitätsrisiko sind im Geschäftsjahr nicht aufgetreten.

Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken entstehen grundsätzlich nur im Banken- und Kreditbuch durch Veränderung von Marktzinsen. Dieses Risiko entsteht, wenn die Laufzeiten bzw. die Zinsanpassungszeitpunkte von Aktiva und Passiva nicht übereinstimmen. Das Zinsänderungsrisiko im Konzern ist durch eine geringe Fristentransformation niedrig und wird regelmäßig im Rahmen der Gesamtbanksteuerung überwacht und bewertet.

Neukredite und Prolongationen werden seit April 2015 überwiegend auf Basis des 6-Monats-Euribors vergeben. Davor wurden Zinsbindungen auf Basis des 3-Monats-Euribors vereinbart. Fixzinsvereinbarungen stellen bei Ausleihungen einen geringen Anteil dar. Bei Veranlagungen im Bankbuch in Form von Anleihen werden auch längerfristige Zinsbindungen eingegangen. Die Passivseite besteht zu einem überwiegenden Teil aus Sichteinlagen, wofür die gesetzlichen Fristen für Zinssatzänderungen angewendet werden. Eine Ausnahme bildet das Produkt „Festgeld“. Hier kann es auch zu längerfristigen Zinsbindungen kommen.

Zinsänderungsrisiken werden analog zum Verfahren in der Zinsänderungsrisikostatistik mittels eines 200bp Shifts der Zinsstrukturkurve ermittelt. Hierzu werden die aktuellen Marktzinssätze für alle Restlaufzeiten um 200bp erhöht und die sich daraus ergebende Barwertveränderung der Zinspositionen der WPB errechnet.

Die Messung des Zinsrisikos erfolgt quartalsweise entsprechend den Bestimmungen der Zinsrisikostatistik. Stärkere Schwankungen der Zinsrisiken werden regelmäßig im Rahmen der Gesamtbanksteuerung besprochen und analysiert. Ziel ist es, auch bei Auf- und Abwärtsschocks diese Risiken angemessen zu begrenzen und jederzeit Deckung dafür zu halten. Das Zinsänderungsrisiko per 31. Dezember 2016 beträgt TEUR 1.312 (31. Dezember 2015: TEUR 189)

Währungsrisiko

Das Wechselkursrisiko besteht aus der Veränderung des beizulegenden Zeitwertes oder künftigen Cashflows eines Finanzinstrumentes aufgrund von Wechselkursschwankungen. Der Konzern ist derzeit keinen wesentlichen Währungsrisiken ausgesetzt, es besteht weitgehend Währungskongruenz zwischen der Aktiv- und der Passivseite.

Beteiligungsrisiko

Die Risiken in Beteiligungen werden durch laufende Abweichungsanalysen und quartalsweisen Managementgesprächen mit den Geschäftsführern der Gesellschaften beobachtet, um bei allfälligen

Abweichungen zeitgerecht Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können. Weiters werden die Risiken in Beteiligungen im Rahmen der laufenden Kreditüberwachung und im Rahmen der Gesamtbankrisikosteuerung mitberücksichtigt.

Immobilienrisiko

Der Konzern hat langjährige und umfassende Erfahrung im Immobiliengeschäft. Deshalb liegt der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Konzerns und auch die strategische Ausrichtung der kommenden Geschäftsjahre auf Transaktionen mit „Nähe“ zum Thema „Immobilien“, wie die Führung von Hypothekarkrediten, Umsetzung von Immobilienprojekten, Beteiligungen an Immobilienprojektgesellschaften, Erbringung von Immobiliendienstleistungen und die Entwicklung und der Vertrieb von „immobiliennahen Veranlagungsprodukten“ wie zum Beispiel Vorsorgewohnungen. Damit geht die Wiener Privatbank SE bewusst ein Klumpenrisiko ein, welches bei der ICAAP-Berechnung (Gesamtbankrisikosteuerung) durch einen Kapitalpuffer für dieses Risiko berücksichtigt wird. Um diesem Risiko angemessen Rechnung zu tragen und es adäquat überwachen und steuern zu können, wurde ein standardisiertes Immobilienprojektrating sowie ein Immobilienprojektcontrolling implementiert.

Reputations- und Rechtsrisiko

Durch die Verschmelzung der Wiener Privatbank SE mit der ehemaligen Kapital & Wert Vermögensverwaltung Aktiengesellschaft besteht ein Restrisiko aus Altveranlagungen durch z.B. Kundenbeschwerden aufgrund einer schlechten Wertentwicklung dieser Veranlagungen, und damit verbunden ein Restrisiko aus allfälligen Rückforderungen. Entsprechende Vorsorgen wurden bilanziell gebildet und die Anzahl und Höhe der Rückforderungen werden laufend überwacht. Ebenso werden aktive sowie passive Gerichtsverfahren laufend in einer internen Datenbank überwacht und bei Bedarf werden dazu Vorsorgen gebildet. Eine rechtsfreundliche Vertretung erfolgt jeweils durch spezialisierte Anwaltskanzleien. Damit geht auch ein geringes Reputationsrisiko für den Konzern einher.

Operationales Risiko

Zu den operationalen Risiken zählen nach der Definition von Basel III jene Verluste, die durch menschliches Versagen, fehlerhafte interne Prozesse, Technologieversagen, Katastrophen oder durch externe Ereignisse entstehen.

Im Zuge des bankinternen Prozesses zur Sicherstellung der Kapitaladäquanz (ICAAP) wurden die operationalen Risiken mittels Basisindikatoransatzes berücksichtigt. Die im Risikohandbuch geregelte, tourliche Evaluierung der operationalen Risiken sowie deren Bewertung und die Sensibilisierung der Mitarbeiter finden im „Workshop Risikoanalyse“ statt.

Zur Risikobegrenzung der operationalen Risiken des Konzerns werden folgende Maßnahmen gesetzt:

- Entwicklung und Überarbeitung der Arbeitsrichtlinien
- Führung einer Verlustdatenbank seit Mitte 2008
 - Vollständige Berichterstattung jährlich per 31.12. im Risikobericht
 - Kurzbericht je Quartal
- Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeiter
- Weiterentwicklung des IKS
 - Kontrollstruktur und Risiko-Kontrollmatrizen zur Dokumentation der Kontrollstruktur
 - IKS Berichterstattung

- Berichterstattung der laufenden Projekte im Abteilungs Koordinationsmeeting
- Strategieworkshops
- Systematische Erfassung und Analyse von Kundenbeschwerden und von Gerichtsverfahren
- Durchführung von Risikoanalysen
 - Bankinterner Workshop zur Bewertung der operationellen Risiken

Um die operationalen Risiken besser managen zu können, wird seit 2008 eine Verlustdatenbank geführt, wo Schadensfälle ab EUR 100,00 vom Risikomanagement aufgelistet und dokumentiert werden. Alle Kundenbeschwerden werden ebenfalls zentral gesammelt und zeitnah behandelt.

Das operationelle Risiko der Wiener Privatbank SE wurde wie folgt berechnet:

Betriebsertrag 2014	EUR	14.755.436,64
Betriebsertrag 2015	EUR	14.222.858,58
Betriebsertrag 2016	EUR	19.649.274,04

⇒ durchschnittlicher Betriebsertrag in Höhe von EUR 16.209.189,75

davon 15 vH ergibt das Eigenmittelerfordernis für das operationale Risiko von EUR 2.431.378,46. (per 31.12.2015 EUR 1.905.736,13)

X. Angaben über Organe

Im Geschäftsjahr und bis zur Erstellung des Konzernabschlusses waren folgende Personen als Vorstände tätig:

MMag. Dr. Helmut Hardt
Eduard Berger

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Dr. Gottwald Kranebitter (Vorsitzender)
Mag. Johann Kowar (Vorsitzender-Stellvertreter)
Günter Kerbler
Heinz Meidlinger
Mag. Peter Lazar

Wien, am 18. April 2017

**EDUARD
BERGER**

MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**

MITGLIED DES VORSTANDES

XI. Erklärung der Vorstände über die Einhaltung der INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING Standards (IFRS)

Die Vorstände der Wiener Privatbank SE haben den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2016 bis 31. Dezember 2016 sowie vom 1. Jänner 2015 bis 31. Dezember 2015 in Übereinstimmung mit den vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen und von der Europäischen Union übernommenen International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Der Konzernlagebericht wurde in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften erstellt und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht enthalten alle erforderlichen Angaben, insbesondere sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres und sonstige für die künftige Entwicklung des Konzerns wesentliche Umstände zutreffend erläutert.

Wien, am 18. April 2017

**EDUARD
BERGER**

MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.

**HELMUT
HARDT**

MITGLIED DES VORSTANDES

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der

**Wiener Privatbank SE,
Wien,**

und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2016, der Konzern-Gesamtergebnisrechnung, der Konzerngeldflussrechnung und der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage und der Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften und den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen der §§ 245a UGB sowie 59a BWG

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden
- Zum Handel bestimmte Immobilien
- Erfassung eines passiven Unterschiedsbetrages aus dem Erwerb eines Bankbetriebs

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden

Das Risiko für den Konzernabschluss

Die Forderungen an Kunden werden in der Konzernbilanz nach Abzug der Risikovorsorgen mit einem Betrag in Höhe von 44,3 Mio. EUR ausgewiesen.

Der Vorstand beschreibt den Prozess zur Überwachung des Kreditrisikos und die Vorgehensweise für die Ermittlung der Risikovorsorgen unter Kapitel "III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" sowie im Abschnitt "Kreditrisiko" des Risikoberichtes im Konzernanhang.

Die Bank überprüft im Rahmen der Kreditüberwachung, ob eine Ausfallsgefährdung vorliegt und damit Einzelwertberichtigungen zu bilden sind. Dies beinhaltet insbesondere die Einschätzung, ob Kunden die vertraglich vereinbarten Rückzahlungen in voller Höhe und ohne Verwertung von Sicherheiten leisten können.

Die Berechnung der Einzelrisikovorsorge für ausfallgefährdete, individuell bedeutsame Kunden erfolgt mittels Discounted Cash Flow Methode basierend auf einer Analyse der erwarteten zukünftigen Rückflüsse. Die Einzelrisikovorsorge wird somit von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung der Kreditsicherheiten sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Für ausfallgefährdete, individuell nicht bedeutsame Kunden führt die Bank eine Berechnung der Einzelrisikovorsorge auf Basis gemeinsamer Risikomerkmale, wie unbezahlter Raten und fort-dauerender Limitüberziehungen durch. Diese Einzelrisikovorsorge wird in Abhängigkeit der Verzugstage sowie der Berücksichtigung der vorhandenen Besicherung berechnet.

Für alle als nicht ausfallgefährdet eingestuften Kredite werden abhängig von ihrem jeweiligen Risikoprofil (Ratingstufe) Pauschalwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen werden Ausfallraten je Ratingstufe unter Berücksichtigung von vorhandenen Sicherheiten sowie auf statistischen Annahmen und Erfahrungswerten basierende Parameter verwendet.

Das Risiko für den Konzernabschluss ergibt sich daraus, dass der Identifikation von Ausfallsgefährdung und der Ermittlung der Kreditrisikovorsorgen in bedeutendem Ausmaß die oben beschriebenen Annahmen und Schätzungen zu Grunde liegen, aus denen sich Ermessensspielräume und Schätzunsicherheiten hinsichtlich der Höhe der Risikovorsorge ergeben.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zur Vergabe, Überwachung und Risikovorsorgenbildung von Krediten erhoben sowie beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, eine Ausfallsgefährdung zu erkennen und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Zudem haben wir die relevanten Prozessabläufe analysiert sowie wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse auf ihr Design, ihre Implementierung und Effektivität in Stichproben getestet.

Im Bereich der individuell ermittelten Einzelrisikovorsorge haben wir auf Basis einer Stichprobe von Kunden geprüft, ob eine Ausfallsgefährdung und somit Indikatoren für Wertminderungen von Kunden vorliegen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Im Zuge dessen wurden die Einschätzungen der Bank zu Höhe und Zeitpunkt der Rückflüsse einschließlich der Wertansätze der Sicherheiten dahingehend beurteilt, ob die in der Berechnung verwendeten Annahmen angemessen und von internen oder externen Nachweisen ableitbar sind. Das Auswahlverfahren für die Ermittlung der Stichprobe erfolgte einerseits risikoorientiert auf Basis von Kundenratings, andererseits – bei Kundenkrediten mit geringem Ausfallsrisiko – unter Verwendung eines zufallsorientierten Ansatzes.

Abschließend haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Ermittlung der Risikovorsorge im Konzernanhang angemessen sind.

Zum Handel bestimmte Immobilien

Das Risiko für den Konzernabschluss

Zum Handel bestimmte Immobilien stellen bei der Wiener Privatbank SE einen wesentlichen Anteil der Vermögenswerte dar. Zum 31. Dezember 2016 betrug der Buchwert der zum Handel bestimmten Immobilien rd. 84,9 Mio. EUR.

Der Vorstand beschreibt die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der zum Handel bestimmten Immobilien unter Kapitel "III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" sowie im Abschnitt "Immobilienrisiko" des Risikoberichtes im Konzernanhang.

Ein Teil des Geschäftsmodells des Konzerns ist der Erwerb von Liegenschaften und einer im Rahmen des operativen Geschäftsszyklus beabsichtigte Veräußerung der Liegenschaften. Bei den Liegenschaften handelt es sich sowohl um Wohnhausanlagen als auch um eigene Entwicklungsprojekte im Raum Wien.

Die Bilanzierung solcher Liegenschaften erfolgt gemäß IAS 2 als Vorratsvermögen. Die Bewertung erfolgt mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert zum jeweiligen Bilanzstichtag. Die Beurteilung der Werthaltigkeit der Entwicklungsprojekte basiert auf externen Immobilienbewertungsgutachten nach dem Ertragswertverfahren. Die Überprüfung der Werthaltigkeit der einzelnen Wohnungen erfolgt nach dem Vergleichswertverfahren. Beide Bewertungsmethoden beruhen auf Schätzungen und Ermessungsentscheidungen der Gutachter.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zur Überprüfung, ob Anhaltspunkte für eine Wertaufholung oder Wertminderungen vorliegen, haben wir Gespräche mit den Projektverantwortlichen der Bank geführt und insbesondere die lokalen Marktentwicklungen analysiert.

Diese Analyse umfasste auch eine Überprüfung der externen Verkehrswertgutachten der Immobilien, die Ermittlung der erwarteten Verkaufserlöse und insbesondere die Validierung der zugrunde gelegten Parameter. Unser Fokus lag hierbei auf der Validierung der Kapitalkosten und dem Bewertungsmodell zugrunde gelegte Mieterträge unter Einbeziehung unserer internen Immobilienbewertungsspezialisten.

Die in den Bewertungsgutachten verwendeten Kapitalkosten und die fiktiven Mieten haben wir solchen von vergleichbaren Projekten gegenübergestellt und beurteilt, ob diese innerhalb einer marktüblichen Bandbreite liegen.

Auf Basis des durchgeführten Backtestings bei den bereits abgeschlossenen Transaktionen, haben wir beurteilt, ob die Annahmen für die Ermittlung der Nettoveräußerungswerte angemessen sind und innerhalb der angemessenen Bandbreite liegen.

Abschließend haben wir beurteilt, ob die Angaben zu den zum Handel gehalten Immobilien im Konzernanhang angemessen sind.

Erfassung eines passiven Unterschiedsbetrages aus dem Erwerb eines Bankbetriebs

Das Risiko für den Konzernabschluss

Die Bank erwarb am 1. April 2016 den Bankbetrieb der Valartis Bank (Austria) AG sowie die Beteiligung an der Kapitalanlagegesellschaft im Rahmen eines Asset Deals. Als Kaufpreis für den Bankbetrieb wurde EUR 1 vereinbart. Darüberhinaus leistete die Verkäuferin einen nicht rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von EUR 7 Mio, der teilweise Ersatz für die im Zusammenhang mit der Transaktion angefallenen Aufwendungen darstellt.

Die Bank beschreibt diese Transaktion im Konzernanhang im Punkt "VII. Sonstige Angaben".

Zur bilanziellen Erfassung des Unternehmenszusammenschlusses wurde die Erwerbsmethode nach IFRS 3 angewendet. Im Rahmen der Kaufpreisallokation identifizierte Vermögensgegenstände und übernommene Schulden wurden mit dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt angesetzt. Die Ermittlung des Unterschiedsbetrages aus dem Erwerb ergibt sich aus dem Kaufpreis abzüglich der erworbenen Vermögenswerten und Schulden einschließlich des nicht rückzahlbaren Zuschusses. Der daraus resultierende passive Unterschiedsbetrag wurde zum Erwerbszeitpunkt ertragswirksam in der Konzern-Gesamtergebnisrechnung erfasst.

Das Risiko für den Konzernabschluss ergibt sich aus der Einschätzung des Vorstands hinsichtlich der wirtschaftlichen Gründe für einen passiven Unterschiedsbetrag und der damit zusammenhängenden Analyse des Vorliegens von möglichen Risiken.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben Einsicht in die Verträge und interne Dokumentation des Erwerbs genommen, um den Übergang des wirtschaftlichen Eigentums, sowie den Kaufpreis zum Erwerbszeitpunkt nachzuvollziehen.

Wir haben die Ermittlung des passiven Unterschiedsbetrags im Rahmen der Kaufpreisallokation nachvollzogen. Hierbei haben wir die von der Bank getroffenen Annahmen zur Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der einzelnen Posten dahingehend beurteilt, ob diese widerspruchsfrei und schlüssig sind. Weiters haben wir die rechnerische Richtigkeit des negativen Unterschiedsbetrages überprüft.

Weiters haben wir die Einschätzungen des Managements der wirtschaftlichen Gründe für die Vereinnahmung eines passiven Unterschiedsbetrages hinterfragt und nachvollzogen.

Abschließend haben wir beurteilt, ob die Angaben im Konzernanhang zu dieser Transaktion angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften und den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB sowie 59a BWG ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit der EU-VO und mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Konzernlagebericht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und die diesbezüglichen Bestätigungsvermerke. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen, oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Walter Reiffenstuhl.

Wien, am 18. April 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Konzernabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Konzernabschluss samt Konzernlagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Die unterzeichnenden Mitglieder des Vorstandes bestätigen gemäß § 82 Abs. 4 Z 3 BörseG als gesetzliche Vertreter der Wiener Privatbank SE,

- a) dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernjahresabschluss ihres Wissens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten und der Gesamtheit der in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen vermittelt;
- b) dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage der Gesamtheit der in der Konsolidierung einbezogenen Unternehmen so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass er die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen sie ausgesetzt sind, beschreibt.

Wien, am 18. April 2017

**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

Bericht des Aufsichtsrates

Einleitung

Am 20. November 2015 teilte die Wiener Privatbank SE (im Folgenden auch „Gesellschaft“) mit, dass sie die Übernahme wesentlicher Geschäftstätigkeiten der Valartis Bank (Austria) AG sowie die Erwerbe von deren Beteiligung an der Kapitalanlagegesellschaft (Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.h.) und der Liegenschaft in 1010 Wien, Rathausstraße 20, beabsichtigt. Die entsprechenden Kaufverträge wurden am 18. Dezember 2015 von der Wiener Privatbank SE und der Valartis Bank (Austria) AG unterzeichnet. Nach Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen erfolgte am 1. April 2016 die Übernahme der wesentlichen Geschäftstätigkeiten des Bankbetriebs der Valartis Bank (Austria) AG durch die Wiener Privatbank SE (Closing). Es wurde der Bankbetrieb der Valartis Bank (Austria) AG sowie die Beteiligung an der Kapitalanlagegesellschaft übernommen. Der Erwerb der Liegenschaft in der Rathausstraße 20, 1010 Wien, erfolgte durch eine Joint Venture-Gesellschaft, die mehrheitlich im Besitz der Wiener Privatbank SE steht. Am gleichen Tag hat die Wiener Privatbank SE die Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. an die Semper Constantia Privatbank Aktiengesellschaft weiterveräußert.

Im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluss der Transaktion platzierte die Wiener Privatbank zur weiteren Stärkung der Eigenmittelausstattung im März 2016 eine Pflichtwandelanleihe mit einem Volumen von EUR 5,1 Mio.

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2016 die strategischen Schritte im Rahmen seiner Verantwortung und Befugnisse aktiv begleitet, die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die Geschäftsführung durch den Vorstand der Gesellschaft überwacht und beratend unterstützt. Er hat sich vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gruppe unterrichten lassen.

Personalia

Im Geschäftsjahr 2016 kam es zu keinen personellen Veränderungen im Aufsichtsrat

Tätigkeit im Geschäftsjahr 2016

Der Aufsichtsrat bestand zum 31. Dezember 2016 aus fünf Mitgliedern und hielt im Geschäftsjahr 2016 zehn Sitzungen ab. Außerdem beriet sich der Vorstand der Wiener Privatbank SE mit dem Aufsichtsrat und seinen Ausschüssen bei Bedarf durch Telefonkonferenzen außerhalb von Sitzungen regelmäßig und ausführlich.

Eingeflossen in die Tätigkeiten des Aufsichtsrates sind weiters auch die Ergebnisse und wesentlichen Inhalte der **folgenden Ausschüsse**:

ad Prüfungs- und Risikoausschuss:

Der **Prüfungs- und Risikoausschuss** der Wiener Privatbank SE setzt sich aus denselben Mitgliedern wie der Aufsichtsrat der Wiener Privatbank SE zusammen. Die Aufgaben dieses Ausschusses sind in zwei Bereiche aufgeteilt: Werden Themen der Rechnungslegung bzw. des Internen Kontrollsystems (IKS)

behandelt, wird der Prüfungs- und Risikoausschuss funktionell als Prüfungsausschuss tätig. Stehen Themen der Risikobereitschaft bzw. –strategie zur Diskussion und Beschlussfassung an, wird der Prüfungs- und Risikoausschuss funktionell als Risikoausschuss tätig. Dazu im Einzelnen:

Der **Prüfungs- und Risikoausschuss** ist gemäß § 63a Abs. 4 BWG als „**Prüfungsausschuss**“ für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses sowie die Erteilung von Empfehlungen oder Vorschlägen zur Gewährleistung seiner Zuverlässigkeit, für die Überwachung der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems sowie des Risikomanagementsystems der Gesellschaft verantwortlich. Die Überwachung der Abschlussprüfung und der Konzernabschlussprüfung (unter Einbeziehung von Erkenntnissen und Schlussfolgerungen in Berichten, die von der Abschlussprüferaufsichtsbehörde nach § 4 Abs. 2 Z 12 APAG veröffentlicht werden), die Prüfung und Überwachung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers), insbesondere im Hinblick auf die für die Wiener Privatbank SE erbrachten zusätzlichen Leistungen, gehören ebenso zu seinen Tätigkeiten. Ferner hat der Prüfungsausschuss über das Ergebnis der Abschlussprüfung an den Aufsichtsrat zu berichten und darzulegen, wie die Abschlussprüfung zur Zuverlässigkeit der Finanzberichterstattung beigetragen hat und welche Rolle der Prüfungsausschuss dabei eingenommen hat.

Weiters obliegt ihm die Prüfung und Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses, des Lageberichtes, des Corporate Governance Berichtes, des Vorschlages für die Gewinnverteilung für das jeweilige Geschäftsjahr und die Prüfung des Konzernabschlusses und des -lageberichtes sowie die Erstattung des Berichtes über die Prüfungsergebnisse an den Aufsichtsrat. Dazu zählt auch die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers (Konzernabschlussprüfers) unter Bedachtnahme auf die Angemessenheit des Honorars sowie die Empfehlung für die Bestellung des Abschlussprüfers.

Der Prüfungsausschuss ist ebenso verantwortlich für die Genehmigung von Nichtprüfungsleistungen (gemäß der Verordnung (EU) Nr. 537/2014) durch den Abschlussprüfer unter Bedachtnahme auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen.

Die Interne Revision hat ordnungsgemäß über die Prüfungsgebiete und die wesentlichen Prüfungsfeststellungen quartalsweise dem Prüfungsausschuss Bericht erstattet.

Ebenfalls ist der **Prüfungs- und Risikoausschuss** gemäß § 39d BWG als „**Risikoausschuss**“ verantwortlich für die Beratung der Geschäftsleitung hinsichtlich der aktuellen und zukünftigen Risikobereitschaft und Risikostrategie der Wiener Privatbank SE, die Überwachung der Umsetzung dieser Risikostrategie im Zusammenhang mit der Steuerung, Überwachung und Begrenzung von Risiken (Risikosorgfaltspflichten), der Eigenmittelausstattung und der Liquidität. Weiters obliegt ihm die Überprüfung, ob die Preisgestaltung der von der Wiener Privatbank SE angebotenen Dienstleistungen und Produkte das Geschäftsmodell und die Risikostrategie der Wiener Privatbank SE angemessen berücksichtigt, wobei der Risikoausschuss gegebenenfalls einen Plan mit Abhilfemaßnahmen vorlegen wird. Des Weiteren überprüft der Risikoausschuss, ob bei den vom internen Vergütungssystem angebotenen Anreizen das Risiko, das Kapital, die Liquidität und die Wahrscheinlichkeit und der Zeitpunkt von realisierten Gewinnen berücksichtigt werden.

Der Leiter der Risikomanagementabteilung hat an allen Sitzungen des Risikoausschusses im Geschäftsjahr 2016 teilgenommen und über Risikoarten und die Risikolage der Wiener Privatbank SE

berichtet. Er hat dabei auf mögliche riskante Entwicklungen hingewiesen, welche sich auf die Wiener Privatbank SE möglicherweise negativ ausgewirkt hätten.

Der Prüfungs- und Risikoausschuss hat unter Anwesenheit des Bankprüfers der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 zweimal getagt.

ad BWG Ausschuss und Ausschuss für dringliche Angelegenheiten:

Der **BWG Ausschuss und Ausschuss für dringliche Angelegenheiten** hielt im Geschäftsjahr 2016 neun Sitzungen ab und hatte insbesondere über Organgeschäfte (§ 28 Abs. 1, 3 und 4 BWG), Großkredite (§ 28b BWG) sowie über Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen zu entscheiden. Dem BWG Ausschuss und Ausschuss für dringliche Angelegenheiten obliegt ferner die Genehmigung von etwaigen weiteren Geschäften, für welche das Gesetz oder die Satzung eine Zustimmung des Aufsichtsrates vorsieht, sofern nicht die Zuständigkeit eines anderen Ausschusses normiert ist. Des Weiteren ist er für den Abschluss von Verträgen mit Mitgliedern des Aufsichtsrates zuständig, durch die sich diese außerhalb ihrer Tätigkeit im Aufsichtsrat gegenüber der Gesellschaft oder einem Tochterunternehmen zu einer Leistung gegen ein nicht bloß geringfügiges Entgelt verpflichten. Dies gilt auch für Verträge mit Unternehmen, an denen ein Aufsichtsratsmitglied ein erhebliches wirtschaftliches Interesse hat.

ad Vergütungs- und Nominierungsausschuss:

Der **Vergütungs- und Nominierungsausschuss** ist einerseits für Vergütungsthemen und andererseits für Nominierungsthemen zuständig.

Der **Vergütungsausschuss** ist gemäß § 39c Abs. 2 BWG für die Vorbereitung von Beschlüssen zum Thema Vergütung, einschließlich solcher, die sich auf Risiko und Risikomanagement auswirken, verantwortlich. Er ist ebenso für die Überwachung der Vergütungspolitik, der Vergütungspraktiken und der vergütungsbezogenen Anreizstrukturen, insbesondere unter Berücksichtigung von Risiken, der Eigenmittelausstattung, der Liquidität und der langfristigen wirtschaftlichen Interessen (Aktionäre, Investoren, Mitarbeiter sowie die Volkswirtschaft) zuständig. Ebenso ist dieser mit der Beschlussfassung über die Bonifikation der Vorstände und der leitenden Angestellten betraut.

Unter die Aufgaben des **Nominierungsausschusses** gem. § 29 BWG fallen insbesondere die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder und der Aufsichtsratsmitglieder. Weiters obliegen ihm der Abschluss der Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder sowie deren Geschäftsverteilung. Er ist ebenso für die Ermittlung von Bewerbern für die Besetzung frei werdender Stellen im Vorstand zuständig. Dafür hat der Nominierungsausschuss dem Aufsichtsrat entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Der Nominierungsausschuss hat im Rahmen seiner Aufgaben die Ausgewogenheit und Unterschiedlichkeit der Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung der Organe im Hinblick auf Bewerbungen zu berücksichtigen, eine Aufgabenbeschreibung mit Bewerberprofil zu erstellen und den mit der Aufgabe verbundenen Zeitaufwand anzugeben. Auch ist er für die Festlegung und Entwicklung zur Erreichung einer Zielquote für das unterrepräsentierte Geschlecht im Vorstand und im Aufsichtsrat verantwortlich.

Der Nominierungsausschuss ist ferner für die Befreiung der Vorstandsmitglieder vom Wettbewerbsverbot gemäß § 79 AktG zuständig. Er hat weiters darauf zu achten, dass die Entscheidungsfindung in den Organen nicht durch eine einzelne Person oder kleine Gruppen dominiert wird.

Der Nominierungsausschuss bewertet (regelmäßig, beziehungsweise im Bedarfsfall) die Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates und unterbreitet dem Aufsichtsrat nötigenfalls Änderungsvorschläge.

Der Nominierungsausschuss hat ferner eine regelmäßige Re-Evaluierung der Organe durchzuführen. Weiters überprüft er den Kurs des Vorstandes bei der Auswahl des höheren Managements und unterstützt den Aufsichtsrat bei der Erstellung von Empfehlungen an den Vorstand. Der Vergütungs- und Nominierungsausschuss hat im Geschäftsjahr 2016 dreimal getagt.

Konsolidierter Corporate Governance Bericht gemäß § 243b UGB – Österreichischer Corporate Governance Kodex

Die Wiener Privatbank orientierte sich auch im Geschäftsjahr 2016 am österreichischen Corporate Governance Kodex und befolgte die wesentlichen Richtlinien des Kodex. Dennoch hat sich die Gesellschaft dem österreichischen Corporate Governance Kodex nicht unterworfen, weil die Wiener Privatbank die üblichen Standards für verantwortungsvolle Unternehmensführung auch ohne formelles Bekenntnis zu einem bestimmten Kodex einhält und ein hohes Maß an Transparenz gegenüber ihren Aktionären gewährleistet.

Jahresabschluss 2016

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2016 und der Lagebericht der Wiener Privatbank SE sowie der Konzernabschluss und Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2016 wurden durch die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung hat nach ihrem abschließenden Ergebnis keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Der Abschlussprüfer hat daher bestätigt, dass der Jahresabschluss der Wiener Privatbank SE unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Weiters wurde der vom Vorstand in Anwendung von § 245a UGB und § 59a BWG nach den Vorschriften der am Abschlussstichtag verpflichtend anzuwendenden, vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen, International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss und der Konzernlagebericht der Wiener Privatbank SE für das Geschäftsjahr 2016 von der KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Die Prüfberichte des Abschlussprüfers und des Konzernabschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der Prüfungs- und Risikoausschuss hat den Jahresabschluss 2016 samt Lagebericht einschließlich des Vorschlages für die Gewinnverwendung und des Konsolidierten Corporate Governance Berichtes und den Konzernabschluss 2016 samt dem Konzernlagebericht geprüft und die Feststellung des Jahresabschlusses durch den Aufsichtsrat vorbereitet. Der Prüfungs- und Risikoausschuss (funktionell als Prüfungsausschuss) des Aufsichtsrats ist sich seiner Verpflichtung, einen Bericht gemäß § 92 AktG zu verfassen bewusst und hat sich mit dieser Berichterstattungspflicht auseinander gesetzt. Von einer Berichterstattung an den Aufsichtsrat wurde jedoch wegen der Personengleichheit Abstand genommen. Der Aufsichtsrat hat alle Unterlagen geprüft und hat sich in seiner Sitzung vom 27. April 2017 mit dem Jahresabschluss und dem Konzernabschluss 2016 einverstanden erklärt und den Jahresabschluss 2016

gebilligt, der damit festgestellt ist. Der Aufsichtsrat schließt sich dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes an.

Der Aufsichtsrat der Wiener Privatbank SE schlägt nach Abstimmung mit dem Prüfungs- und Risikoausschuss und Durchführung einer Ausschreibung für das Geschäftsjahr 2018 die KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, 1090 Wien, Porzellangasse 51, als Abschlussprüfer (Bankprüfer) vor.

Wien, am 27. April 2017

Für den Aufsichtsrat

Der Vorsitzende
Dr. Gottwald Kranebitter

JAHRESABSCHLUSS DER WIENER PRIVATBANK SE

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2016

 **WIENER PRIVATBANK**

www.wienerprivatbank.com

DVR 0812102

UID ATU59070249

FN 84890p, **HG** Wien

BIC WIPBATWW

Wiener Privatbank SE

Parkring 12, 1010 Wien

T +43 1 534 31 – 0

F +43 1 534 31 – 710

office@wienerprivatbank.com

LAGEBERICHT JAHRESABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr 2016

WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Das weltwirtschaftliche Umfeld war im Jahr 2016 von einem stagnierenden Welthandel, geringen Investitionen sowie niedrigen Zinsen geprägt. Das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern war weiterhin rückläufig, in den Industriestaaten setzte sich die moderate Erholung fort. Insgesamt wuchs die Weltwirtschaft nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds im Jahr 2016 um 2,3 %, nach 3,1 % im Vorjahr. In der Eurozone reduzierte sich das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes auf 1,7 % (2015: 1,9 %). Während die europäische Zentralbank ihre expansive Geldpolitik fortführte, hob die US-amerikanische Notenbank den Leitzins wieder an.

In Österreich fiel die Wirtschaftserholung im Jahr 2016 mit einem BIP-Wachstum von 1,5 % (2015: 0,9 %) deutlich positiv aus. Treiber der etwas stärkeren Erholung war primär die Entlastung der Einkommen durch die Steuerreform 2015/16, die den privaten Konsum antrieb. Die Lage am Arbeitsmarkt war weiterhin angespannt, blieb jedoch stabil, sodass die Arbeitslosenquote mit 9,1 % (2015: 9,2 %) annähernd gleich blieb. Die Inflationsrate blieb 2016 mit 0,94 % (2015: 0,9 %) ebenso auf gleichem Niveau.

Quellen: IWF, OeNB, AMS, eurostat, statista

MARKTUMFELD UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Kapitalmarkt

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde im Jahr 2016 stark von politischen Überraschungen, deren Bedeutung weit über das Jahr 2016 hinausreichen, geprägt. Neben dem Brexit im Juni wirkten sich auch der unerwartete Wahlausgang in den USA im November und das Scheitern der italienischen Verfassungsreform im Dezember auf die Ergebnisse aus. Trotz Turbulenzen innerhalb des Jahres konnten die meisten Börsen das Jahr jedoch mit einem deutlichen Plus abschließen. Der deutsche Leitindex DAX verzeichnete einen Kurszuwachs von 6,87 %, der österreichische Leitindex ATX ein Plus von 9,2 %. Auch die US-amerikanischen Indizes schlossen deutlich positiv. Der Eurostoxx 50 konnte mit 0,08 % hingegen kaum zulegen.

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und des erhöhten Geldvermögens (10/2016: EUR 610 Mrd.) setzten österreichische Privatanleger im Jahr 2016 verstärkt auf Investmentfonds, vor allem Rentenfonds. So stieg das Fondsvolumen der österreichischen Investmentfondsbranche im Berichtsjahr auf EUR 173 Mrd. (12/2016: EUR 168 Mrd.). Weiters erfreuten sich Unternehmensanleihen großer Beliebtheit, wodurch die Wiener Börse mit 48 Corporate Bonds bei einem Gesamtvolumen von erstmals EUR 7,5 Mrd. das Berichtsjahr mit einem Rekord bei Anzahl und Gesamtvolumen abschließen konnte. Im Vergleich dazu verzeichnete das europäische IPO-Geschäft jedoch 2016 starke Einbußen: nur 174 Börsenneulinge (-36 %) sammelten halb so viel Geld ein (31,7 Mrd. Dollar, -49 %), da der Markt nach dem Brexit-Votum abrupt abbremsste.

Das Kerngeschäftsfeld Kapitalmarkt entwickelte sich im Geschäftsjahr 2016 zufriedenstellend. Hauptverantwortlich dafür waren die gestiegene Nachfrage nach Aktien- und Fondsinvestments sowie weitere Mittelzuflüsse im Bereich Vermögensverwaltung. Die von der Wiener Privatbank-Gruppe gemanagten Investmentfonds entwickelten sich 2016 besser als ihre Benchmarks. Die Wiener Privatbank konnte 2016 die Wiener Stadthäuser Anleihe 2016-2026 mit einem Volumen von EUR 5,5 Mio. erfolgreich am Markt platzieren. Auch das Brokerage-Geschäft entwickelte sich positiv, und das unabhängige Aktien-Research war bei kapitalmarktaffinen Kunden stark nachgefragt. Ende 2016 beliefen sich die Assets under Management der Wiener Privatbank auf rund EUR 1,8 Mrd. Die Kundenzahl blieb bei rund 12.000 stabil.

Quellen: Bloomberg, EY, VÖIG, Wiener Börse

Immobilien

Die Immobilientransaktionen erreichten im Geschäftsjahr 2016 mit einem Immobilien-Investitionsvolumen von rund EUR 26,9 Mrd. ein Rekordhoch. Die Nachfrage am Wiener Wohnimmobilienmarkt war getrieben von demografischen Megatrends wie dem Bevölkerungswachstum sowie dem historisch niedrigen Zinsniveau. Laut Berechnungen von Statistik Austria war die Preisdynamik im Jahr 2016 deutlich höher als in den Jahren davor. Die Preise für gebrauchte Eigentumswohnungen stiegen in der Berichtsperiode um 9,4 %, jene für neue Eigentumswohnungen um 3,8 %. Im Vergleich dazu erhöhten sich die Mietpreise leicht um 2,20 %. Am Wiener Zinshausmarkt zeigten sich im Jahr 2016 sowohl beim Transaktionsvolumen als auch bei den Preisen deutliche Aufwärtstrends. Die Wiener Privatbank konnte sowohl beim Verkauf bei den Parkapartments am Belvedere in Kooperation mit SIGNA als auch beim Vertrieb der Vorsorgewohnung+ aufgrund der hohen Nachfrage deutliche Erfolge verbuchen.

Quellen: RE/MAX, Statistik Austria, Immobilienpreisspiegel der WKO

Übernahme der Valartis Bank (Austria) AG

Nach Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen erfolgte am 1. April 2016 plangemäß das Closing der Übernahme wesentlicher Geschäftstätigkeiten des Bankbetriebs der Valartis Bank (Austria) AG (inklusive der Beteiligung an der Kapitalanlagegesellschaft) durch die Wiener Privatbank SE. Durch die Übernahme konnte die Wiener Privatbank ihre Position am Private Banking-Markt deutlich stärken, die Geschäftsbasis internationalisieren sowie das Dienstleistungs- und Produktportfolio erweitern. Im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluss der Transaktion emittierte die Wiener Privatbank eine Wandelanleihe mit einem Volumen von EUR 5,1 Mio. und einer Laufzeit von einem Jahr. Die Zeichnungsfrist für die nachrangige Pflichtwandelanleihe lief von 9. bis 30. März 2016.

Die Wiener Privatbank verkaufte die Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. an die Semper Constantia Privatbank Aktiengesellschaft weiter. Die Vertragsunterzeichnung fand am 1. April 2016 statt. Die Semper Constantia übernahm damit, wie bereits für alle anderen Wiener Privatbank-Fonds, auch für die Valartis-Fonds die KAG- und Depotbank-Funktion. Das Management ausgewählter Valartis-Fonds verblieb bei der Wiener Privatbank-Gruppe (Matejka & Partner). Die Wiener Privatbank behielt damit ihren strategischen Fokus auf Asset- und Fonds-Management bei.

GESCHÄFTSERGEBNIS, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Wiener Privatbank verzeichnete im Jahr 2016 eine weitgehend stabile Geschäftsentwicklung. In Folge der Übernahme wesentlicher Geschäftsbereiche der Valartis Bank (Austria) AG per 1. April 2016 ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt gegeben.

Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bankbetriebes leistete die Verkäuferin einen Zuschuss an die Wiener Privatbank SE. Dieser wurde zum Teil für diverse Aufwendungen iZm mit dieser Transaktion verwendet; der andere Teil des Zuschusses welcher durch die Realisation stiller Reserven ergebniswirksam vereinnahmt wurden finden sich mit rd. EUR 3,6 Mio in der Position „Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften“ sowie mit rund EUR 0,3 Mio im Bewertungsergebnis wieder.

Unter Berücksichtigung der oben angeführten Informationen konnte der Nettozinsertrag von EUR 1,91 Mio. auf EUR 2,43 Mio. im Jahr 2016 gesteigert werden. Die Betriebserträge erhöhten sich auf EUR 19,65 Mio. (2015: EUR 14,22 Mio.). Die Betriebsaufwendungen erhöhten sich aufgrund von Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit der Übernahme wesentlicher Geschäftstätigkeiten des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG von EUR 8,56 Mio. auf EUR 14,03 Mio. im Jahr 2016. Dementsprechend blieb das Betriebsergebnis nahezu unverändert auf EUR 5,62 Mio., nach EUR 5,66 Mio. in der Vorjahresperiode. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit kam bei EUR 10,04 Mio. zu liegen, nach EUR 3,07 Mio. im Jahr 2015. Der Jahresüberschuss steigerte sich auf EUR 7,93 Mio. (2015: EUR 3,32 Mio.).

Die Bilanzsumme der Wiener Privatbank erhöhte sich zum Stichtag 2016 auf EUR 431,12 Mio., nach EUR 117,82 Mio. zum Ultimo 2015. Durch den Zugang von Aktiv- und Passivpositionen iHv. EUR 301,9 Mio. per 1. April 2016 in Folge der Übernahme wesentlicher Geschäftsbereiche der Valartis Bank (Austria) AG ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt gegeben. Der größte Zugang erfolgte aktivseitig in der Position Guthaben bei Zentralnotenbanken (EUR 68,4 Mio), Forderungen an Kreditinstitute (EUR 85,8 Mio) und in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (EUR 130,4 Mio). Passivseitig gingen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden iHv. EUR 291,9 Mio) zu.

Die Eigenmittel gemäß CRR erhöhten sich um fast 25 % (unter Berücksichtigung der Wandelschuldverschreibung) auf EUR 39,35 Mio. (31. Dezember 2015: EUR 31,49 Mio.).

FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Die Kernkapitalquote der Wiener Privatbank blieb trotz der Ausweitung der Bilanzsumme von EUR 117,82 Mio. auf EUR 431,12 Mio. zum Ultimo 2016 im Vergleich zum Vorjahr auf rund 17,30 % (31. Dezember 2015: 20,05 %) und befindet sich weiterhin auf einem für die Bankenbranche überdurchschnittlich hohen Niveau. Die Gesamtkapitalquote blieb mit 17,30 % auf dem gleichen Wert des Vorjahres.

Die Ertragskennzahlen der Wiener Privatbank entwickelten sich im Geschäftsjahr 2016 wie folgt: Die Cost-Income-Ratio (CIR) erhöhte sich auf 71,41 %, nach 60,21 % im Jahr 2015. Der Return on Equity (ROE) konnte auf 21,78 % gesteigert werden (2015: 9,88 %). Ebenso konstant entwickelte sich der Return on Assets (ROA) mit einem Wert von 2,89 %, nach 2,70 % im Jahr 2015.

RISIKOBERICHT

Im Zentrum der Risikopolitik der Wiener Privatbank steht der Grundsatz eines ausgewogenen Verhältnisses von Risiko und Rendite. Die Risikosituation im Geschäftsjahr 2016 war weiterhin von konjunkturellen Risiken sowie von der Integration des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG geprägt. In diesem Zusammenhang wurde wieder das höchste Augenmerk auf die systematische Verbesserung, Überwachung und Weiterentwicklung der Indikatoren und Verfahren zur Identifikation, Messung und Steuerung der Risiken gelegt. Der effektive Umgang mit Risiken sowie die frühzeitige Identifikation und Realisierung von Chancen wird durch eine eigene Risikomanagementabteilung kontrolliert.

Den wesentlichen Risiken tritt die Wiener Privatbank wie in der folgenden Tabelle beschrieben entgegen.

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Marktrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung von Bewertungsparametern wie Wertpapierkurse oder Zinssätze 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch Wertveränderungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende Beobachtung durch das Risikomanagement – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Liquiditätsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Mangelnde Möglichkeiten zur Beschaffung von Finanzmitteln zur Begleichung von Verpflichtungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Eingeschränkte Investitionsmöglichkeiten – Belastung der Liquiditätsposition durch Abflüsse liquider Mittel 	<ul style="list-style-type: none"> – Liquiditätsüberwachung durch Treasury – Klar festgelegte Limits – Festlegung Counterbalance Capacity – Durchführung von Stress-Tests – Vorhaltung eines Liquiditätspuffers
Kreditrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Ausfall von Kreditnehmern bzw. Gegenparteien 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Direktabschreibungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Umfassende Bonitätsprüfung der Kreditnehmer – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Risiko	Auswirkung	Gegensteuerung
Beteiligungsrisiko (als Teil des Kreditrisikos) <ul style="list-style-type: none"> – Abwertung des Beteiligungsansatzes 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Direktabschreibungen 	<ul style="list-style-type: none"> – Jährliche Budgeterstellung – Laufende Managementgespräche zur Beurteilung der wirtschaftlichen Situation – Klar festgelegte Limits – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Bonitätsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Verschlechterung der Bonität bzw. Zahlungsfähigkeit von Kunden 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses durch höhere Risikovorsorgen / Marktwertveränderung 	<ul style="list-style-type: none"> – Ständige Beobachtung im Rahmen eines strukturierten Reportings
Zinsänderungsrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Veränderung der Marktzinsen 	<ul style="list-style-type: none"> – Veränderung des Werts von Finanzinstrumenten – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Geringe Fristentransformation – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung
Operationelles Risiko <ul style="list-style-type: none"> – Fehlerhafte interne Prozesse – Technologieversagen – Katastrophen bzw. externe Ereignisse 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Laufende Entwicklung und Überarbeitung der Arbeitsrichtlinien – Führung einer Verlustdatenbank – Strategieworkshops und Schulungsmaßnahmen – Internes Kontrollsystem
Immobilienrisiko <ul style="list-style-type: none"> – Konzentrationsrisiko im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell 	<ul style="list-style-type: none"> – Belastung des Jahresergebnisses 	<ul style="list-style-type: none"> – Definition von Risikoleitlinien für Immobilienengagements – Klar festgelegte Limits – Umfassende Bewertung mittels Immobilienrating – Regelmäßige Überwachung und Bewertung im Rahmen der Gesamtbanksteuerung

Die Wiener Privatbank war zum Bilanzstichtag keinen wesentlichen Währungsrisiken ausgesetzt. Die rechtlichen Risiken werden durch eine eigene Rechtsabteilung sowie durch Kooperation mit unabhängigen Rechtsanwälten überwacht und minimiert.

Der Vorstand hat Ende 2016, in Anbetracht der aktuellen Risikosituation, keine bestandsgefährdenden oder andere ernsthafte Risiken für die Wiener Privatbank SE identifiziert.

Risikomanagement und internes Kontrollsystem

Nach üblichen Bankenstandards werden Risiken über das Risikomanagement identifiziert, gemessen und gesteuert. In der Wiener Privatbank SE ist eine klare Trennung zwischen den Marktteilungen und der Risikobeurteilung/Risikokontrolle implementiert. Die Grundsätze und Methoden für das Management betriebswirtschaftlicher Risiken sind in Handbüchern und internen Richtlinien festgelegt. Das Risikomanagement der Wiener Privatbank SE ist dem Vorstand Marktfolge zugeordnet.

Das Kreditrisiko inklusive dem Beteiligungsrisiko ist das größte Risiko, mit dem die Wiener Privatbank SE konfrontiert ist. Die Marktfolgeabteilungen beurteilen alle Finanzierungs- und Beteiligungsanträge (Grundsatz der Doppelvotierung entsprechend den Mindeststandards für das Kreditgeschäft der FMA) und bestätigen auf Basis der im Einsatz befindlichen Modelle die jährlich neu zu erstellenden Bonitätsbeurteilungen. Darüber hinaus werden Engagements mit erhöhtem Risikoprofil identifiziert und gemeinsam mit der betreuenden Marktteilung Maßnahmen zur Risikoreduktion vereinbart. Neben dem Kreditrisiko wird zwischen Markt-, Liquiditäts- und operationellen Risiken unterschieden. Die Messung des Marktrisikos erfolgt in Form des Value at Risk. Um die ungünstigen Effekte extremer Marktbewegungen zu simulieren, werden Stress-Tests durchgeführt. Die zentrale Steuerungsgröße im Zusammenhang mit dem Risikomanagement ist das ökonomische Eigenkapital. Eine Risikotragfähigkeitsrechnung stellt die Gesamtrisikoposition in einer ökonomischen Betrachtung dar. Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität auch in adversen Szenarien wird ein Liquiditätspuffer vorgehalten, welcher regelmäßig angepasst und über Stress-Tests validiert wird. Das Immobilienrisiko sowie das Konzentrationsrisiko manifestieren sich hauptsächlich in den genannten Hauptrisikokategorien. Es bestehen klare Leitlinien und Limitierungen zur Begrenzung und Steuerung dieser Risiken.

Auch im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist ein internes Kontrollsystem im Einsatz. Die Kontrollen werden durch entsprechende organisatorische Maßnahmen, die in die Unternehmensprozesse integriert sind, gewährleistet. Die für die Rechnungslegung und das Controlling zuständige Einheit ist unabhängig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Markteinheit der Bank. Die Bank verfügt über Funktionstrennungen bei der Buchungseingabe und der anschließenden Buchungsfreigabe in das zentrale IT-System. Personen aus den Marktbereichen können keine Buchungsfreigaben tätigen. Somit zählen das Vier-Augen-Prinzip, Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich und Zahlungsrichtlinien zu den präventiven Kontrollen. Arbeitsrichtlinien enthalten Regelungen, die einen korrekten Arbeitsablauf garantieren und sicherstellen, dass betriebliche Vorgänge, die regelmäßig anfallen, einheitlich abgewickelt werden. Stellenbeschreibungen enthalten genaue Beschreibungen des Aufgabenbereiches des jeweiligen Mitarbeiters sowie die personelle Zuordnung. Regelmäßig erfolgen Prüfungen der Konten und deren Bewertungen.

Die internen Kontrollsysteme und das Risikomanagement werden von der dem Vorstand unterstellten Abteilung Interne Revision überprüft.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Hinsichtlich dieses Punkts wird auf den Anhang verwiesen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Bank sind Forschung und Entwicklung nicht in einer eigenen F&E-Abteilung angesiedelt. Es werden daher auch keine eigenen Mittel für Forschung und Entwicklung aufgewendet oder ausgewiesen.

AKTIEN DER GESELLSCHAFT UND STELLUNG DER AKTIONÄRE

Das Grundkapital der Wiener Privatbank betrug zum 31. Dezember 2016 unverändert EUR 9.706.697,06 (2015: EUR 9.706.697,06) und war in 4.276.078 Stückaktien eingeteilt. Der auf die einzelne Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals belief sich damit ebenso unverändert auf EUR 2,27.

Sämtliche Aktien sind in einer veränderbaren Sammelurkunde verbrieft, die bei der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft, Am Hof 4, 1010 Wien, als Wertpapiersammelbank hinterlegt ist. Eine Einzelverbriefung der Aktien ist satzungsgemäß ausgeschlossen. Alle zum Bilanzstichtag ausgegebenen Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Wiener Börse zugelassen. Die ISIN der Aktien lautet AT0000741301. Im Geschäftsjahr 2016 waren gemäß IAS 33.30 durchschnittlich 4.276.078 Aktien im Umlauf. Jede Aktie gewährt das Recht zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts, wobei jede Aktie eine Stimme gewährt. Kein Aktionär verfügt daher über besondere Kontrollrechte. Stimmrechtsbeschränkungen aufgrund von Vereinbarungen zwischen Aktionären sind dem Vorstand nicht bekannt.

Nach Kenntnis des Vorstandes hielten die Kernaktionäre per 31. Dezember 2016 folgende Anteile: Die K5 Beteiligungs GmbH 18,77 %, die Kerbler Holding GmbH 17,92 %, die J.K. Beteiligungs GmbH 10,79 %, die Kowar KG 10,42 %, Günter Kerbler 7,85 %, MMag. Dr. Helmut Hardt 6,36 % sowie die Toem GmbH (Eduard Berger) 5,00 %. Diese Rechtsträger gehen iSv § 92 Z 7 BörseG gemeinsam mit der SONNE Privatstiftung sowie Herrn Mag. Johann Kowar vor. Die Kernaktionäre verfügten per 31. Dezember 2016 über eine Beteiligung von 78,68 % am Grundkapital der Wiener Privatbank. Herbert Schoderböck ist mittelbar über die Gesellschaft Alpha Global Ltd. an der Wiener Privatbank beteiligt und verfügte über einen Anteil von 9,94 % am Grundkapital. Der Rest der Aktien befand sich zum 31. Dezember 2016 in Streubesitz.

In der außerordentlichen Hauptversammlung am 29. Dezember 2015 wurde der Vorstand gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 30. November 2020 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 4.853.348,53 durch Ausgabe von bis zu 2.138.039 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100 % des anteiligen Betrages des Grundkapitals in einer oder in mehreren Tranchen gegen Bareinlage zu erhöhen. Weiters wurde der Vorstand gemäß § 174 Abs. 2 AktG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf den Erwerb von Aktien der Gesellschaft verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, auszugeben. Zudem erfolgte die Ermächtigung des Vorstands zur bedingten Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu Nominale EUR 2.837.500,00 durch Ausgabe von bis zu 1.250.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden Stammaktien zur Ausgabe an Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen.

Der Vorstand der Wiener Privatbank hat am 30. März 2016, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, beschlossen, Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von EUR 5.100.000,00 per 1. März 2016 zu begeben (die "Wandelschuldverschreibungen").

Die Laufzeit der Wandelschuldverschreibungen, mit denen eine Wandlungspflicht in neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Wiener Privatbank zum Wandlungspreis von EUR 7,00 je neuer Aktie verbunden ist, endete am 31. März 2017. Eine Wandelschuldverschreibung im Nominale von EUR 50.000,00 bedingte die Wandlung in 7.142 neue Aktien; soweit sich für mehrere Schuldverschreibungen bei der Durchführung der Pflichtwandlung Bruchteile von Aktien ergaben, wurden alle sich aus der Wandlung dieser Schuldverschreibungen ergebenden Bruchteile von Aktien

addiert und die sich infolge der Addition der Bruchteile etwa ergebenden ganzen Aktien an den betreffenden Anleihegläubiger geliefert (zuzüglich Barausgleich für Spitzenbeträge).

In diesem Zusammenhang wird auf die Ereignisse nach dem Bilanzstichtag in diesem Dokument hingewiesen.

VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden von der Hauptversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen oder zwei Stellvertreter. Sich nicht unmittelbar aus dem Gesetz ergebende Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrats betreffen § 9 Pkt. 4 der Satzung, wonach für die Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats vor Abschluss der Funktionsperiode eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen auf der Hauptversammlung erforderlich ist.

Die Gesellschaft hat weder mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats noch mit Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots Entschädigungsvereinbarungen abgeschlossen. Für beide Mitglieder des Vorstands besteht eine bei börsennotierten Gesellschaften branchenübliche Change-of-Control-Klausel.

Der Aufsichtsrat der Wiener Privatbank SE bestand im Geschäftsjahr 2016 aus Dr. Gottwald Kranebitter (Vorsitzender), Mag. Johann Kowar (Vorsitzender-Stellvertreter), Günter Kerbler, Mag. Peter Lazar und Heinz Meidlinger. Die Mitglieder des Vorstandes waren im Geschäftsjahr 2016 Eduard Berger (Market) und MMag. Dr. Helmut Hardt (Immobilien, Operations).

MITARBEITER

Die Bindung von erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unternehmerisch denken und über hohe Fachexpertise verfügen, ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für den langfristigen Erfolg. Die Wiener Privatbank legte daher auch im Geschäftsjahr 2016 Wert darauf, die fachliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter laufend auszubauen. In der Berichtsperiode wurden rund EUR 16.845 in Weiterbildungsmaßnahmen investiert. Im Zusammenhang mit der Integration der Mitarbeiter der ehemaligen Valartis Bank (Austria) AG wurden rund EUR 100.000 für Mitarbeitermaßnahmen zur raschen Integration in die Wiener Privatbank SE investiert. Die Unternehmenskultur fördert die Übernahme von Verantwortung und sorgt für eine leistungsfreundliche und gerechte Arbeitsumgebung. Auf Basis einer flachen Hierarchie bietet die Wiener Privatbank ihren Mitarbeitern individuelle Aufstiegsmöglichkeiten sowie ein erfolgs- und leistungsabhängiges Bonusmodell. Bei der Auswahl neuen Personals setzte die Wiener Privatbank auch 2016 auf einen mehrstufigen Selektionsprozess, der sicherstellt, dass die hohen Qualitätsanforderungen in allen Abteilungen erfüllt werden. Die Mitarbeiterzahl erhöhte sich im Jahresvergleich durch die Übernahme der Valartis Bank (Austria) AG deutlich: Im Zeitraum Jänner bis Dezember 2016 wurden durchschnittlich 90 Mitarbeiter (2015: 47) beschäftigt.

CORPORATE GOVERNANCE BERICHT

Der konsolidierte Corporate Governance Bericht für das Geschäftsjahr 2016 wurde erstellt und ist auf der Website der Wiener Privatbank SE unter <https://www.wienerprivatbank.com/ueber-uns/investor-relations-adhoc/berichte/> abrufbar.

AUSBLICK 2017

Vor dem Hintergrund von Brexit, Wahlen in Frankreich, Deutschland und den Niederlanden sowie einer Neuordnung der Banken in Italien - und auch hier möglicherweise kommenden Neuwahlen - erwartet die Wiener Privatbank für das weitere Geschäftsjahr 2017 eine spannende wirtschaftliche Dynamik. An den europäischen Aktienmärkten gehen die Kapitalmarkt-Experten der Wiener Privatbank in einem volatilen Umfeld von interessanten Investitionschancen im Verlauf des Jahres aus. Am Wiener Markt für Immobilien-Investments rechnet die Wiener Privatbank mit einer unverändert stabilen Nachfrage in den kommenden Monaten.

Die Wiener Privatbank setzt im Geschäftsjahr 2017 weiterhin auf ihre Expertise in den Kerngeschäftsfeldern Kapitalmarkt und Immobilien sowie auf den Ausbau ihrer Geschäftstätigkeit. Die Integration wesentlicher Geschäftstätigkeiten des Bankbetriebs der Valartis Bank (Austria) AG bietet gute Voraussetzungen, um die Position der Wiener Privatbank am Private Banking-Markt deutlich zu stärken und weiter auszubauen. Im Geschäftsfeld Immobilien Produkte & Dienstleistungen rechnet die Wiener Privatbank mit einer weiterhin guten Nachfrage. In der Immobiliendienstleistungssparte sollen das Maklergeschäft und die Hausverwaltung weiter ausgebaut werden.

Angesichts des leicht verbesserten Marktumfeldes und der gestärkten Positionierung geht der Vorstand für das Geschäftsjahr 2017 von einer zufriedenstellenden Unternehmensentwicklung aus. Positive Effekte aus der Übernahme des Valartis Bank (Austria) Bankbetriebes werden jedoch erst in den Folgejahren erwartet.

EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Die Pflichtwandlung mit Wirkung zum 1. April 2017 (der "Wandlungstag") wurde entsprechend durchgeführt. Das Grundkapital ist um EUR 1.653.874,09 auf EUR 11.360.544,15 durch Ausgabe von 728.567 neuen Stückaktien erhöht worden. Die Zahl der ausgegebenen Stückaktien erhöhte sich dadurch von 4.276.078 auf 5.004.645 stimmberechtigte Stückaktien. Somit kam es zur nachstehend angeführten Verwässerung der Aktionäre TOEM, K5 Privatstiftung, Dr. Hardt sowie der gemeinsam vorgehenden Rechtsträger:

Aktionär	Aktienanzahl per 31.03.2017	Stimmrechtsanteil in Prozent per 31.03.2017	Aktienanzahl per 01.04.2017	Stimmrechtsanteil in Prozent per 01.04.2017
TOEM	213.804	5,00 %	213.804	4,27 %
K5 Privatstiftung	1.569.123	36,70 %	1.569.123	31,35 %
Dr. Hardt	247.880	5,80 %	247.880	4,95 %
Gemeinsam vorgehende Rechtsträger	3.364.260	78,68 %	3.628.545	72,50 %

Wien, am 13. April 2017

**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

BILANZ

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2016

Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	31.12.2016		31.12.2015	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern		90.989.483,02		13.900
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind				
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche		3.121.685,48		3.726
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig	73.528.725,98		3.302	
b) sonstige Forderungen	<u>53.939.617,95</u>	127.468.343,93	<u>3.308</u>	6.610
4. Forderungen an Kunden		62.462.666,75		56.501
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten	87.403.152,37		0	
b) von anderen Emittenten	<u>17.154.751,81</u>	104.557.904,18	<u>3.873</u>	3.873
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		6.579.984,58		2.983
7. Beteiligungen		4.104.438,24		4.350
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		16.957.924,19		15.633
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens		291.656,49		167
10. Sachanlagen		1.405.282,66		129
11. Sonstige Vermögensgegenstände		12.769.381,04		9.808
12. Rechnungsabgrenzungsposten		267.667,99		142
13. Aktive latente Steuern		142.144,14		0
		<u>431.118.562,69</u>		<u>117.822</u>
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva		149.321.166,35		20.015

Passiva

	31.12.2016		31.12.2015	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
täglich fällig		4.862,17		6
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) täglich fällig	208.619,38		0	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00		0	
	<u>208.619,38</u>		<u>0</u>	
b) sonstige Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	326.612.078,79		37.277	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	49.108.155,49		42.985	
	<u>375.720.234,28</u>	375.928.853,66	<u>80.262</u>	80.262
3. Sonstige Verbindlichkeiten		2.118.835,89		493
4. Rechnungsabgrenzungsposten		371.606,36		203
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Abfertigungen	663.750,80		265	
b) Rückstellungen für Pensionen	2.719.761,18		0	
c) Steuerrückstellungen	1.233.057,00		286	
d) sonstige	<u>2.001.781,43</u>	6.618.350,41	<u>1.780</u>	2.331
6a. Fonds für allgemeine Bankrisiken		1.500.000,00		1.000
7. Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013				
7a. Pflichtwandelschuldverschreibungen gemäß § 26 BWG		5.253.139,73		0
8. Gezeichnetes Kapital				
Nennbetrag		9.706.697,06		9.707
9. Kapitalrücklagen				
gebundene		14.915.311,58		14.915
10. Gewinnrücklagen				
andere Rücklagen		7.400.000,00		3.470
11. Haftrücklage gemäß § 57 Abs 5 BWG		3.296.591,22		3.297
12. Bilanzgewinn		4.004.314,61		2.138
		<u>431.118.562,69</u>		<u>117.822</u>

Posten unter der Bilanz

1. Eventualverbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten		18.442.950,39		10.326
2. Kreditrisiken		13.591.015,61		7.548
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		40.786.584,97		31.490
4. Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtrisikobetrag)		228.003.576,15		154.414
darunter: Eigenmittelanforderungen gemäß Art 92 Abs 1				
lit a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		15,7%		20,0%
lit b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		17,9%		20,0%
lit c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013		17,9%		20,4%
5. Auslandspassiva		274.703.242,04		5.975

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016

	2016		2015	
	EUR	EUR	TEUR	TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge		3.552.467,33		2.764
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	1.253.336,70		560	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-1.126.497,10		-856
I. NETTOZINSERTRAG		2.425.970,23		1.908
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen				
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	44.657,19		145	
b) Erträge aus Beteiligungen	825.915,00		1.160	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	2.330.000,00	3.200.572,19	6.028	7.333
4. Provisionserträge		9.999.255,57		4.199
5. Provisionsaufwendungen		-1.893.651,28		-1.341
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften		4.326.011,59		909
7. Sonstige betriebliche Erträge		1.591.115,74		1.215
II. BETRIEBSERTRÄGE		19.649.274,04		14.223
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-6.700.573,69		-3.738	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.549.498,56		-788	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-149.210,78		-77	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-164.140,71		-50	
ee) Auflösung der Pensionsrückstellung	123.639,61		0	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-162.875,20		-72	
	-8.602.659,33		-4.725	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-4.385.227,41	-12.987.886,74	-3.561	-8.286
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände		-354.815,93		-136
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-688.128,99		-142
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN		-14.030.831,66		-8.564
IV. BETRIEBSERGEBNIS (= Übertrag:)		5.618.442,38		5.659
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		-100.899,51		-510
12. Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen und aus Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken		1.208.344,52		0
13. Wertberichtigungen auf/und Veräußerungsverluste aus/ Wertpapiere/n, die wie Finanzanlagen bewertet sind, sowie auf/aus/Beteiligungen und Anteile/n an verbundenen Unternehmen		-1.146.838,86		-3.460
14. Erträge aus Wertberichtigungen auf/und Veräußerungsgewinne aus/Wertpapiere/n, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf/aus/Beteiligungen und Anteile/n an verbundenen Unternehmen		4.461.187,47		1.383
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		10.040.236,00		3.072
15. Außerordentliche Aufwendungen		-500.000,00		-10
darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-500.000,00		-10	
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-1.606.286,02		257
VI. JAHRESÜBERSCHUSS		7.933.949,98		3.319
20. Rücklagenbewegung		-3.930.000,00		-1.198
VII. JAHRESGEWINN/JAHRESVERLUST		4.003.949,98		2.121
21. Gewinnvortrag		364,63		17
VIII. BILANZGEWINN		4.004.314,61		2.138

ANHANG ZUM JAHRESABSCHLUSS

für das Geschäftsjahr 2016

I. ALLGEMEINE ANGABEN

Die Wiener Privatbank SE hat ihren Geschäftsschwerpunkt in Österreich. Die Hauptgeschäftsfelder sind Private Banking, Asset Management (Matejka & Partner), Brokerage, Research, Capital Markets, Immobilienprodukte, Immobiliendienstleistungen & -projekte.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 wurde nach den Vorschriften des UGB unter Beachtung der für Kreditinstitute relevanten Regelungen des Bankwesengesetzes aufgestellt.

Die Bank gehört der „Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H.“ an.

Die Gesellschaft erstellt den Konzernabschluss nach IFRS für den größten Kreis von Unternehmen.

Die Wiener Privatbank SE hat als Medium für die Offenlegung gemäß Art. 431 ff. CRR das Internet gewählt. Die Offenlegung ist auf der Website der Wiener Privatbank unter <https://www.wienerprivatbank.com/ueber-uns/investor-relations-adhoc/berichte/> dargestellt und begründet.

Der Konzernabschluss der Wiener Privatbank SE ist beim Handelsgericht Wien unter der Firmenbuchnummer 84890p hinterlegt.

Erwerb Bankbetrieb der Valartis Bank (Austria) AG

Nach Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen erfolgte am 1. April 2016 durch Closing, des am 18. Dezember 2015 unterschriebenen Kaufvertrages, die Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG und somit der Beteiligung an der Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. mittels eines Asset Deals. Am gleichen Tag wurde die Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. wieder weiterveräußert, das Closing erfolgte Ende Juni 2016.

Vor dem Erwerb des Bankbetriebes erfolgte der Verkauf der Liegenschaft Rathausstraße 20 in die 2015 gegründete Gesellschaft der Gebäudebesitz Rathausstraße 20 GmbH, wobei die Wiener Privatbank SE einen 50,1 % Anteil der Gesellschaft gehalten und 2016 einen Zuschuss iHv. EUR 1.986.465,00 geleistet hat. Diese Beteiligung wurde per Jahresende weiterveräußert.

Der Kaufpreis belief sich auf EUR 1,00, gleichzeitig wurde ein Zuschuss iHv. EUR 7 Mio von der Verkäuferin geleistet.

Behandlung des negativen Unterschiedsbetrags aus dem Erwerb des Bankbetriebs der Valartis zum 1. April 2016

- Bildung einer Vorsorge iHv. EUR 3 Mio. für Aufwendungen iZm mit der Transaktion sowie der Integration des erworbenen Bankbetriebs.
- Abstockung der übernommenen Aktiva iHv. EUR 4 Mio. iSd des Anschaffungskostenprinzips. Die Zuordnung der Abstockung erfolgte anteilig auf die Positionen Kundenforderungen, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die gebildete Rückstellung wurde bis Jahresende in voller Höhe verwendet.

Die stillen Reserven aus der Abstockung der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und der Anteile an verbundenen Unternehmen wurden zur Gänze durch Verkäufe realisiert. Von den abgestockten Kundenforderungen wurde der überwiegende Teil rückgeführt. Diese Erträge sind mit rund EUR 3,6 Mio. unter der Position „Erträge und Aufwendungen aus Finanzgeschäften“ sowie mit rund EUR 0,3 Mio. im Bewertungsergebnis ausgewiesen.

Durch den Zugang von Aktiv- und Passivpositionen iHv. EUR 301,9 Mio. per 1. April 2016 ist die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten nur eingeschränkt gegeben. Der größte Zugang erfolgte aktivseitig in der Position Guthaben bei Zentralnotenbanken (EUR 68,4 Mio.), Forderungen an Kreditinstitute (EUR 85,8 Mio.) und in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (EUR 130,4 Mio.). Passivseitig gingen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden iHv. EUR 291,9 Mio.) zu.

II. ANGABEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Generalnorm

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Die Gesellschaft ist ein Kreditinstitut. Dementsprechend werden die Bestimmungen über die Rechnungslegung von Kreditinstituten gemäß § 43 ff Bankwesengesetz (BWG) in geltender Fassung angewendet. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß den in der Anlage II zu § 43 BWG enthaltenen Formblättern. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten. Hinsichtlich der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes Rechnung getragen. Insbesondere wurden nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt.

Die bisherige Form der Darstellung wurde grundsätzlich bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten; hinsichtlich der Änderungen durch das RÄG 2014 wird auf die nachfolgenden Darstellungen verwiesen.

Fremdwährungsumrechnung

Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden zu den von der Europäischen Zentralbank bekannt gegebenen Devisen-Richtkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Termingeschäfte sind mit dem Terminkurs angesetzt.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Die Forderungen werden grundsätzlich mit dem Nennwert bewertet. Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und dem Barwert der zukünftig erwarteten Cashflows unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes gebildet (DCF-Methode). Bei nicht einzelwertberichtigten Forderungen wird eine pauschale Wertberichtigung mittels eines Expected Loss Models berechnet. Vom Bewertungsspielraum gemäß § 57 Abs 1 BWG wurde bei den Posten Forderungen Kunden nicht Gebrauch gemacht.

Wertpapiere

Die dauernd dem Geschäftsbetrieb gewidmeten Wertpapiere werden wie Anlagevermögen bewertet. Es erfolgt eine Wertaufholung gemäß § 208 (1) UGB. Das Wahlrecht des § 56 Abs 2 und Abs 3 BWG (Verteilung des Agios bzw. Disagios über die Laufzeit) wurde nicht in Anspruch genommen.

Wertpapiere des sonstigen Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten beziehungsweise bei dauerhafter Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Zuschreibungen werden bei Wegfall der Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung bzw. bei einer Wertaufholung vorgenommen.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Diese werden nur angesetzt, wenn sie entgeltlich erworben wurden.

Die Bewertung der Immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen (lineare Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer 4 bis 10 Jahre). Gemäß den steuerlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Anhaltende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Sachanlagen

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Methode. Es wird eine Nutzungsdauer von 1 bis 10 Jahren zugrunde gelegt.

Gemäß den steuerlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen. Anhaltende Wertminderungen werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Einzelanschaffungswerten bis EUR 400,00 werden im Jahr des Zuganges voll abgeschrieben.

Derivative Finanzinstrumente

Derivate werden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Die Eigenmittelunterlegung erfolgt grundsätzlich nach der Marktbewertungsmethode.

Devisentermingeschäfte werden mit dem Devisenmittelkurs bewertet.

Im Falle des Vorliegens eines negativen Marktwertes bei einem freistehenden Derivat wird in voller Höhe eine Rückstellung gebildet.

Verpflichtungen

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag, unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht, angesetzt.

Rückstellungen

Die Rückstellung für Abfertigungen wird für die kollektivvertraglichen Ansprüche sowie für 4 Mitarbeiter welche sich in Abfertigung „Alt“ befinden gebildet. Die Berechnung erfolgte nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren gemäß den Richtlinien der „International Accounting Standards – IAS 19“.

Der Rechnungszinssatz beträgt 1,60 % (31. Dezember 2015: 2,4 %), es wird von einer jährlichen Valorisierung der Gehälter von 2,30 % (31. Dezember 2015: 2,30 %) ausgegangen. Ein Fluktuationsabschlag wurde nicht angesetzt. Die gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Pensionsantrittsalters wurden unter der Verwendung der Übergangsregelung vom Herbst 2004 berücksichtigt. Der Zinsenanteil der Rückstellungszuführung wird innerhalb des Personalaufwandes ausgewiesen.

Eine Rückstellung für Pensionen aktiver Mitarbeiter wurde nicht gebildet. Es wurde ein Vertrag mit der BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft beginnend mit 1. Jänner 2008 abgeschlossen. Durch die Übernahme des Bankbetriebes Valartis Bank (Austria) AG wurden auch dessen Verträge mit der Valida Pension AG und VBV Pensionskassen AG übergeführt.

Zusätzlich wurden Pensionsverpflichtungen gegenüber einem ehemaligen Vorstandsmitglied und zwei Pensionisten übernommen. Als biometrische Rechnungsgrundlagen dienten die Tafeln AVÖ 2008-P ANG. Unternehmensrechtlich wurde mit einem Zinssatz in Höhe von 1,6 % p.a. gerechnet. Die Anwartschaft auf Witwenpension wurde mittels Kollektivmethode berücksichtigt.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtung gegenüber den 2 Pensionisten erfolgt nach der „Projected Unit Credit Method“. Für die Pensionszahlungen des ehemaligen Vorstandsmitglieds wurden Valorisierungen in Höhe von 2 % p.a., die der anderen Personen in Höhe von 1,5 % p.a. berücksichtigt.

Die übrigen Rückstellungen sind unter Beachtung des Vorsichtsprinzips für alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet. Langfristige Rückstellungen werden mit dem Erfüllungsbetrag erfasst und abgezinst.

Steuerrückstellungen und Steuerlatenz

Die latenten Steuern werden gemäß den geänderten gesetzlichen Bestimmungen ab 1. Jänner 2016 erfasst. Der zum 1. Jänner 2016 bestehende Saldo an aktiven latenten Steuern wurde zur Gänze aktiviert (das Übergangswahlrecht der Verteilung auf maximal 5 Jahre wurde nicht in Anspruch genommen).

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des aktuellen Körperschaftssteuersatz von 25 % gebildet. Dabei werden keine latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt.

Die Steuerrückstellungen betreffen Rückstellungen für die österreichische Körperschaftsteuer.

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

A. Darstellung der Fristigkeiten

Die nicht täglich fälligen Forderungen gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2016</u>	<u>31. Dezember 2015</u>
mehr als fünf Jahre	0,00	0,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	115.428,60	307.912,00
mehr als drei Monate bis ein Jahr	11.565.521,04	1.000.000,00
bis drei Monate	42.258.668,31	2.000.101,11
	<u>53.939.617,95</u>	<u>3.308.013,11</u>

Eine Darstellung der nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfällt aufgrund nicht vorhandener Fristigkeiten. Bestehende Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind täglich fällig.

Die nicht täglich fälligen Forderungen gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2016</u>	<u>31. Dezember 2015</u>
mehr als fünf Jahre	7.728.645,29	3.008.407,61
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	24.248.088,59	29.735.533,41
mehr als drei Monate bis ein Jahr	26.498.040,99	16.428.118,76
bis drei Monate	<u>3.727.920,37</u>	<u>6.686.302,25</u>
	<u>62.202.695,24</u>	<u>55.858.362,03</u>

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2016</u>	<u>31. Dezember 2015</u>
mehr als fünf Jahre	0,00	0,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	5.829.255,80	12.256.096,21
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.896.613,13	23.788.303,94
bis drei Monate	<u>25.382.286,56</u>	<u>6.940.260,84</u>
	<u>49.108.155,49</u>	<u>42.984.660,99</u>

B. Wertpapiere

Aufgliederung der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere im Anlage- und Umlaufvermögen

Angaben in EUR	<u>börsennotiert</u>	<u>nicht börsennotiert</u>
	<u>(Vorjahr)</u>	<u>(Vorjahr)</u>
Anlagevermögen		
Schuldtitel öffentlicher Stellen	3.121.685,48	0,00
	(3.725.815,87)	(0,00)
Forderungen Kreditinstitute	0,00	212.155,20
	(0,00)	(307.912,00)
Forderungen Kunden	0,00	4.723.504,11
	(0,00)	(5.078.417,81)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.983.592,08	0,00
	(3.872.954,75)	(0,00)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0,00
	(0,00)	(0,00)

Angaben in EUR	börsennotiert (Vorjahr)	nicht börsennotiert (Vorjahr)
Umlaufvermögen		
Forderungen Kunden	0,00	0,00
	(0,00)	(430.000,00)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	87.574.312,10	0,00
	(0,00)	(0,00)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	417.391,24	6.162.593,34
	(9,17)	(2.982.745,33)

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und des höheren Marktwertes der Wertpapiere des Umlaufvermögens, welche zum Börsehandel zugelassen sind, beträgt EUR 10.475,83 (VJ TEUR 0).

Von den unter den Aktivposten "Beteiligungen" sowie "Anteile an verbundenen Unternehmen" ausgewiesenen Positionen sind EUR 0,00 (VJ TEUR 0) börsennotiert und EUR 21.062.362,43 (VJ TEUR 19.983) nicht börsennotiert.

Aufgliederung der in den Aktivposten "Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" enthaltenen Wertpapieren nach folgenden Unterscheidungskriterien:

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Bewertung gem § 56 (1) BWG (Anlagevermögen)	0,00	0,00
Sonstige (Umlaufvermögen)	6.579.984,58	2.982.754,50
	6.579.984,58	2.982.754,50

Die Zuordnung zum Anlagevermögen erfolgte, da diese Wertpapiere längerfristige Finanzanlagen sind und dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

Das Kreditinstitut führt kein Handelsbuch.

Der Betrag der Forderungen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen, welche im nächsten Jahr fällig wird, beläuft sich auf EUR 90.892.501,99 (VJ TEUR 0).

C. Forderungen an Kunden

Der Stand der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen an Kunden beträgt EUR 2.651,69 (VJ TEUR 449), die der pauschalen Einzelwertberichtigungen EUR 87.967,52 (VJ TEUR 0) und der Wertberichtigung gem. § 57 (1) BWG EUR 0,00 (VJ TEUR 533).

D. Beteiligungen und Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen

Im Geschäftsjahr ergaben sich folgende Änderungen:

Nach Erfüllung aller aufschiebenden Bedingungen erfolgte am 1. April 2016 durch Closing, des am 18. Dezember 2015 unterschriebenen Kaufvertrages, die Übernahme des Bankbetriebes der Valartis Bank (Austria) AG und somit der Beteiligung an der Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. (FN 96107 i) mittels eines Asset Deals. Am gleichen Tag wurde die Valartis Asset Management (Austria) Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. wieder weiterveräußert.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 15. März 2016 wurden die Anteile der SALTEX Liegenschaftsverwertungs GmbH (FN 426656k) sowie die TIMEA Liegenschaftsverwaltungs GmbH (FN 426666a) – dadurch indirekt die Anteile der SALTEX Liegenschaftsverwertungs GmbH & Co Widerhofergasse 8 KG (FN 332310 T) - veräußert.

Mittels Gesellschaftsvertrag vom 20. April 2016 wurde die Gebäudebesitz Felberstraße 96 GmbH (FN 451758 a) gegründet, wobei die Wiener Privatbank SE 50 % der Anteile hält.

Mittels Gesellschaftsvertrag vom 20. April 2016 wurde die Gebäudebesitz Halbgasse 18 GmbH (FN 451834 m) gegründet, wobei die Wiener Privatbank SE 50 % der Anteile hält.

Durch den Sacheinlage- und Einbringungsvertrag vom 10. Juni 2016 wurden die restlichen Anteile der Costagasse 6 GmbH & Co KG (FN 371453 f) in die ViennaEstate AG (FN 280263b) eingebracht, wobei sich der Beteiligungsansatz der Wiener Privatbank SE von 25,97 % auf 16,99 % vermindert hat.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 13. Oktober 2016 wurden 21 % der GÜKE Immobilienbesitz GmbH (FN 442278 i) veräußert.

Durch den Generalversammlungsbeschluss und Verschmelzungsvertrag vom 21. Oktober 2016 wurde die ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., (FN 82646 p) als übernehmende Gesellschaft mit der WPB Immobilienmanagement GmbH (FN 275975 x) als übertragender Gesellschaft verschmolzen.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 15. Dezember 2016 wurde der 50,1 % Anteil der Gebäudebesitz Rathausstraße 20 GmbH (FN 444332 f) veräußert.

Mittels Kauf- und Abtretungsvertrag vom 21. Dezember 2016 wurde die Errichtung WH150 GmbH (FN 372296 w) veräußert.

Die Angaben zum Eigenkapital sowie des Jahresüberschusses/-fehlbetrages beziehen sich auf den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 soweit nicht anders vermerkt.

An den nachfolgend angeführten Unternehmen besteht per 31. Dezember 2016 ein direkter Anteilsbesitz von mindestens 20 % aller Anteile:

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil in %	Kons. Art ¹	Eigenkapital EUR (Vorjahr)	Anteiliges Eigenkapital EUR (Vorjahr)	Jahresüberschuss/fehlbetrag EUR (Vorjahr)
ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., Wien	100	V	5.407.156,30 (3.949.324,68)	5.407.156,30 (3.949.324,68)	1.179.816,63 (516.437,59)
SETUP Aufhofstraße 181 GmbH, Wien	100	V	220.774,87 (294.436,60)	220.774,87 (294.436,60)	-73.661,73 (-36.523,27)
Entwicklung AHI GmbH, Wien	100	V	3.781.082,06 (5.510.008,61)	3.781.082,06 (5.510.008,61)	151.073,47 (398.609,30)
Entwicklung WLN Holding GmbH, Wien	100	V	2.907.808,94 (4.034.419,60)	2.907.808,94 (4.034.419,60)	-6.610,66 (65.697,85)
Entwicklung Belvederegasse 18 GmbH, Wien	100	V	220.779,97 (427.285,09)	220.779,97 (427.285,09)	143.494,88 (415.536,70)
Gersthofer Straße 59 Projektgesellschaft mbH, Wien	95	V	-213.061,06 (-138.776,89)	-202.408,01 (-131.838,05)	-74.284,17 (-62.040,40)
Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH, Wien	95	V	1.992.777,26 (1.060.262,15)	1.893.138,40 (1.007.249,05)	-567.484,89 (53.735,88)
Wiener Stadthäuser Alpha GmbH, Wien	90	V	1.657.922,65 (579.318,25)	1.492.130,39 (521.386,43)	-421.395,60 (-395.102,74)
Matejka & Partner Asset Management GmbH, Wien	80	V	566.737,03 (627.630,01)	453.389,63 (564.867,01)	339.107,02 (401.753,80)
WIENER PRIVATBANK Bauträger GmbH**, Wien	80	V	84.347,53 (189.625,03)	67.478,03 (151.700,03)	197.065,92 (-390.503,84)
Wiener Privatbank Immobilienmakler GmbH, Wien	60	V	617.246,75 (269.197,69)	370.348,05 (161.518,62)	528.049,06 (234.594,31)
Gebäudebesitz Felberstraße 96 GmbH, Wien	50	V	-82.886,79 (0,00)	-41.443,40 (0,00)	-117.886,79 (0,00)
Gebäudebesitz Halbgasse 18 GmbH, Wien	50	V	-187.154,61 (0,00)	-93.577,31 (0,00)	-222.154,61 (0,00)
Entwicklung AHI Alpha GmbH, Wien	27,48	A	4.434.675,74 (4.883.229,46)	1.218.648,90 (1.341.911,46)	791.446,28 (-67.683,33)

¹ Konsolidierungsart: V = Vollkonsolidierung, A = at equity N = nicht konsolidiert

Es wurden keine Gewinn-/Verlustabführungsverträge geschlossen. Es gibt im Wiener Privatbank SE Konzern keine wechselseitigen Beteiligungen.

E. Gesonderte Angabe der Beträge der in den folgenden Aktivposten enthaltenen (unverbrieften) Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sowie Vermögensgegenstände nachrangiger Art

Angaben in EUR	31. Dezember 2016		31. Dezember 2015	
	verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen	verbundene Unternehmen	Beteiligungsunternehmen
AKTIVA				
Forderungen an Kunden	13.126.379,13	1.504.411,65	15.782.099,33	1.212.008,06
Sonstige Vermögensgegenstände	2.680.800,94	754.624,47	6.925.230,15	1.061.064,82
PASSIVA				
Verbindlichkeiten an Kunden	3.282.573,32	1.203.642,39	4.704.881,68	404.885,48
Sonstige Verbindlichkeiten	30.035,28	0,00	82.368,16	0,00

Vermögensgegenstände nachrangiger Art

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Forderungen an Kunden	16.274.655,56	19.995.787,65
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Forderungen an Kunden	170.000,00	0,00
Gesamt	16.444.655,56	19.995.787,65

F. Anlagevermögen

Zur Entwicklung des Anlagevermögens wird auf Anlage 1 verwiesen.

1. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Rechte und Lizenzen	291.656,49	166.517,09
Gesamt	291.656,49	166.517,09

2. VERPFLICHTUNGEN AUS DER NUTZUNG VON IN DER BILANZ NICHT AUSGEWIESENEN SACHANLAGEN

Die künftigen Miet- und Leasingverpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen prognostizieren wir aus heutiger Sicht für 2017 mit ca. TEUR 718 (VJ TEUR 413) und für 2017 bis 2020 insgesamt mit ca. TEUR 2.870 (VJ TEUR 1.653).

G. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Forderungen und Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt und setzen sich wie folgt zusammen:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2016</u>	<u>31. Dezember 2015</u>
Forderungen an verbundene Unternehmen	2.680.800,94	6.925.230,15
Sonstige	10.088.580,10	2.882.754,61
Gesamt	<u>12.769.381,04</u>	<u>9.807.984,76</u>

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen iHv EUR 2.330.000,00 (VJ TEUR 6.028) betreffen die Gewinnübernahmen, die Gruppenumlage (Körperschaftsteuer) iHv EUR 87.751,61 (VJ TEUR 502) und diverse Konzernverrechnungen iHv EUR 263.049,33 (VJ TEUR 395). Die sonstigen Forderungen setzten sich aus Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht iHv EUR 754.624,47 (VJ TEUR 1.061), Finanzamtsforderungen iHv. EUR 0 (VJ TEUR 258), EUR 15.047,32 (VJ TEUR 42) aus Abgrenzungsbuchungen, EUR 57.680,00 (VJ TEUR 0) aus Kautionszahlungen und Forderungen gegenüber dem Personal iHv EUR 312.268,83 (VJ TEUR 153) zusammen. Die Forderungen aus Lieferung und Leistung belaufen sich auf EUR 6.375.575,69 (VJ TEUR 1.369) und die Forderung aufgrund einer übernommenen Verpflichtungserklärung belaufen sich auf EUR 2.573.374,86 (VJ TEUR 0). Der eigene Goldbestand beläuft sich auf EUR 8,93 (VJ TEUR 0).

Forderungen iHv EUR 9.390.456,86 (VJ TEUR 9.130) sind erst nach dem Stichtag zahlungswirksam.

Die Fristigkeiten der sonstigen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	<u>31. Dezember 2016</u>	<u>31. Dezember 2015</u>
täglich fällig	12.344.246,45	9.289.669,55
bis drei Monate	12.821,89	14.366,94
mehr als drei Monate bis ein Jahr	39.304,79	41.855,38
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	208.354,09	226.860,26
mehr als fünf Jahre	164.653,82	235.232,63
	<u>12.769.381,04</u>	<u>9.807.984,76</u>

H. Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Stille Reserven Kundenforderungen	49.248,33	0,00
Pauschalwertberichtigungen	0,00	533.000,00
Langfristige Personalrückstellungen	519.328,22	240.901,64
Langfristige Rückstellungen	0,00	28.691,86
Betrag Gesamtdifferenzen	<u>568.576,55</u>	<u>802.593,50</u>
Daraus resultierende latente Steuern per 31.12. (25 %)	<u>142.144,14</u>	<u>200.648,38</u>

I. Treuhandforderungen

Es bestanden per 31. Dezember 2016 sowie im Vorjahr keine Treuhandforderungen.

J. Eigenkapital

1. GRUNDKAPITAL

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 9.706.697,06 (VJ TEUR 9.707). Dieses ist in 4.276.078 Stückaktien im Nennbetrag von je EUR 2,27 zerlegt.

2. EIGENE AKTIEN

In der Hauptversammlung vom 2. Juni 2014 wurden folgende Beschlussfassungen getroffen:

Die bestehende Ermächtigung des Verwaltungsrats zum Erwerb eigener Aktien der Gesellschaft zum Zweck des Wertpapierhandels gemäß § 65 Abs 1 Z 7 AktG der Hauptversammlung vom 4. Juni 2012 wurde widerrufen.

Der Vorstand wurde gemäß § 65 Abs 1 Z 7 AktG für die Dauer von 30 Monaten vom Tag der Beschlussfassung an ermächtigt, eigene Aktien der Gesellschaft zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben, wobei der niedrigste beim Erwerb zu leistende Gegenwert EUR 2,27 beträgt und der höchste beim Erwerb zu leistende Gegenwert EUR 30,00 beträgt. Die eigenen Aktien sind dem Handelsbestand zuzuführen. Der Bestand an eigenen gemäß § 65 Abs 1 Z 7 AktG erworbenen Aktien darf 5 % des Grundkapitals der Gesellschaft am Ende eines Tages (24 Uhr) nicht übersteigen. Der Anteil der gemäß dieser Ermächtigung erworbenen und der allenfalls gemäß § 65 Abs 1 Z 1, 4, 7 und 8 AktG erworbenen bzw. zu erwerbenden Aktien darf 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen

Die Wiener Privatbank SE betreibt zurzeit keinen Handel mit eigenen Aktien.

3. GENEHMIGTES KAPITAL

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 29. Dezember 2015 wurden folgende Ermächtigungen erteilt bzw. Beschlussfassungen getroffen:

1. Der Vorstand wurde ermächtigt gemäß § 169 AktG, mit Zustimmung des Aufsichtsrates, bis zum 30. November 2020 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu EUR 4.853.348,53 durch Ausgabe von bis zu 2.138.039 Stück auf Inhaber lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100 % des anteiligen Betrages des Grundkapitals in einer oder in mehreren Tranchen gegen Bareinlage zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen festzulegen (genehmigtes Kapital). Weiters wurde der Aufsichtsrat der Gesellschaft ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.
2. Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs 2 AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf den Erwerb von Aktien der Gesellschaft verbunden ist, auch in mehreren Tranchen, auszugeben und alle weiteren Bedingungen, die Ausgabe und das Wandlungsverfahren der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, den Ausgabebetrag sowie das Umtausch- oder Wandlungsverhältnis festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre wird ausgeschlossen. Die Ausgabebedingungen können zusätzlich oder anstelle eines Bezugs- oder Umtauschrechts auch eine Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit oder zu einem anderen Zeitpunkt begründen. Die Begebung von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen darf höchstens in jenem Umfang erfolgen, der eine Befriedigung geltend gemachter Umtausch- oder Bezugsrechte und, im Fall einer in den Ausgabebedingungen festgelegten Wandlungspflicht, die Erfüllung der entsprechenden Wandlungspflichten aus der bedingten Kapitalerhöhung gewährleistet. Der Preis der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen ist unter Berücksichtigung anerkannter finanzmathematischer Methoden in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln.
3. Beschlussfassung über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu Nominale EUR 2.837.500,00 durch Ausgabe von bis zu 1.250.000 Stück neuen, auf Inhaber lautenden Stammaktien zur Ausgabe an Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen – zu der der Vorstand in der Hauptversammlung ermächtigt wurde – und über die Ermächtigung des Vorstandes, die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzusetzen, insbesondere die Einzelheiten der Ausgabe und des Wandlungsverfahrens der Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, den Ausgabebetrag sowie das Umtausch- oder Wandlungsverhältnis, und über die Ermächtigung des Aufsichtsrates Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe der Aktien aus dem bedingten Kapital ergeben, zu beschließen. Ausgabebetrag und Umtauschverhältnis sind nach Maßgabe finanzmathematischer Methoden sowie des Aktienkurses der Gesellschaft in einem anerkannten Preisfindungsverfahren zu ermitteln. Im Fall einer in den Ausgabebedingungen von Wandlungspflichten festgelegten Wandlungspflicht dient das bedingte Kapital auch zur Erfüllung dieser Wandlungspflicht; sowie Beschlussfassung über die sich aus diesem Tagesordnungspunkt ergebende Satzungsänderung.

4. RÜCKLAGEN

Entwicklung der Kapitalrücklagen

Der Stand der Kapitalrücklagen betrug zum 31. Dezember 2016 EUR 14.915.311,58 (VJ TEUR 14.915).

Entwicklung der Gewinnrücklagen

Im Jahr 2016 wurde eine Gewinnrücklage iHv EUR 3.930.000,00 (VJ TEUR 1.198) dotiert. Der Stand der Gewinnrücklagen beläuft sich im Berichtsjahr auf EUR 7.400.000,00 (VJ TEUR 3.470).

Entwicklung der Haftrücklage

Der Stand der Haftrücklage betrug zum 31. Dezember 2016 EUR 3.296.591,22 (VJ TEUR 3.297).

5. GESAMTKAPITALRENTABILITÄT

Die Gesamtkapitalrentabilität gemäß § 64 (1) 19 BWG beträgt 1,84 % (VJ 2,82 %).

6. GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Es wird der Hauptversammlung eine Dividende von EUR 0,80 pro Aktie vorgeschlagen. Im Geschäftsjahr 2015 wurde eine Dividende iHv EUR 0,50 pro Aktie ausgeschüttet.

K. Rückstellungen und Sonstige Verbindlichkeiten betreffende Angaben

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten folgende Rückstellungen mit erheblichem Umfang:

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Bonifikationen	775.447,57	443.649,10
Personalarückstellung	672.308,86	404.148,65
Aufsichtsratsvergütung	226.000,00	194.312,50
Rechts-, Prüfungs- und sonstige Beratungskosten	163.400,00	415.201,00
Geschäftsbericht/Veröffentlichung	43.600,00	37.000,00
Ungewisse Verbindlichkeiten	24.025,00	148.728,40
Sonstige	97.000,00	136.950,00
Gesamt	2.001.781,43	1.779.989,65

Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind überwiegend abgegrenzte Aufwendungen aus Provisionen von EUR 103.603,76 (VJ TEUR 18), diverse Verrechnungskonten iHv EUR 95.720,04 (VJ TEUR 1) und offene Lieferverbindlichkeiten iHv EUR 228.334,68 (VJ TEUR 207) enthalten. Die übrigen sonstigen Verbindlichkeiten betreffen abgegrenzte Sachaufwendungen und Kautionen iHv EUR 274.796,98 (VJ TEUR 104). Die Verbindlichkeit aus sozialer Sicherheit belaufen sich auf EUR 182.730,62 (VJ TEUR 81) und gegenüber dem Finanzamt auf EUR 537.150,09 (VJ Forderung). Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen belaufen sich auf EUR 30.035,28 (VJ TEUR 82) und gegenüber übernommenen kontaktlosen Altkunden auf EUR 666.464,44 (VJ TEUR 0).

Verbindlichkeiten iHv EUR 2.118.835,89 (VJ TEUR 493) sind nach dem Stichtag zahlungswirksam.

Die Fristigkeiten der sonstigen Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

Angaben in EUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
bis ein Jahr	2.118.835,89	492.776,91
Gesamt	2.118.835,89	492.776,91

L. Derivative Finanzinstrumente

Gesamtvolumen noch nicht abgewickelter derivativer Finanzprodukte per 31. Dezember 2016:

	Nominalbeträge	Restlaufzeit < 1 Jahr (Vorjahr)
Bankbuch, in EUR		6.811.437,50
Devisentermingeschäft		(999.613,79)

Devisentermingeschäfte in den Währungen USD, CHF und CAD, die mit Kunden abgeschlossen werden, werden eins-zu-eins mit gegenläufigen Geschäften geschlossen. Das Unternehmen designiert in diesen Fällen eine Sicherungsbeziehung im Sinne der AFRAC-Stellungnahme 15 – Derivate und Sicherungsinstrumente. Aufgrund des Critical Term Matches geht das Unternehmen von einer 100%-igen Effektivität aus. Zum Jahresende 2016 betragen die Marktwerte der Sicherungsgeschäfte TEUR 55 und die der gesicherten Grundgeschäfte TEUR 37. Alle Geschäfte sind 2017 fällig.

Der positive Marktwert des Devisentermingeschäftes beläuft sich auf EUR 17.507,61 (VJ negativer Marktwert TEUR 9).

M. Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva

Die Aktiva, die auf fremde Währung lauten, betragen EUR 193.320.149,95 (VJ TEUR 3.078) und die Passiva, die auf fremde Währung lauten, betragen EUR 193.104.424,06 (VJ TEUR 1.993).

N. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften

Es bestanden per 31. Dezember 2016 sowie im Vorjahr keine Treuhandverbindlichkeiten.

O. Haftungsverhältnisse

In den Eventualverbindlichkeiten sind Garantien und Haftungen iHv EUR 18.442.950,39 (VJ TEUR 10.326) enthalten. Zum 31. Dezember 2016 besteht ein Kreditrisiko iHv EUR 13.591.015,61 (VJ TEUR 7.548). Es handelt sich dabei um noch nicht in Anspruch genommene Kredite.

P. Eigenmittel der Wiener Privatbank SE gemäß CRR*
Eigenmittelstruktur

Angaben in TEUR	31. Dezember 2016	31. Dezember 2015
Gezeichnetes Kapital (Grundkapital)	9.343	9.343
Kapitalrücklagen	14.447	14.447
Sonstige anrechenbare Rücklagen	9.757	6.766
Einbehaltene Gewinne Vorjahre	0	17
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1.000	1.000
(-) Abzugsposten vom CET 1 Kapital	-184	-616
CET 1 – Kapital	34.363	30.957
Eingezahlte Kapitalinstrumente	5.100	0
(-) Abzugsposten vom Tier I Kapital	-116	0
TIER I – Kapital	39.347	30.957
Allgemeine Risikovorsorge KSA Banken	0	533
Ergänzende Eigenmittel TIER II	39.347	31.490
Eigenmittel gesamt (nach Abzugsposten)	39.347	31.490
Gesamtrisikobetrag	228.004	154.414
Harte Kernkapitalquote	15,07 %	20,05 %
Kernkapitalquote	17,26 %	20,05 %
Gesamtkapitalquote	17,26 %	20,39 %

* Die Matejka & Partner Asset Management GmbH wird als österreichische Wertpapierfirma und Finanzinstitut iSd CRR unter Anwendung von Artikel 19 Abs 1 CRR aus dem Konsolidierungskreis ausgenommen. Die Eigenmitteldarstellung erfolgt auf Solo-Ebene.

IV. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Eine Aufgliederung der Erträge nach geographischen Märkten gemäß § 64 Abs 1 Z 9 BWG kann aufgrund der Unwesentlichkeit der Unterscheidungsmerkmale unterlassen werden.

A. Aufgliederung der Zinsen und ähnliche Erträge

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
für Forderungen an Kreditinstitute	337.237,40	3.870,31
für Forderungen an Kunden	1.961.893,23	1.987.539,70
Festverzinsliche Wertpapiere	1.253.336,70	772.537,02
Gesamt	3.552.467,33	2.763.947,03

B. Aufgliederung der Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-25.402,62	-84,28
Negativzinsen gegenüber Kreditinstituten	-393.496,66	-26.009,22
für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-554.458,09	-829.643,68
Festverzinsliche Wertpapiere	-153.139,73	-0,00
Gesamt	-1.126.497,10	-855.737,18

C. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen setzen sich aus Erträge aus Aktien iHv EUR 44.657,19 (VJ TEUR 145), aus Beteiligungserträgen iHv EUR 825.915,00 (VJ TEUR 1.160) und der phasengleichen Dividendenausschüttung der Tochterunternehmen iHv EUR 2.330.000,00 (VJ TEUR 6.028) zusammen.

D. Aufgliederung der Provisionserträge

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
aus dem Zahlungsverkehr	1.895.490,15	58.821,71
aus dem Wertpapiergeschäft	5.450.064,73	2.192.809,79
aus dem Devisen- und Edelmetallgeschäft	457.472,58	465.371,31
aus dem Real Estate Bereich	1.524.734,89	1.327.711,91
aus sonstigen Dienstleistungen	671.493,22	153.651,05
Gesamt	9.999.255,57	4.198.365,77

In den Provisionserträgen sind Erträge für Verwaltungs- und Agenturdienstleistungen gegenüber Dritten iHv. EUR 1.710.747,82 (Vorjahr: TEUR 565) aus der Depotverwaltung enthalten.

E. Aufgliederung der Provisionsaufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
aus dem Zahlungsverkehr	-63.248,90	-22.076,06
aus dem Wertpapiergeschäft	-817.036,12	-430.650,28
aus dem Devisen- und Edelmetallgeschäft	-465.370,89	-515.868,77
aus dem Real Estate Bereich	-410.810,90	-372.363,77
aus sonstigen Dienstleistungen	-137.184,47	0,00
Gesamt	-1.893.651,28	-1.340.958,88

F. Erträge / Aufwendungen aus Finanzgeschäften

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
aus dem Wertpapiergeschäft	3.547.562,99	633.724,45
aus dem Devisen- und Edelmetallgeschäft	778.448,60	275.759,04
Gesamt	4.326.011,59	909.483,49

G. Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Weiterverrechnete Kosten	1.026.401,34	1.046.306,34
Sonstige	137.738,85	118.137,57
Auflösung Rückstellungen	415.244,55	30.936,93
Konzernleitung	11.731,00	19.565,00
Verkauf Anlagegut	0,00	383,46
Gesamt	1.591.115,74	1.215.329,30

Die Position Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen beinhaltet die ertragswirksame Vereinnahmung der als Kostenersatz für die iZm mit der Transaktion angefallenen Aufwendungen im Ausmaß der im Jahr 2015 bis 1.4.2016 iZm der Transaktion angefallenen Aufwendungen iHv. EUR . 407.530,00.

H. Aufgliederung der Personalaufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Gehälter	-6.700.573,69	-3.737.963,72
Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-1.549.498,56	-787.637,09
Sonstiger Sozialaufwand	-149.210,78	-77.516,44
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	-40.501,10	-50.288,61
Abfertigung	-162.875,20	-72.086,36
Gesamt	-8.602.659,33	-4.725.492,22

Die Bezüge der Vorstände einschließlich Sachbezüge haben 2016 insgesamt EUR 768.658,28 (VJ TEUR 727) betragen. Im Einzelnen setzen sich diese wie folgt zusammen:

MMag. Dr. Helmut Hardt:

Gesamtbezüge 2016: EUR 390.173,43 inklusive Sachbezüge und Bonifikation 2013, 2014, 2015

Eduard Berger:

Gesamtbezüge 2016: EUR 378.484,85 inklusive Sachbezüge und Bonifikation 2013, 2014, 2015

In den Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen sind Auszahlungen für Abfertigungen iHv EUR 132.474,38 (VJ TEUR 0) enthalten.

Der Aufwand für Abfertigungen inklusive der Rückstellungsdotations betrug für aktive Mitglieder des Vorstandes und leitende Mitarbeiter EUR 45.926,89 (VJ Ertrag TEUR 6) und der Aufwand für andere Arbeitnehmer EUR 534.059,15 (VJ TEUR 66).

Es bestehen keine Mitarbeiterbeteiligungs- und Managementoptionsprogramme.

I. Aufgliederung der sonstigen Verwaltungsaufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
EDV-Kosten	-1.608.197,47	-918.821,22
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	-560.279,66	-764.894,23
Mieten inkl. Betriebskosten	-516.704,64	-381.952,17
Nicht abzugsfähige Vorsteuer	-405.484,42	-302.810,08
Bürokosten*	-339.150,19	-199.693,94
Werbekosten, Marketing	-320.944,56	-369.496,81
Aufsichtsratsvergütung/-aufwand	-226.962,18	-195.065,84
Weiterverrechneter Aufwand	-169.420,65	-218.830,70
Nachrichtenaufwand	-101.656,04	-51.998,50
KFZ-Kosten	-37.027,83	-39.213,70
Übrige	-99.399,77	-55.968,03
Gesamt	-4.385.227,41	-3.498.745,22

Für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder wurden 2016 EUR 226.000,00 (VJ TEUR 194) dotiert.

*Die im Vorjahr in den Bürokosten ausgewiesenen Versicherungsleistungen wurden 2016 in die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umgegliedert.

J. Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Gebühren und Beiträge inklusive		
Einlagensicherung	-188.830,30	-104.276,76
Drohende Verluste / Schadensfälle	-353.750,12	-33.558,61
Versicherungsleistungen	-111.849,74	-61.945,35
Übrige	-33.698,83	-4.386,36
Gesamt	-688.128,99	-142.221,73

Die in den sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen, auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen, für den Abschlussprüfer betreffen:

Angaben in EUR	1. Jänner 2016 - 31. Dezember 2016	1. Jänner 2015 - 31. Dezember 2015
Aufwendungen für die Prüfung des Einzeljahresabschlusses	74.670,75	72.459,00
Aufwendungen für die Prüfung des Konzernjahresabschlusses inklusive prüferischer Durchsicht Tochterunternehmen	67.333,50	70.500,00
Aufwendungen für steuerliche Beratungsleistungen	0,00	1.478,25
Aufwendungen für sonstige Beratungsleistungen	63.467,28	16.472,50
Gesamt	205.471,53	160.909,75

K. Außerordentliche Aufwendungen

Es wurden im Geschäftsjahr 2016 eine außerordentlichen Aufwendungen iHv EUR 500.000,00 (VJ TEUR 10) betreffend die Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken dotiert.

L. Steuern vom Einkommen

Nach den Bestimmungen des § 9 KStG zur Gruppenbesteuerung besteht zum 31. Dezember 2016 eine Unternehmensgruppe aus der Wiener Privatbank SE als Gruppenträger und 7 Gruppenmitgliedern (ATI Vermögenstreuhandgesellschaft m.b.H., BODEN-INVEST Beteiligungsgesellschaft m.b.H., WIENER PRIVATBANK Bauträger GmbH, Setup Auhofstraße 181 GmbH, Entwicklung AHI GmbH, Wiener Stadthäuser One Immobilien GmbH und der Wiener Stadthäuser Alpha GmbH).

Es wurde mit 1. Dezember 2016 ein neuer Gruppen- und –Steuerumlagevertrag mit den Gruppenmitgliedern geschlossen. Vom Gruppenträger werde an die Mitglieder die von diesen verursachten Körperschaftssteuerbeträge mittels Steuerumlagen belastet bzw. (im Verlustfall) gutgeschrieben.

Der Steueraufwand für das Geschäftsjahr 2016 beträgt EUR 1.689.317,63 (Steuerertrag VJ TEUR 257), davon resultieren aus der negativen Steuerumlage EUR 59.112,53 (VJ positive Steuerumlage TEUR 417).

V. SONSTIGES

A. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen im Sinn des § 237 Z 8B UGB

Es wurden Organkredite iHv EUR 22.430.225,44 (VJ TEUR 31.457) gewährt. Davon betrogen die gewährten Kredite an die Mitglieder des Vorstandes 2016 EUR 840.000,00 (VJ TEUR 870) und bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates beliefen sich diese Kredite auf EUR 7.575.000,00 (VJ TEUR 7.080). Die Verzinsung, sonstige Bedingungen (Laufzeit und Besicherung) und die Rückzahlung wurden vom Aufsichtsrat genehmigt und sind fremdüblich.

Es wurden weder Vorschüsse gewährt noch wurden Haftungen zugunsten der Mitglieder des Vorstandes bzw. Aufsichtsrates übernommen.

Geschäfte mit anderen nahestehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nur zu fremdüblichen Konditionen statt.

B. Durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter

Im Zeitraum Jänner bis Dezember 2016 waren in der Wiener Privatbank SE durchschnittlich 90 Angestellte (VJ 47) beschäftigt. Arbeiter wurden keine beschäftigt.

C. Leasingaktivitäten

Die Gesellschaft war im Geschäftsjahr nicht im Leasinggeschäft tätig.

D. Anhangsangaben über außerbilanzielle Geschäfte gemäß §§ 237 Z 8A und 266 Z 2A UGB

Soweit Risiken bestehen wurden diese in der Bilanz berücksichtigt und im Anhang angeführt.

E. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Das Grundkapital wurde mit Wirkung zum 1. April 2017 durch die Pflichtwandlung der im Jahr 2016 ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen um Nominale EUR 1.653.874,09 auf Nominale EUR 11.360.544,15 durch Ausgabe von 728.567 neuen Stückaktien erhöht. Die Zahl der ausgegebenen Stückaktien hat sich dadurch von 4.276.078 auf 5.004.645 erhöht. Der Stand der gebundenen Kapitalrücklagen hat sich von EUR 14.915.311,58 auf EUR 18.361.464,49 erhöht.

F. Angaben über Mitglieder der Unternehmensorgane

Vorstände im Geschäftsjahr:

MMag. Dr. Helmut Hardt
Eduard Berger

Die Vorstände sind berechtigt, die Gesellschaft gemeinsam mit einem weiteren Vorstand oder einem Prokuristen zu vertreten.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Personen zusammen:

Dr. Gottwald Kranebitter (Vorsitzender)
Mag. Johann Kowar (Vorsitzender-Stellvertreter)
Günter Kerbler
Heinz Meidlinger
Mag. Peter Lazar

Gesamtprokuristen der Gesellschaft sind:

Mag. (FH) Alexandra Balik
Dr. Georg Aichelburg-Rumerskirch
Thomas Eschelmüller
Thomas Jung (ab 07.06.2016)

Wien, am 13. April 2017

**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**Wiener Privatbank SE,
Wien,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden (Kredite)
- Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen und der Refinanzierungen von Tochtergesellschaften

Werthaltigkeit der Forderungen an Kunden (Kredite)

Das Risiko für den Abschluss

Die Forderungen an Kunden werden in der Bilanz nach Abzug der Risikovorsorgen mit einem Betrag in Höhe von 62,4 Mio EUR ausgewiesen.

Der Vorstand beschreibt den Prozess zur Überwachung des Kreditrisikos und die Vorgehensweise für die Ermittlung der Risikovorsorgen unter Kapitel "Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden" im Anhang sowie im Abschnitt "Kreditrisiko" des Risikoberichtes im Lagebericht.

Die Bank überprüft im Rahmen der Kreditüberwachung, ob eine Ausfallsgefährdung vorliegt und damit Einzelwertberichtigungen zu bilden sind. Dies beinhaltet insbesondere die Einschätzung, ob Kunden die vertraglich vereinbarten Rückzahlungen in voller Höhe und ohne Verwertung von Sicherheiten leisten können.

Die Berechnung der Einzelrisikovorsorge für ausfallgefährdete, individuell bedeutsame Kunden erfolgt mittels Discounted Cash Flow Methode, basierend auf einer Analyse der erwarteten zukünftigen Rückflüsse. Die Einzelrisikovorsorge wird somit von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des jeweiligen Kunden, der Bewertung der Kreditsicherheiten sowie der Schätzung der Höhe und des Zeitpunkts der daraus abgeleiteten Rückflüsse beeinflusst.

Für ausfallgefährdete, individuell nicht bedeutsame Kunden führt die Bank eine Berechnung der Einzelrisikovorsorge auf Basis gemeinsamer Risikomerkmale, wie unbezahlter Raten und fortdauerender Limitüberziehungen durch. Diese Einzelrisikovorsorge wird in Abhängigkeit der Verzugstage sowie der Berücksichtigung der vorhandenen Besicherung berechnet.

Für alle als nicht ausfallsgefährdet eingestuften Kredite werden, abhängig von ihrem jeweiligen Risikoprofil (Ratingstufe), Pauschalwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen werden Ausfallraten je Ratingstufe unter Berücksichtigung von vorhandenen Sicherheiten sowie auf statistischen Annahmen und Erfahrungswerten basierende Parameter verwendet.

Das Risiko für den Abschluss ergibt sich daraus, dass der Identifikation von Ausfallsgefährdung und der Ermittlung der Kreditrisikovorsorgen in bedeutendem Ausmaß die oben beschriebenen Annahmen und Schätzungen zu Grunde liegen, aus denen sich Ermessensspielräume und Schätzunsicherheiten hinsichtlich der Höhe der Risikovorsorge ergeben.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zur Vergabe, Überwachung und Risikovorsorgenbildung von Krediten erhoben sowie beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, eine Ausfallsgefährdung zu erkennen und die Werthaltigkeit der Kundenforderungen angemessen abzubilden. Zudem haben wir die relevanten Prozessabläufe analysiert sowie wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse auf ihr Design, ihre Implementierung und Effektivität in Stichproben getestet.

Im Bereich der individuell ermittelten Einzelrisikovorsorge haben wir auf Basis einer Stichprobe von Krediten geprüft, ob eine Ausfallsgefährdung und somit Indikatoren für Wertminderungen von Krediten vorliegen und ob in angemessener Höhe Kreditrisikovorsorgen gebildet wurden. Im Zuge dessen wurden die Einschätzungen der Bank zu Höhe und Zeitpunkt der Rückflüsse einschließlich der Wertansätze der Sicherheiten dahingehend beurteilt, ob die in der Berechnung verwendeten Annahmen angemessen und von internen oder externen Nachweisen ableitbar sind. Das Auswahlverfahren für die Ermittlung der Stichprobe erfolgte einerseits risikoorientiert auf Basis von Kundenratings, andererseits – bei Kundenkrediten mit geringem Ausfallrisiko – unter Verwendung eines zufallsorientierten Ansatzes.

Bei der Prüfung der ermittelten Kreditrisikovorsorgen haben wir die verwendeten Modelle und die darin zur Anwendung gelangten Parametern analysiert. Dazu haben wir Spezialisten eingesetzt, um zu beurteilen, ob die Annahmen angemessen sind und die Vorsorgen in

ausreichender Höhe gebildet wurden. Zudem haben wir die relevanten Prozessabläufe sowie wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse auf ihre Ausgestaltung, Implementierung und Effektivität in Stichproben getestet.

Abschließend haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Ermittlung der Risikovorsorge im Anhang zum Jahresabschluss und im Lagebericht angemessen sind.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen und der Refinanzierungen von Tochtergesellschaften

Das Risiko für den Abschluss

Die Vermögenswerte der Gesellschaft beinhalten zum 31. Dezember 2016 Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen von rund 21,1 Mio EUR sowie Refinanzierungslinien in Höhe von rund 14,6 Mio EUR.

Es handelt sich überwiegend um Projektgesellschaften im Immobilienbereich mit einer Konzentration auf den Immobilienmarkt in Wien. Dieses Risiko ist im Risikobericht des Lageberichtes dargestellt.

Die Beurteilung der Werthaltigkeit der Beteiligungsansätze und der Refinanzierungslinien ist eng mit der Werthaltigkeitsprüfung der Immobilien verbunden.

Die Überprüfung der Werthaltigkeit Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen und das laufende Monitoring erfolgt durch die Abteilungen Beteiligungscontrolling und Risiko- und Kreditmanagement, welche regelmäßig (quartalsweise) an den Vorstand und den Aufsichtsrat berichten. In der Wiener Privatbank SE wurden Prozesse zur laufenden Überwachung der bestehenden Beteiligungen und Immobilienprojekte eingerichtet.

Die Werthaltigkeit der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie die Rückführbarkeit der Refinanzierungen hängt im Wesentlichen von der Verwertung der Immobilien ab. Das Risiko für den Abschluss liegt darin, die Beurteilung der Werthaltigkeit im wesentlichen Ausmaß Ermessensentscheidungen im Rahmen der getroffenen Annahmen und Schätzungen beinhalten, welche sensitiv auf die erwarteten zukünftigen Marktentwicklungen reagieren.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Wir haben die Dokumentation der Prozesse zum Erwerb, zur Überwachung und Überprüfung der Werthaltigkeit bei Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen und Refinanzierungslinien erhoben sowie beurteilt, ob diese Prozesse geeignet sind, Wertminderungsanzeichen zu erkennen und die Werthaltigkeit der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen angemessen abzubilden. Zudem haben wir die relevanten Prozessabläufe sowie wesentliche Schlüsselkontrollen innerhalb dieser Prozesse auf ihre Ausgestaltung, Implementierung und Effektivität getestet.

In Stichproben haben wir die wesentlichen Annahmen, die bei der Bewertung der Liegenschaften angewendet wurden, beurteilt. Unsere Immobilienspezialisten haben die Methodik und die Verfahren zur Immobilienbewertung beurteilt, ob diese anerkannten Bewertungsgrundsätzen entsprechen. Einzelne Bewertungen wurden durch Vergleiche mit Marktdaten nachvollzogen. Zur Überprüfung, ob Anhaltspunkte für eine Wertaufholung oder Wertminderungen vorliegen, haben wir die bisherige Bewertungsgenauigkeit anhand von Soll-Ist-Vergleichen analysiert.

Abschließend haben wir beurteilt, ob die Angaben zur Beteiligungsbewertung im Anhang zum Jahresabschluss sowie zum Beteiligungs- und Immobilienrisiko im Lagebericht angemessen sind.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Bankprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutungsvolle Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutungsvolle Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutungsvoller Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.
- Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben und uns mit ihnen über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte austauschen, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.
- Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutungsvollsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält die nach § 243a UGB zutreffenden Angaben, und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Walter Reiffenstuhl.

Wien, am 13. April 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Walter Reiffenstuhl
Wirtschaftsprüfer

ERKLÄRUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Die unterzeichnenden Mitglieder des Vorstandes bestätigen § 82 Abs 4 Z 3 BörseG als gesetzliche Vertreter der Wiener Privatbank SE,

- a) dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss ihres Wissens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Emittenten vermittelt;
- b) dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass er die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten, denen sie ausgesetzt sind, beschreibt.

Wien, am 13. April 2017

**EDUARD
BERGER**
MITGLIED DES VORSTANDES

MMAG. DR.
**HELMUT
HARDT**
MITGLIED DES VORSTANDES

Entwicklung des Anlagevermögens

für das Geschäftsjahr vom
1. Jänner bis 31. Dezember 2016

Posten des Anlagevermögens	Entwicklung zu Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibung				Buchwerte	
	Stand 1.1.2016	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2016	Stand 1.1.2016	Jahres- abschreibung	Abgänge	Gesamt 31.12.2016	Stand 31.12.2016	Stand 31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	3.756.250,00	1.515.855,00	2.092.300,00	3.179.805,00	71.790,00	66.975,00	42.190,00	96.575,00	3.083.230,00	3.684.460,00
2. Forderungen Kreditinstitute	451.455,88	8.000,00	76.374,65	383.081,23	143.543,88	27.382,15	0,00	170.926,03	212.155,20	307.912,00
3. Forderung an Kunden	4.920.000,00	4.200.000,00	4.500.000,00	4.620.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.620.000,00	4.920.000,00
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinslichen Wertpapiere	3.917.400,58	14.785.692,05	1.700.000,00	17.003.092,63	63.175,00	99.805,30	0,00	162.980,30	16.840.112,33	3.854.225,58
6. Beteiligungen	4.760.996,72	70,00	42.000,00	4.719.066,72	410.663,92	238.614,56	34.650,00	614.628,48	4.104.438,24	4.350.332,80
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	31.203.217,75	5.021.465,00	3.039.000,00	33.185.682,75	15.570.158,56	657.600,00	0,00	16.227.758,56	16.957.924,19	15.633.059,19
8. Immaterielles Anlagevermögen	1.006.557,17	289.887,46	57.409,08	1.239.035,55	840.040,08	163.469,63	56.130,65	947.379,06	291.656,49	166.517,09
9. Sachanlagen										
a. Betriebs- und Geschäftsausstattung	554.066,23	1.475.344,49	27.370,39	2.002.040,33	424.987,51	176.160,81	4.390,65	596.757,67	1.405.282,66	129.078,72
b. geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	15.146,49	15.146,49	0,00	0,00	15.146,49	15.146,49	0,00	0,00	0,00
	554.066,23	1.490.490,98	42.516,88	2.002.040,33	424.987,51	191.307,30	19.537,14	596.757,67	1.405.282,66	129.078,72
	50.569.944,33	27.311.460,49	11.549.600,61	66.331.804,21	17.524.358,95	1.445.153,94	152.507,79	18.817.005,10	47.514.799,11	33.045.585,38

Impressum**Wiener Privatbank SE**

Parkring 12, 1010 Wien

T +43 1 534 31-0

F +43 1 534 31-710

office@wienerprivatbank.com

www.wienerprivatbank.com

BLZ 19440

Handelsgericht Wien

FN 84890 p